

109-1-80

100 listu

100 listu

11.2.2009 Jurd

Prag, den 24. Juli 1944.

Verwaltungsbericht für das zweite Vierteljahr 1944 der einzelnen Abteilungen beim Deutschen Staatsministerium für Böhmen und Mähren.

Von besonderem Interesse dürften folgende Ausführungen sein:

Bericht der Abteilung I.

Seite 1, Ziff. I.) Verwaltungsorganisation. Vorläufiger Abschluss und Bewährung der Verwaltungsreform.

Ziff. II.) Günstige Erfahrung der Betreuung deutscher Regierungskommissare mit der Leitung der Reichsauftragsverwaltungen bei der zuständigen Bezirksbehörde.

Seite 2, Ziff. III.) Umwandlung der öffentlichen Krankenhäuser mit eigenem Rechtspersönlichkeit<sup>Böhmen</sup> in Anstalten der Bezirke bzw. Städte mit eigenem Statut.

Ziff. IV.) Errichtung von Behelfsheimen, gesetzliche Regelung nach dem Vorbild des deutschen Wohnungshilfswerkes.

Bericht der Abteilung III ( hat bereits vorgelegen

Bericht der Abteilung V.

General-Referat -Wirtschaft- V/1

Seite 1,2, Ziff. 1) Allgemeines, Verschärfung der Arbeitseinsatzlage durch ständig steigende Anforderung von Arbeitskräften durch die Rüstungsindustrie und zunehmende Verlagerung aus dem Reich, Stilllegung von 64 Industriebetrieben zur Gewinnung von Arbeitskräften ( 2613 ) und Auskämmung von 205 weiteren Betrieben.

Seite 2, Ziff. 2) Steigerung der Ein- und Ausfuhr und des Ausfuhrüberschusses.

Seite 3, " 3) Bewirtschaftung Eisen und Metalle. Metallmobilisierung ( u.a. auch in Kirchen, Verwaltungsgebäuden, Büros) Erfassung der Kupferkessel, Beschlagnahme der Orgelpfeifen und Windleitungen.

Seite 3, " 3) Spinnstoffe. Bekleidungswirtschaft. Errichtung von Fl.- Reserve- und Ausweichlagern.

St. M. I A-2418/438

1a

Seite 5. Techn. Erzeugnisse, Sicherstellung des Protektoratsbedarfes für den Fall von Fliegerangriffen durch Fl.-Lager.

Seite 7, Ziff.5) Energiewirtschaft, ständige Bedarfssteigerung, Deckung des Bedarfes zum überwiegenden Teil aus dem übrigen Reichsgebiet, Beschädigung von Groß-Formatoren durch Blitzschlag.

Generalreferat V/2.

Seite 2, Kriegs- und lebenswichtige Wirtschaft. Kräftebedarf der Landwirtschaft, Einsatz von 3743 slowakischen Arbeitern.

Seite 2,3, Ziff.2) Sozialversicherung. Maßnahmen zur Senkung des Krankenstandes, Einstellung von Werkärzten, Kontrolle der Witkowitz Eisenwerke und der Revierbruderlade Mähr.Ostrau.

Generalreferat V/3.

Seite 3,4. Preisüberwachung, fortschreitende Warenverknappung und Nachfrage nach gewerblichen Waren, Versand in Großem nach dem übrigen Reichsgebiet, Auftreten von Aufkäufern nach den besetzten Gebieten.

Seite 4, Zusammenstellung der ausgesprochenen Strafen in den Monaten April und Mai.

Generalreferat Forstwirtschaft.

Seite 1, Ziff.1) Stand des Holzeinschlages ( bis 30.4.44 68.4% der Umlage erfüllt, voraussichtliche restlose Erfüllung der Umlage von 7 Mill.Festmeter bis Ende des Wirtschaftsjahres, Einschlagplan 1944/45 , wahrscheinliche Erhöhung um 10%.

Seite 2,3) Arbeitseinsatz, Dienstverpflichtung von 120 Protektoratsangehörigen mit forstlicher Vorbildung ins übrige Reichsgebiet und Bewährung der Verpflichteten im allgemeinen.

Seite 4,5, Ziff.5) Holzwirtschaftslage\*, Lage auf dem Schnittholzmarkt angespannt, Versorgung der Papierfabriken und Zellulosefabriken( etwas gesunken) der Gruben( etwas gebessert, z.Zt. für etwa 30 Tage, aber noch immer ungenügend)



Seite 5, Programm für Flugzeugplatten zu 80% erfüllt,  
für Gewehrschäfte voll erfüllt.

Seite 6, Ziff.6) Waldbau, Nachfrage nach Waldsamen nur zum Teil  
befriedigt, Lage jedoch weit günstiger als im  
übrigen Reichsgebiet.

Seite 7, " 7 Forsteinrichtung, Schnell-Taxation aller  
Wälder abgeschlossen ( Auswertung).

Verwaltungsbericht des Sonderbeauftragten  
der Deutschen Reichsbank bei der Nationalbank.

Seite 1, Weitere Erhöhung des Zahlungsmittelumlaufes.

Seite 2, Umtausch der 1000-K-Noten 2,

Seite 3, Einlagerung von Reservegeldbeständen in Höhe  
eines Wochenbedarfes für den Fall von Flieger

Seite 1,

Seite 2,

2a

Seite 2, Ziff. 4) Ernährungswirtschaft und öffentliche Bedarfs-  
deckung. Zuschusslieferung von Butter aus dem  
übrigen Reichsgebiet. (Seite 3, Ziff. 6)

Verwaltungsbericht der Abteilung IX.  
Fernmeldewesen und Post.

I. Fernmeldewesen.

Seite 1. Auslegung eines neuen Fernkabels von Sillein  
(Slowakei) über Friedberg nach Troppau.

II. Postwesen.

Seite 2, 3, Ziff. 1) Verwaltungs- und Betriebsvereinfachung, Zusammen-  
legung von Postdienststellen und Dienstzweigen.

Seite 3, Ziff. 2) Postordnung, Erlassung einer neuen Postordnung  
mit Ausführungsbestimmungen.

Rittiger

Abteilung I  
I l a - 4401

Prag, den 15. Juli 1944.



An den Chef des Ministeramts  
Herrn Ministerialrat Dr. G i e s .

Betr.: Verwaltungsberichte für das 2. Vierteljahr 1944.  
Anlage: 1 Aktenheft.

Beigeschlossen überreiche ich die Verwaltungsberichte  
der Abteilungen für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1944.

1980  
Dr. Walter.

St. M. IA-24-4/43

Verwaltungsbericht für die Zeitvom April bis einschliesslich Juni 1944.I. Verwaltungsorganisation.

Durch die Errichtung einer Reichsauftragsverwaltung bei den Ministerien und durch die inzwischen dem Herrn Staatsminister vorgelegte Verordnung über die Errichtung einer Reichsauftragsverwaltung bei den Versorgungsämtern sowie den Arbeitsämtern hat die Verwaltungsreform ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Schon jetzt kann gesagt werden, dass die Verlagerung zahlreicher weiterer Aufgaben vom Staatsministerium auf die autonomen Dienststellen sich günstig ausgewirkt hat. Auch formelle Schwierigkeiten hat es in keiner Weise gegeben. Insbesondere haben sich auch die Reichsbehörden, sowie die Partei- und Wehrmachtsdienststellen anscheinend glatt damit abgefunden, dass anstelle des Staatsministeriums in vielen Fällen die autonomen Ministerien - Reichsauftragsverwaltung getreten sind.

- II. Die zur Vereinfachung der Verwaltung durchgeführten Massnahmen haben zu einem vollen Erfolg geführt. Die Bezirksbehörden fühlen sich stark entlastet und brauchen sich fast nur noch mit kriegswichtigen Aufgaben - insbesondere mit Versorgungsdingen, sowie mit politischen Fragen - zu befassen. Die Verlagerung weiterer Zuständigkeiten von den Landesbehörden auf die Bezirksbehörden kann jedoch heute nur noch in beschränkter Weise erfolgen, da den Bezirksbehörden das Personal fehlt, um neue Aufgaben übernehmen zu können.

Die aus Kräfteersparnisgründen in einigen Bezirksstädten durchgeführte Betrauung des deutschen Regierungskommissars mit der Leitung der Reichsauftragsverwaltung bei der zuständigen Bezirksbehörde hat sich bewährt; es ist klar erwiesen, dass bei dem

4a

Rückgang des Geschäftsanfalls bei den Reichsauftragsverwaltungen die Arbeiten spielend vom Regierungskommissar mit erledigt werden können. Aus der Tatsache, dass der Regierungskommissar dem tschechischen Bezirkshauptmann an und für sich unterstellt ist, er jedoch als Leiter der Reichsauftragsverwaltung eine mehr gleichgeordnete und überwachende Funktion ausübt, haben sich bisher keine Schwierigkeiten ergeben. Trotzdem habe ich die in Frage kommenden Regierungskommissare nochmals mündlich angewiesen, möglichst taktvoll und geschickt vorzugehen.

Auf dem Gebiete der Selbstverwaltung wurden die Landes-einnehmerämter inzwischen aufgelöst, was sich ohne sachliche Schwierigkeiten durchführen liess. Um einheitliche Verhältnisse in Böhmen und Mähren zu schaffen, wurden ausserdem die öffentlichen Krankenhäuser in Böhmen ihrer besonderen Rechtspersönlichkeit entkleidet und zu Anstalten der Bezirke bzw. der Städte mit eigenem Statut gemacht.

Zur Vereinfachung des Verwaltungsstrafverfahrens wurde das Schnellverfahren in Form von Strafverfügungen allgemein eingeführt.

III. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind alle gesetzlichen Massnahmen getroffen, um der derzeitigen Wohnungsnot bzw. der zu erwartenden Schwierigkeiten bei Luftangriffen Herr zu werden. Auch die Regierungsverordnung über die Unterstützung zur Errichtung von Behelfsheimen nach dem Vorbild des Deutschen Wohnungshilfswerks wird in den nächsten Tagen erscheinen. Schwierig erscheint lediglich, durch laufende Kontrollen festzustellen, ob die Verordnungen von der Bevölkerung auch eingehalten werden. Zunächst wird versucht, in Prag und Brünn besondere Kontrollaktionen durchzuführen, die, wie ich höre, in Prag schon sehr erfolgreich anlaufen sollen. Aufgabe der neu zu bildenden Wohnraumbewirtschaftungsstelle wird es sein, diese Kontrollaktionen noch weiter auszubauen und zu steuern.

Nachdem verschiedene Behelfsheimbautypen überprüft worden sind, wird demnächst mit dem Bau einzelner Behelfsheime in Prag begonnen werden. Solange jedoch noch keine Luftangriffe auf das Protektorat erfolgt sind, wird der Bau von



ausgespr  
Gründen

edlungen - schon aus optischen  
en müssen.

IV. Zu  
teidigur

Wehrkampfes wurden die Reichsver-  
der Berichtszeit an die erste Stelle

Bei allen Abteilunge  
n über die Behandlung  
gehender Sonderbericht  
st zugehen. Ein neu ge  
schlußsachen im Deutsc  
bereitung.

Das Landesvermessungsa

wichtigste Aufgaben zu erfüllen. Erreuenlicherweise konnten die  
Arbeiten zur vollsten Zufriedenheit der Wehrmachtsdienststellen  
durchgeführt werden. Die Erledigungen erfolgten bis zu 12 Tagen  
vor den von der Wehrmacht gestellten Terminen.

VI.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ist eine Novellie-  
rung des Lebensmittelgesetzes sowie eine Abänderung der Regie-  
rungsverordnung über das öffentliche Gesundheitswesen in Vorberei-  
tung. Für die Protektoratsangehörigen wurde eine umfangreiche  
Tuberkulosehilfe in und ausserhalb der Sozialversicherung fest-  
gelegt. In der Gesundheitsanstalt des Protektorats wurden in den  
vergangenen 3 Monaten über 2000 Lit. Heilseren und über 450.000  
Ampullen und Impfportionen hergestellt, ferner über 74.000  
bakteriologische Untersuchungen durchgeführt und 2.048 Lebens-  
mittelproben überprüft, von denen 621 beanstandet wurden.

VII.

Auf dem Gebiete des Veterinärwesens stand die Bekämpfung  
der äusserst gefährlichen Schweinelähme im Vordergrund. Ver-  
schiedene veterinärpolizeiliche Massnahmen dienen der Eindämmung  
dieser Seuche. Durch Kundmachung des Ministers des Innern und  
des Justizministers wurden Veterinär-Untersuchungsanstalten in  
Budweis und in Iglau errichtet.

*H. H. ...*

A b t e i l u n g III

Pr a g , den 7. Juli 1944

III/1 - A 7022

11. JULI 1944

An die

A b t e i l u n g I ,

z. Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L a n d m a n n

im H a u s e .

-----  
In der Anlage überreiche ich den Verwaltungsbericht  
der Abteilung III für das 2. Vierteljahr 1944 mit der Bitte  
um Kenntnisnahme.

*Herber*

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Konten der Oberkasse:

Postsparkassenkonto Nr. 88.500 und Girokonto bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren in Prag.

Verwaltungsbericht

der Abteilung III-Schulwesen

für die Monate April, Mai und Juni 1944.

a) Allgemeines.

... diese Verfügung wird vorgesehen, dass Kandidaten für das Lehramt an den deutschen höheren Schulen und tschechischen Mittelschulen, die die Prüfung nach der Ordnung der Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen im Deutschen Reich bestanden haben, vom 1. September 1940 zu provisorischen oder definitiven Professoren auch auf Grund eines dreijährigen Hochschulstudiums angestellt werden können.

In der Berichtszeit wurde das Vermögen von 120 Studentenvereinen in Böhmen und 44 in Mähren in die unmittelbar vom Ministerium für Schulwesen verwaltete Dr. Emil H á c h a - Studentenstiftung eingewiesen.

Die Betreuung der Luftwaffenhelfer (vergl. meinen Bericht vom 8.4.44, I a ) ist insofern schwieriger geworden, als ausser den in Pilsen eingesetzten Luftwaffenhelfern nunmehr noch etwa 800 Schüler aus

den

den angrenzenden Gauen in und um Prag eingesetzt worden sind. Infolge Mangel an geeigneten männlichen Lehrkräften, da nur wehruntaugliche und überalterte Lehrkräfte noch vorhanden sind, konnte der Unterricht im vollen Umfange bisher in Prag noch nicht durchgeführt werden.

Die Sommerarbeit der deutschen Schulen auf dem Gebiete der Leibeserziehung gipfelt in der leichtathletischen Leistungsprüfung 1944, die zur Gewinnung der Leistungsnoten im einzelnen führt, darüber hinaus durch statistische Auswertung den Stand der Leistungen aller deutschen Schüler und Schülerinnen im 5. Kriegsjahr zeigen wird. Auf eine vordringliche Behandlung des Schwimmunterrichtes wurde mit besonderem Erlass hin-

des ehem. tschech. Schulvereins Komensky ) besuchten, zum Besuch tschechischer Volksschulen in Böhmen - Mähren zuzulassen sind. Tschechische Kinder aber, die in Wien andere als die eben genannten Volksschulen besuchten, haben die deutschen Schulen des Protektorates Böhmen und Mähren zu besuchen.

### Schulung der Volks- und Hauptschullehrer.

Um den Bezirksschulinspektoren über das handwerkliche Rüstzeug hinaus für die berufspraktische Weiterbildung der Junglehrer die erforderliche tiefere Einsicht in die schulpolitischen und pädagogischen Probleme der Zeit zu vermitteln, hat das Ministerium für Schulwesen in der Zeit vom 1. bis 10. Juni in Prag einen Lehrgang für die deutschen Schulaufsichtsbeamten in Böhmen - Mähren veranstaltet. Dabei kamen hervorragende Vertreter der Schulpolitik, der pädagogischen Wissenschaften, der Geschichte, der Biologie, der Schulverwaltung sowie der Volkstumsarbeit dieses Raumes zu Worte.

Besonderes Augenmerk wurde der Schulung der an Hauptschulen wirkenden Lehrkräfte gewidmet. Für sie werden in den Hauptferien

- 1.) Fortbildungskurse für schon geprüfte Hauptschullehrer und
- 2.) Vorbereitungskurse für Lehrer, die die Hauptschullehrerprüfung anstreben, eingerichtet.

Für die Fachberaterinnen des Hauswirtschaftsunterrichtes sind in den Hauptferien in Prag und Brünn ebenfalls Schulungskurse eingerichtet worden, und zwar sowohl für deutsche als auch für tschechische Volks- und Hauptschulen.

Ausserdem wird für Lehrer an niederorganisierten Schulen mit überwiegend schlecht deutsch sprechenden Kindern ein Lehrgang an der Schule in Latein bei Brünn veranstaltet.

### Prüfung für das Lehramt an den deutschen Hauptschulen.

an Hauptschulen wurde mit Wirkung vom 31. Dezember 1944 ausser Kraft gesetzt. An ihre Stelle tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1945 die neue Ordnung der Ausbildung und Prüfung für das Lehramt an den deutschen Hauptschulen. Diese neue Prüfungsordnung ist in den wesentlichen Punkten der vom Reichserziehungsminister herausgegebenen Prüfungsordnung für das Lehramt an Hauptschulen angepasst.

Reichsarbeitsdienst der Junglehrerinnen und Oberschülerinnen - Schulhelferinnen, Gewinnung von Ersatzkräften.

Im April 1944 mussten die Junglehrerinnen und Schulhelferinnen des Geburtsjahrganges 1924 für den Reichsarbeitsdienst freigegeben werden. Durch ihren Abgang aus dem Schuldienst entstanden unüberbrückbare Lücken in der Besetzung der Schulen mit Lehrkräften. Durch Verhandlungen mit dem RAD. wurde erreicht, dass als Ersatz vom Reichsarbeitsdienst 119 Kriegshilfsdienstmädchen zum Einsatz als Schulhelferinnen zur Verfügung gestellt wurden. Diese Mädchen erhielten eine zehntägige Grundausbildung in der Unterrichtspraxis in den Landeslehrerseminaren in Prag und Brünn und wurden dann zur selbständigen Führung von Volksschulklassen eingesetzt. Dieser Einsatz wurde dadurch erleichtert, dass der RAD. erstmalig zustimmte, diese Mädchen nicht in RAD-Lagern, sondern einzeln und privat unterzubringen.

Weitere Verhandlungen wurden mit den zuständigen Dienststellen des RAD über die Rückkehr der eingezogenen Junglehrerinnen und Hilfskräfte in den Schuldienst geführt. Die Junglehrerinnen ( mit 1. Lehrerprüfung) werden nach einer ergangenen Reichsregelung am 15. Juli 1944 aus dem RAD entlassen. Die Oberschülerinnen-Schulhelferinnen müssen dagegen 6 Monate Reichsarbeitsdienst ableisten, werden aber Ende September 1944 als Kriegshilfsdienstmädchen wieder zum Einsatz als Schulhelferinnen zur Verfügung gestellt werden.

Durch

Durch die Zuweisung von 119 KHD- Maiden im Mai 1944 und durch die Rückkehr der Junglehrerinnen und Schulhelferinnen in den Schuldienst im Schuljahre 1944/45 wird die drohende Lehrernot überbrückt.

c) Höhere S c h u l e n .

Die provisorischen Professoren, die infolge des Wehrdienstes die Anstellungsprüfung (pädagogische Prüfung) nicht ablegen konnten, wurden besoldungsmässig den definitiven Professoren gleichgestellt. Die Professurskandidaten, die infolge Einberufung zum Wehrdienst den höheren Schuldienst nicht antreten konnten, wurden rückwirkend zu Anwärtern ernannt.

Für das Künstlerische Lehramt der Musik an den deutschen Höheren Schulen wurde eine neue Prüfungsordnung herausgegeben, die der Ordnung der Prüfung für das Künstlerische Lehramt an den Höheren Schulen des Reiches entspricht.

Übersicht über die bisherigen Schulungen:

Mit der Umschulung der tschechischen Lehrkräfte zur Förderung des Reichsgedankens und des deutschgeführten Unterrichtes in den Gesinnungsfächern wurde schon im Jahre 1941 begonnen. Von September 1941 - November 1942 wurden in Rankenheim bei Berlin in 16 Lehrgängen zu je 10 Tagen etwa 400 Geschichtslehrer der tschech. Mittel- und Hauptschulen umgeschult. Die besten von ihnen leiteten dann in den Weihnachts- und Hauptferien des Schj. 1941/42 in den grösseren Städten des Protektorates interne Schulungslehrgänge. Diese Umschulungsarbeit wurde in Arbeitsgemeinschaften fortgesetzt.

Von Nov. 1942 - April 1943 wurden etwa 300 ausgesuchte Erdkundelehrer der tschech. höheren Schulen in 6 Rankenheimer Lehrgängen umgeschult, die in den Hauptferien 1943 in internen Schulungslehrgängen und Arbeitsgemeinschaften der Erdkundler eingesetzt wurden.

Für die Umschulung der tschech. Biologen waren

von

von Juni 1943 an 4 Lehrgänge in Rankenheim vorgesehen. Wegen der verstärkten Terrorangriffe auf Berlin konnte jedoch nur 1 Lehrgang in Rankenheim stattfinden, die restlichen 3 wurden von April - Juni 1944 in Prag durchgeführt. Etwa 250 tschech. Biologen nahmen an diesen 4 Lehrgängen teil ; die besten von ihnen werden im Herbst als Leiter von internen Schulungslehrgängen und Arbeitsgemeinschaften eingesetzt werden.

Zur methodischen Fortbildung der jüngsten tschech. Deutschlehrer /Hilfslehrer/ wurden schon in den Hauptferien des Schj. 1941/42 Lehrgänge in Prag, Brünn und Königgrätz eingerichtet, die von Lehrkräften der hiesigen deutschen Höheren Schulen geleitet wurden. Um tschechische Kräfte für eine breitere Umschulungsarbeit aller Deutschlehrer zu gewinnen, wurde im Januar 1943 je ein Kursleiterlehrgang in Prag und Brünn abgehalten. Dessen Teilnehmer übernahmen darauf die Leitung interner Schulungslehrgänge für alle Deutschlehrer an den tschech. Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten, um die methodisch einheitlich auszurichten. In einem zweiten Kursleiterlehrgang im Jänner 1944 in Prag und Brünn wurde dann die Behandlung des deutschen Schrifttums in der Schule aufgezeigt und Deutsche Reichskunde vorgetragen.

Schliesslich wurden die besten Tschechischlehrer von den tschech. Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten im Januar 1944 zu einem Kursleiterlehrgang ausgewählt, der sich hauptsächlich mit der Methodik des Tschechischunterrichtes befasste. Die Teilnehmer leiteten darauf interne Schulungslehrgänge der Tschechischlehrer aller tschech. Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten.

Die tschechischen Mathematiklehrer sind seit einem Jahr in Arbeitsgemeinschaften zusammengefasst worden.

d) Deutsche Lehrerbildungsanstalten und  
Heimschulen.

Die Musterungslager für die Jungen und Mädchen aus Böhmen und Mähren, die sich zur Aufnahme gemeldet hatten, wurden in Iglau, Neuhaus und Olmütz während der

der Osterferien durchgeführt. Die Zahl der Anmeldungen ist gegenüber dem Vorjahr bei den Jungen um 50 % gesunken, bei den Mädchen dagegen nur unbedeutend zurückgegangen. Die ersten Einheiten /Jahrgänge/ werden durch Zuweisungen von Schülern /-innen/ aus den Nachbargauen und aus dem Reich aufgefüllt. Im April wurde an der Lehrerinnenbildungsanstalt in Prag ein neuer Lehrgang für Jugendliche mit Reifeprüfung und der 2. Lehrgang für Schulhelferinnen eröffnet. An beiden Lehrgängen nehmen eine Anzahl Kriegsversehrter teil.

Die Deutschen Heimschulen entwickeln sich sehr erfreulich. Die Heimschule / Volksschule/ in Tschaschlau hat bereits über 50 Schüler. Die Heimschule /Gymnasium und Oberschule f.J./ in Prag erhielt zwei Erziehernachwuchszüge, die von Jungen aus dem ganzen Reich beschickt werden, und zählt weit über 150 Jungmännern. Die Heimschulen /Oberschulen f. Jungen in Libejowitz und Podiebrad haben Vorschulzüge erhalten. Die Heimschule / Oberschule für Mädchen/ in Friedland a.d. Ostrawitzta wird um 2 Züge erweitert. Die neu errichtete Heimschule / Oberschule f. Mädchen/ in Kuttenberg erhält die Oberstufe zu den Friedländer Zügen mit hauswirtschaftlicher Form. Die Heimschule / Schule f. Musik/ in Jamnitz wird zunächst als Oberschule mit den Zügen 1 - 4 geführt. Die höheren Einheiten sind besonders musikbegabten Jungen und Mädchen vorbehalten, die weniger begabten treten an andere Oberschulen über. Die Vorarbeiten wegen der Einrichtung einer Heimhauptschule in Reichenau a.d.Kn./im Adlergebirge/ wurden aufgenommen.

#### e) Berufsbildende Schulen .

Das Hauptaugenmerk galt den Berufsschulen, da diese wegen ihres engen Zusammenhanges mit der neu geordneten Berufsausbildung sowie aus sozial- und staatspolitischen Gründen- sie sind heute nach der Volksschule die Pflichtschule für die breiten Massen aller Jugendlichen vom 14. bis zum 17. Lebensjahre - die meisten

74

meisten Probleme zu lösen geben. Hinzu kommt ihre ausserordentliche Bedeutung für die Erziehung und Ausbildung des kriegswichtigen Facharbeiternachwuchses in allen Zweigen der Wirtschaft. Dabei ist diese Schulart noch vielfach belastet durch das Erbe der früheren Fortbildungsschule, aus der sie hervorgegangen ist und von der sie erst zur wahren neuen Berufsschule schrittweise umgestaltet werden muss, sowie durch die nicht auf einmal aufzuholende Vernachlässigung seitens des früheren Regimes. In Auswirkung der sich immer stärker durchsetzenden Berufsnachwuchslenkung /Arbeitsämter !/ und zum Teil auch der Schulpolitik selbst, die den Zustrom zu den weiterführenden Wahlschulen durch verschärfte Auslese- und Aufnahmemassnahmen eindämmt, sowie endlich auch infolge des im Vorjahre schon angelaufenen Ausbaues der ursprünglich nur zweijährigen Berufsschule auf drei Schuljahre /Entsprechend der Lehrzeit/ sind überdies die Klassen- und Schülerzahlen in raschem Wachsen. Nach der neusten, gerade abgeschlossenen Erhebung zum 1. März 1944 weisen die Berufsschulen Böhmen- Mährens einen Stand von 362 Schulen mit 6.962 Klassen und 162.131 Schülern auf. Hiervon sind 39 deutsche Schulen mit 269 Klassen und 5.457 Schülern, die übrigen sind tschechische Schulen. Das rasche Anwachsen wird sichtbar beim Vergleich mit dem Stande in den beiden vergangenen Jahren:

1. März 1942 : 1182/47/Schulen, 5.643/224/Klassen,  
                  135.441/4186/ Schüler,

1. März 1943 : 1219/59/Schulen, 6.201/256/Klassen,  
                  139.952/5328/Schüler.

Die in Klammern angegebenen Zahlen bezeichnen den deutschen Anteil. Der auffallende zahlenmässige Rückgang der Schulen selbst gegenüber dem Jahre 1943 trotz beträchtlicher erhöhter Klassen- und Schülerzahlen bedarf einer Erklärung. Diese liegt in der von der Schulverwaltung im letzten Jahre durchgeführten Zusammenlegung und Auflassung der zahlreichen kleinsten Schulen zwecks Bildung grösserer, fachlich ausgerichteter und ausbaufähiger Schulen unter einheitlicher Leitung. Die Gründe und Vorteile dieser strafferen Konzentration ergeben

sich

sich aus den nachstehenden Gesichtspunkten: 1.) Vereinfachung der Verwaltung und Einsparungen personeller Natur sowie im Schriftverkehr zwischen der Schulaufsichtsbehörde und den Schulen / man überlege nur, was es bedeutet, statt mit mehr als 1200 Schulen nur mit etwa 360 verkehren zu müssen !/, 2.) leichtere Verfachlichung des Unterrichtes /Ermöglichung der Bildung von Fachklassen für die einzelnen Berufe und dadurch berufsnaher Unterricht ; bei zu geringer Schülerzahl ist die Bildung von Fachklassen nicht möglich, bezw. wäre zu kostspielig/, 3.) bessere Leitung der einzelnen Schulen / kleine Schulen mit wenigen Lehrkräften können sich einen eigenen, entsprechend befähigten Leiter nicht leisten/, 4.) Vorarbeit für den angestrebten Uebergang zur Schaffung von wirklichen Bezirksberufsschulen /entsprechend den Kreisberufsschulen im übrigen Reichsgebiet/.

Für den schon im letzten Vierteljahresbericht erwähnten Neuaufbau der Bergmännischen Berufsschulen liegen die Ergebnisse wie folgt vor: Es bestehen heute 14 genehmigte Bergberufsschulen / 7 in Böhmen und 7 in Mähren/ mit zusammen 47 Klassen und 1.120 Schülern. Hiervon ist eine / Mähr.-Ostrau-Oderfurt/ eine deutsche Schule mit 2 Klassen und 31 Schülern. Alle 14 Schulen, mit Ausnahme einer einzigen /Nutschitz/, die schon im Jahre 1920 errichtet wurde, sind Neugründungen der letzten zwei Jahre. Zum Vergleich sei angeführt, dass bei der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren am 15.3. 1939 eine einzige Fortbildungsschule für den Bergbau bestand, die im ganzen 45 Schüler hatte. Die neuen Bergberufsschulen sind durchwegs von den unter bergbehördlicher Aufsicht stehenden Betrieben auf Grund der Reg. Vdg. vom 3.7.1943, Slg. Nr. 200 errichtet worden und werden von diesen zur Gänze unterhalten. Mit den Sachbearbeiter des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit /Bergbau/ und des Ministeriums des Innern wurde eine Neuregelung der Aufsicht über die Bergberufsschulen abgesprochen, wonach sinngemäss wie im übrigen Reichsgebiet die Verwaltung und Aufsicht in der Mittelstufe von den Landesbehörden auf die Berghauptmannschaften übergehen

Der Generalreferent V/1

V/1 - 6513/44.

19  
Prag, 5. Juli 1944.

Eingegangen beim ... 7. VII. 1944 ...  
Abteilungsleiter V .....

Herrn

Abteilungslei

Betr.: Vierteljahresbericht

/  
Anliegend wird der  
referats Wirtschaft übersand

V/1 - 6513/44.

Tätigkeitsbericht

für das 2. Vierteljahr 1944.

1./ Allgemeines:

Das 2. Vierteljahr 1944 stand weiterhin unter dem Zeichen der in das Protektorat verlagerten Rüstungsprogramme. Sowohl die Eisen- und Metallindustrie als auch die Chemische Industrie mussten im Zuge der Aufbringung der hierfür notwendigen Arbeitskräfte Schliessungen von Betrieben und Betriebsumsetzungen in Kauf nehmen, die nicht ohne Auswirkung auf die bisherige Produktion geblieben sind.

Massnahmen zur Freisetzung von Arbeitskräften für die Rüstungsindustrie:

Die Arbeitseinsatzlage hat sich im Berichtszeitraum sowohl durch die ständig steigenden Arbeitskräfteanforderungen der hiesigen Rüstungsbetriebe als auch durch eine zunehmende Verlagerung von Fertigungen und gebiet in das Protektorat in Deckung dieser Arbeitskräftekontingente an Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt. Neben es sich hierbei vorwiegend um schiedene Sonderaktionen wie im Textilgrosshandel und Text Sonderaktion zur Erfassung von

20a

selbst bei Anlegung des durch die Kriegsverhältnisse  
strengsten Masstabes zu starken Bedenken Anlass ge  
Im 2. Vierteljahr 1944 wurden, um vollein

	im März	"	18,0	"	"
	im April	"	20,0	"	"
Die <u>Ausfuhr</u> betrug	im Januar 1944		46,0	Mill. RM.	
	im Februar	"	50,8	"	"
	im März	"	51,3	"	"
	im April	"	51,4	"	"

Hieraus ergibt sich, dass sowohl auf der Einfuhr- als auch auf  
der Ausfuhrseite eine ständige Steigerung zu verzeichnen ist;  
ausserdem hat sich der bereits schon im Jahre 1943 festgestellte  
Ausfuhrüberschuss seit Anfang ds. Js. weiter erheblich erhöht.

Im Rahmen der Eisenkontingentierung für Ausfuhrgeschäfte wurden den VPSt. und der A.G.K. im 2.Vierteljahr 1944... 6.500 t für die Slowakei, und für die übrigen Länder..... 8.285 t insgesamt also.....14.785 t

zur Verfügung gestellt.

Der Wirtschaftsverkehr mit der Slowakei wurde auf der 8. Gemeinsamen Tagung des Deutschen und des Slowakischen Regierungsausschusses in Wien/Pressburg vom 27. April bis 16. Juni 1944 für die Zeit vom Mai bis September dieses Jahres geregelt. Grundsätzlich wurde an dem beiderseitigen Preisstopp vom September 1942 festgehalten, jedoch eine fallweise Preisangleichung bei Befürwortung durch das Slowakische Preisamt bzw. durch die deutschen Prüfungs- und Vorprüfstellen vorgesehen. Ausserdem wurde erstmalig ein Einfuhrplan aufgestellt, um einen Ueberblick über die sich hieraus ergebende Belastung des Clearings zu gewinnen. Es wurde die Auffassung vertreten, dass die slowakischen Liefer- und Produktionskapazitäten voll auszunutzen und die slowakischen Lieferungen nach Deutschland zu erhöhen seien. Schliesslich wurde die Uebertragung von weiteren Beteiligungen in Höhe von 200 Mill. Ks auf slowakische Interessenten vereinbart. Dagegen wurde die Frage der Umschuldung der Forderungen deutscher Muttergesellschaften gegen slowakische Betriebe bis zur Herbsttagung zurückgestellt.

### 3./ Bewirtschaftung:

#### a) Eisen und Metalle:

Die Bedarfsdeckung erscheint, wenn auch weiterhin angespannt, so doch im grossen und ganzen gesichert.

Auch im Protektorat wurde die Metallmobilisierung "Blei aus Segelbooten" angeordnet. In Vorbereitung befinden sich weitere Metallmobilisierungsmassnahmen, so in den Kirchen, in Verwaltungsgebäuden und Büros der gewerblichen Wirtschaft und nach Fliegenschäden. Ferner wird eine Erfassung der Kupferkessel demnächst eingeleitet werden, gleichermassen wie eine Beschlagnahme und Ablieferung der Orgelpfeifen und Windleitungen.

#### b) Spinnstoffe:

Auf dem Gebiet der Bekleidungswirtschaft wurden weitere Fl.-Reservelager und Ausweichlager errichtet. Durch die Zulassung nur noch einer bestimmten Anzahl von Einzelhandelsgeschäften zum

Freise

schlech

die von

zwecke

im Sud

Liefer

g) Holzverarbeitung:

Auf dem Gebiet der Holzverarbeitung wurden Massnahmen zur Bekämpfung unerwünschter Heimarbeit und einer gleichzeitigen Freisetzung von Arbeitskräften für die Rüstungsindustrie eingeleitet. Mit der Durchführung dieser Massnahmen wurde der neu errichtete Produktionsausschuss Holzverarbeitung betraut.

h) Papier:

Im Rahmen der Wirtschaftsverhandlungen mit der Slowakei hat es sich erreichen lassen, dass das Protektorat die erforderlichen Mengen an Papier im wesentlichen erhält, sodass die in letzter Zeit auftretenden Schwierigkeiten in der Versorgung mit Papier behoben sein dürften.

i) Chemie:

Die durch Transportschwierigkeiten hervorgerufenen rückständigen Lieferungen in Soda konnten trotz Einschaltung des Wasserweges nicht ausgeglichen werden.

k) Technische Erzeugnisse:

Die zur Zeit vorhandenen Fl-Lager der Ueberwachungsstelle für Haushaltswaren konnten nicht weiter ergänzt werden, da hierfür keine besonderen Kontingente aus Berlin zugewiesen werden. Dagegen wird von der Reichsstelle Technische Erzeugnisse neuerdings eine Anzahl von Reichsstellen-Fl-Lager geschaffen werden, die allerdings dem Dispositionsrecht der Ueberwachungsstelle nicht unterliegen. Eine Sicherstellung des Protektoratsbedarfes in diesen Erzeugnissen nach einem Fliegerschaden ist hierdurch jedoch sichergestellt.

Die Erzeugung von RTE-geregelten Erzeugnissen stösst laufend auf den Mangel an Blechen.

Die Erzeugung von Fahrrädern musste mangels ausreichender Kontingente aus Berlin stark herabgesetzt werden. Es ist zu befürchten, dass die Inanspruchnahme der wenigen Fahrradfabriken für vordringliche Rüstungsprogramme eine weitere Herabminderung der Erzeugung ergeben wird. Das gleiche gilt für Kinderwagen.

Für das 3. Vierteljahr 1944 ist eine Uhrenbedarfslenkung vorgesehen, nachdem es möglich gewesen ist, eine Uhreneinfuhr aus der Schweiz in gewisser Höhe sicherzustellen.

22a

1) Alt- und Abfallstoffe:

Die Erfassung von Alt- und Abfallstoffen stösst immer mehr auf die Schwierigkeiten der Gestellung der notwendigen Arbeitskräfte und der erforderlichen Transportmittel. Es ist zu befürchten, dass bei anhaltender Einschränkung der Aktionsfähigkeit des Altstoffhandels das für die Kriegswirtschaft unumgänglich notwendige Aufkommen in Altstoffen weiter absinkt.

m) Mineralölwirtschaft:

Die Versorgung der Wirtschaft und der Wehrmacht mit Mineralölerzeugnissen vollzog sich in rein technischer Hinsicht auch im 2. Vierteljahr 1944 zufriedenstellend, obschon durch die anderweitige Inanspruchnahme der Verkehrsmittel, insbesondere der Bahnen, Schwierigkeiten verschiedener Art überwunden werden mussten. Dagegen machte es die neuerdings eingetretene Entwicklung erforderlich, auf einigen Sektoren kräftige Abstreichungen von den bisherigen Zuteilungen vorzunehmen.

4./ Bergbau und Kohlenwirtschaft:

Die Förderung in den Kohlenrevieren des Protektorats verlief in der Berichtszeit ungestört. Infolge der Unmöglichkeit, dem Bergbau die angeforderten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, wurden insbesondere in dem Revier von Mähr.-Ostrau die Förderziffern des Vorjahres nicht erreicht.

Bei der Brennstoffbewirtschaftung machte sich vor allem im Industrie-Sektor die durch die vermehrte Verkokung in den Revieren von Mähr.-Ostrau und Kladno entstandene Fehlmenge in Höhe von rund 53.000 t Steinkohle je Monat besonders bemerkbar. Die Sommer-Verbrauchshöchstmengebescheide 1944 mussten daher um rund 21 % gekürzt werden. Durch besondere Massnahmen, insbesondere durch Einsatz von Sudetenbraunkohle, die allerdings in der Gesamtmenge auch gekürzt wurde, konnten grössere Schwierigkeiten vermieden werden. Durch Verhandlungen mit der Reichsstelle für Kohle konnten bisher nur für den Monat Juli zusätzlich 20.000 t Steinkohle für den Industriesektor freigemacht werden. Neu- und Mehrbedarfsanträge, die auch im zweiten Vierteljahr 1944 in grösserer Anzahl gestellt wurden, konnten teilweise unter Rückgriff auf noch vorhandene Vorräte befriedigt werden. Zu Stillständen infolge Brennstoffmangels ist es in keinem Fall gekommen.



Die Versorgungslage bei den BMB konnte durch die zusätzlichen Zufuhren an oberschlesischer Steinkohle und sudetenländischer Braunkohle verbessert werden.

Im Hausbrandsektor beträgt trotz günstiger Waggon-gestellung die Auslieferung in den Monaten April und Mai  
in Steinkohle 15,3 % gegenüber 19 % im Jahre 1943/44,  
in Braunkohle 13,7 % " 15,9 % " 1943/44,  
in Koks 16,2 % " 14 % im " 1943/44,

und wird auch am Ende der Berichtszeit voraussichtlich unter den im Vorjahre erreichten Prozentsätzen liegen. Infolge besonderer Umstände wurde von der Reichsstelle für Kohle, Berlin, eine Umlagerung der Braunkohlenbriketts-Lieferungen vom Mitteldeutschen auf das Ostelbische Braunkohlensyndikat veranlasst. Dadurch wurden im Monat Juni bisher keine Braunkohlenbriketts in das Protektorat geliefert. Der Ausfall dieser Mengen kann sich bei der niedrigen Hausbrandquote gegebenenfalls in den Wintermonaten ungünstig auswirken.

Auf dem Gebiet der Brennholzversorgung wurden in der Berichtszeit endgültig die Brennholzquoten für die einzelnen Verbraucher unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Brennholzmengen festgesetzt. Um den angemeldeten Brennholzbedarf decken zu können, mussten bei den einzelnen Verbrauchergruppen zum Teil erhebliche Kürzungen vorgenommen werden.

5./ Energiewirtschaft:

Die Wirtschaft des Protektorats wurde in der Berichtszeit störungsfrei mit Elektrizität und Gas beliefert. Der Bedarf der Rüstungsindustrie an Elektrizität und Gas steigt ständig. Eine weitere Erhöhung des Bedarfes tritt durch Verlagerungen aus dem sonstigen Reichsgebiet auf. Die Energiebedarfsdeckung muss zu weitaus grössten Teilen aus dem sonstigen Reichsgebiet erfolgen. Mit der Reichsstelle für die Elektrizitätswirtschaft wurde über die Bereitstellung zusätzlicher Leistungen verhandelt.

Die Versorgungslage im Land Böhmen ist zur Zeit äusserst angespannt, da eine Reihe von Grosstransformatoren infolge Blitzschlag beschädigt worden ist. Von der Bayernwerke A.G. in München



Prag, den 7. Juli 1944.

24

Ergegangen bei 7. VII. 1944  
Abteilungsleiter V

Dr. S. 5. VII. 44

Herrn Abteilungsleiter V

Betr.: Verwaltungsbericht für das 2. Vierteljahr 1944.

I. Arbeitseinsatz

1.) Gesamtentwicklung

Durch Ausschöpfung aller Kräfte reserven stieg die Zahl der Beschäftigten um rd. 31 500 auf 2 276 300 Personen. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum von 705 450 auf 738 870 angestiegen.

2.) Massnahmen zur Gewinnung von Arbeitskräften für den vordringlichen Bedarf

Um auch die letzten Arbeitskraftreserven einzusetzen, wird z.Zt. von den Arbeitsämtern eine Überprüfung der Erfassungsaktion und der Arbeitsbuchkartei durchgeführt. Die Auskämmung des öffentlichen Dienstes und des Versicherungswesens wird fortgesetzt. Im Handel werden die männlichen Kräfte im Alter von 18 - 45 Jahren in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband des Handels auf ihre Einsatzmöglichkeit in der Rüstungswirtschaft überprüft. Die sogenannte zivile Wirtschaft in Industrie und Handwerk wird durch Auskämmung von Arbeitskräften und Abschaltung von Fertigungen weiter eingeeengt. Die Ende Juni in Prag durchgeführten Sondermassnahmen (Strassen- und Lokalrazzien) haben den Beweis erbracht, dass die Masse der Bevölkerung arbeitseinsatzmässig voll erfasst ist. Die Tatsache, dass ein unverhältnismässig grosser Teil der sistierten Personen aus der übrigen Wirtschaft stammte, beweist, dass sich in ihr gewisse Kräfte reserven, deren rücksichtslose Erfassung nunmehr betrieben wird, bisher verborgen hielten.

3.) Einsatz der Arbeitskräfte

a) Rüstungswirtschaft

In der Berichtszeit wurden der Rüstungswirtschaft rd. 12 000 Kräfte zugeführt. Die Erfüllung des Einsatzprogrammes ist durch die Zusammenballung des Kräftebedarfs in wenigen Bedarfsorten ausserordentlich erschwert.

b) Reichsausgleich

In besonders gelagerten Einzelfällen wurden auf befristete Zeit zur Einschulung auf neue Fertigungen und zur Beseitigung besonderer Engpässe Kräfte abgegeben. Der Sudetenländischen Treibstoff A.G. in Brüx wurden im Monat Juni 1 500 Kräfte zur Verfügung gestellt.

c) Übrige kriegs- und lebenswichtige Wirtschaft

Für den Kräftebedarf der Landwirtschaft war nach Massgabe der Kontingentskürzung ein Einsatz von 4 200 slowakischen Saisonarbeitern vorgesehen. Tatsächlich sind bisher nur 3 743 Slowaken eingetroffen. Die Ausfälle mussten durch Gestellung einheimischer Kräfte gedeckt werden. Der Bedarf an Gesindekräften konnte nicht voll befriedigt werden. Insgesamt wurden der Landwirtschaft vermittelt

im April	13 750 Arbeitskräfte,
" Mai	19 500 " und
" Juni	22 200 " .

Der Einsatz in der Forstwirtschaft zur Beendigung des Holzeinschlages, zur Aufbereitung des Holzes, zur Harzgewinnung und für umfangreiche Kulturarbeiten betrug

im April
" Mai
" Juni

Dem Bergbau konnten in der Berichtszeit der Teilstillegung von Fleischerbetrieben wurde die Zahl der bei der Kohlschaltung der Schürf- und Teufarbeiten erhöht. Die Verhandlungen über die Beschäftigten haben bisher zu keine

II. Sozialve

1.) Gesetzgebung

In der Berichtszeit sind u.a. abgeschlossen worden:

- a) Die Reg.VO über die Sozialversicherung der Dienstverpflichteten in Böhmen und Mähren,
- b) die Reg.VO über die Regelung der Anstaltspflege in der Kranken- und Unfallversicherung,
- c) die Reg.VO über die staatlichen Altersunterstützungen,
- d) die Reg.VO über die Berufskrankheiten.

2.) Massnahmen zur Senkung des Krankenstandes.



05970

arzt hat ausserdem den Betriebsführer zu beraten, besonders hinsichtlich des zweckmässigen Einsatzes der einzelnen Gefolgschaftsmitglieder, des Arbeitsschutzes, der hygienischen Ausstattung des Betriebes.

b) Betriebskontrollen:

In der Berichtszeit wurde die Kontrolle der Witkowitz Eisenwerke abgeschlossen. Es ergab sich dabei, dass durch Verbesserungen in der Betriebsorganisation, besonders aber in der Organisation des Ärztlichen Dienstes der Betriebskrankenversicherungsanstalt, der Krankenstand im Eisenwerk gesenkt werden kann. Die notwendigen Massnahmen werden unter der Oberaufsicht des Revisionsbeamten der Zentralsozialversicherungsanstalt durchgeführt. Dieser berichtet laufend über seine Erfahrungen und erhält entsprechende Weisungen.

Z.Zt. werden durch den Revisionsbeamten der Zentralsozialversicherungsanstalt die Revierbruderlade Mähr.-Ostrau und die Betriebe des Ostrauer Bergbaues geprüft. Nach dem vorläufigen Bericht ist die Verwaltung der Revierbruderlade in mehreren Punkten reformbedürftig. Die entsprechenden Massnahmen sind getroffen. Vor allem aber ist die Organisation der Werke selbst völlig unzulänglich und veraltet, soweit sie sich auf die Erfassung der Gefolgschaftsmitglieder bezieht. Die notwendigen Anordnungen sind getroffen worden. Ebenso wird die Zusammenarbeit zwischen Betrieb, Bruderlade und Ärzten verbessert.

c) In der Berichtszeit sind, wie bisher, mehrfach alarmierende Meldungen über den Krankenstand in wichtigen Betrieben eingegangen. Die Nachprüfung hat ergeben, dass sie, wie fast immer, unrichtig waren. Dies gilt besonders für die Meldungen der Firma Junkers und die Meldungen über den Krankenstand in den Luftwaffenbetrieben der Wehrmacht. Die Fehler beruhen meist darauf, dass die Personalbüros der Betriebe unzulänglich organisiert sind und deswegen in ihren Statistiken erhebliche Fehler machen. Es ist beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Industrie einheitliche Richtlinien und Vordrucke (Karteien) für die Erfassung der Gefolgschaftsmitglieder und der Fehlschichten einzuführen. Die Vorarbeiten sind im Gange.

### III. Reichsversorgung

Mit 1. April 1944 ist die mit dem Führererlass vom 11. Oktober 1943 - RGBL. I S.569 - angeordnete Übernahme der Fürsorge und Versorgung der Nichtberufssoldaten der neuen Wehrmacht durch das Reichsarbeitsministerium abgeschlossen.

Durch ständiges Anwachsen der Zahl der Versorgungsberechtigten dieses Personenkreises wächst auch der Arbeitsanfall und die Bedeutung des Referates, welches die Tätigkeit des Hauptversorgungsamtes und der Hauptfürsorgestelle versieht.

Eine weitere Ausdehnung des Aufgabenkreises ist dadurch eingetreten, dass vom 1. April 1944 ab die örtliche Zuständigkeit nach den Reichsarbeitsdienstversorgungsgesetzen geändert wurde und alle RAD-Versorgungsfälle vom früher

25a

allein zuständig gewesenem Versorgungsamt IV Berlin auf die örtlich zuständigen Versorgungsämter der Reichsversorgung übergegangen sind.

Mit der "Regierungsverordnung vom 18. Mai 1944, Slg. Nr. 121/44 über Vergünstigungen für Kriegsinvaliden im öffentlichen Personenverkehr, über bevorzugte Abfertigung der Militärinvaliden vor Amtsstellen, sowie über Einführung eines Schwerkriegsbeschädigtenausweises" wurden die gleichen Vergünstigungen, welche bisher nur deutschen Kriegsbeschädigten vorbehalten waren, auch den protektoratsangehörigen Kriegsbeschädigten zugesprochen.

IV. Lohnpolitik

In den letzten 3 Monaten wurde die Einführung der lohnordnenden Massnahmen in weiteren Werken, vor allem in der Flugzeugindustrie, verfügt. Die bisherigen Beobachtungen, die nur vorläufige Ergebnisse darstellen, zeigen, daß auf diese Weise wesentliche Leistungsreserven noch mobilisiert werden können.

Die Verlagerungen aus dem übrigen Reichsgebiet und die Auflockerung der Flugzeugindustrie haben wegen des unterschiedlichen Lohngefüges oft recht erhebliche Auswirkungen, die bisher weitgehend dadurch gemildert werden konnten, dass zunächst Abordnungsverhältnisse unter Weitergeltung der alten Lohnsätze zugelassen wurden. Mit den massgeblichen Werken sind Sonderregelungen vereinbart, die nach Ansicht der Beteiligten ohne grössere Schwierigkeiten durchgeführt werden können. Abschliessende Angaben hierzu können erst gemacht werden, wenn die Produktion an den neuen Fertigungsstätten mit den dafür zugelassenen Lohnsätzen angelaufen ist.

Die Bekämpfung von Verstössen gegen die Arbeitsmoral, die in der letzten Zeit angestiegen sind, wurde im engen Einvernehmen mit dem BdS mit Nachdruck fortgesetzt. Die in den einzelnen Rüstungswerken durchgeführten Straftermine haben sich bisher gut ausgewirkt.

Um den Leistungswillen der für die Landwirtschaft eingesetzten Kräfte zu fördern und die Einbringung der Ernte zu sichern, soll im weitgehenden Umfange vom Verwaltungsstrafverfahren der Bezirksbehörden Gebrauch gemacht werden; die entsprechenden Vorschriften werden in allernächster Zeit erlassen.

51650



J. Kern

Prag, den 6. Juli 1944

26

An den

Herrn Abteilungsleiter I

über den

Herrn Abteilungsleiter V

*Handwritten signature and date: 2. VII. 44*

Betrifft: Vierteljährlicher Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1. April 1944 bis 30. Juni 1944

Bezug : Erlass I 1 A/1800 vom 12. November 1942

Ernährung und Landwirtschaft:

Im Berichtszeitraum ergaben sich keine wesentlichen Preisänderungen, insbesondere nicht für die Verbraucher.

Der Preisausgleich für importierte Nahrungsmittel, deren Preise und Einfuhrkosten laufend steigen, wurde unter weiterer Heranziehung öffentlicher Mittel ausgestaltet. Nicht lebenswichtige Importe werden im Einvernehmen mit den zuständigen Stellen abgestellt. Ersatzlebensmittel werden noch in grossen Mengen aus dem übrigen Reichsgebiet und aus Holland eingeführt, wobei die Erzeugerpreise oft über dem hiesigen Niveau liegen. Um die höheren Preise auszuschalten, wurde bestimmt, dass sämtliche eingeführten Nahrungsmittelersätze aus diesen Gebieten vor dem Verkauf der Genehmigung des Preises durch die Oberste Preisbehörde bedürfen. Masstab für den zulässigen Preis ist der Inlandspreis vergleichbarer Erzeugnisse. Vielfach wird deshalb die Einfuhr unterbleiben müssen, was aber nicht bedenklich ist, weil die Inlandserzeugung zur Deckung des Bedarfes auf diesem Gebiet ausreicht.

Die bei dem Mangel an alkoholischen Getränken notwendige Erzeugung von sogenannten Heissgetränken bzw. Kaltgetränken auf der Grundlage von Obstsaften, Traubenzucker usw. hat eine Vereinheitlichung der Preisbildung durch Schaffung von Gruppenpreisen, die die Qualität und Ausgiebigkeit berücksichtigen, erfahren.

Zugestimmt wurde einer Erhöhung des Zuckerrübenpreises von K 32.- auf K 33.- je 100 kg. Der Mehrpreis wird aus öffentlichen Mitteln finanziert, sofern Ernteergebnis und Durchschnittserlös der Zuckerindustrie ein Tragen des Mehrpreises durch die Zuckerindustrie nicht ermöglichen sollten.

Ein Antrag auf Milchpreiserhöhung um 40 Heller je Liter im Hinblick auf die steigenden Kosten der Molkereien konnte in sehr zweckmässiger Weise aufgefangen werden. Das bisherige

System des Ausgleichs unverschuldeter Bilanzverluste der Molkereien durch Zuschüsse wird in sowohl solche Mittel ersparender als zu weiterer Rationalisierung anregender Weise dahin umgebaut, dass den Molkereien nur noch ganz bestimmte, sich hier aus Notwendigkeiten der Bewirtschaftung und der Kriegsverhältnisse ergebende Sonderleistungen extra vergütet werden. Für weiteren Fehlbedarf haben sie in Zukunft selbst aufzukommen.

Geregelt wurden die Preise für Kaffeersatz in der Weise, dass sie trotz der starken Erhöhung der Cichorienpreise keine Aenderung erfahren.

Bei den Gemüsepreisen musste durch Aufrechterhaltung etwas höherer Preise der sehr ungünstigen Witterung im Mai und in der ersten Junihälfte Rechnung getragen werden. Sie

nunmehr auch auf die  
irtschaftungsmässig Ord

Die schon län  
urzwaren scheint nach  
en, die insbesondere i  
udetengaus lagen und  
llen zu können.

Die Erweiteru  
edener Art auf landwi

Im übrigen w  
vor eine rege Tätigke:

Neue Bewirtschaftungsvorschriften für Brennholz erforderten umfangreiche Erhebungen mit dem Ziel neuer preisregulärer Bestimmungen und Verhandlungen mit dem Finanzminister wegen einer Bezuschussung aus öffentlichen Mitteln. Auch auf dem Gebiete der Spezial- und Markenöle ergab sich die Notwendigkeit eingehender Vorbesprechungen mit dem Finanzminister.

Im übrigen sind für den gewerblichen Sektor neue Preisbildungsvorschriften für textile Reparaturen, Verhandlungen über die Preisbildung bei Auftragsverlagerungen in der Bekleidungsindustrie aus dem übrigen Reichsgebiet und schliesslich verstärkte Betriebsprüfungen im allgemeinen und auf dem Sektor der Baumwollwebindustrie im besonderen bemerkenswert.

In Verhandlungen mit den Versicherungsanstalten ist der Weg zur Einführung der verbundenen Hausratversicherung nach dem Muster des übrigen Reichsgebietes geebnet worden.

#### Allgemeine Regelungen:

Die Regelungen für Einheits- und Gruppenpreise wurden in Angleichung an die Regelung im übrigen Reichsgebiet durch die Kundmachung vom 18. Mai 1944 ergänzt und abgeändert. Die Befreiung von der Gewinnabführungspflicht ist neu gefasst, der rückwirkende Eintritt in Einheits- und Gruppenpreise I ab 1. April 1944 ausgeschaltet. Die Form der fakultativen Gruppenpreise ist neu eingeführt.

Durch Erlass an die betroffenen Zentralverbände wurde bestimmt, dass für belgische und französische Güter und Leistungen im inländischen Geschäftsverkehr nur die zulässigen inländischen Preise und Entgelte gefordert werden dürfen. Die Regelung gilt nun für das ganze Gebiet Frankreichs, nicht wie bisher nur für die ursprünglich besetzten Gebiete. Es bestehen gleichartige Bestrebungen für Lieferungen nach Norwegen, so wie sie bereits im Hinblick auf das Generalgouvernement und die Ostgebiete verwirklicht worden sind.

Die Gewinnerfassung für das Jahr 1942 ist gleichzeitig mit den Gewinnabführungsmassnahmen des Finanzministers unter Vermeidung einer eigenen Verordnung in Absprachen mit den Zentralbehörden geregelt worden. Sie entspricht im grossen Ganzen den Grundsätzen der Vorjahre. Während auf der einen Seite aber der Gedanke des Schutzes der wirklichen Leistung eine schärfere Betonung erfährt, sind andererseits einige Richtpunkte für den höchstzulässigen Gewinn, die sich als nicht mehr vertretbar hoch erwiesen hatten, gesenkt worden, so in der Nahrungsmittelindustrie von 10% auf 8%.

#### Preisüberwachung:

Die ständig fortschreitende Warenknappheit, die sich besonders in dem übrigen Reichsgebiet bemerkbar macht, führt

dazu, dass hier die Nachfrage nach gewerblichen Waren aller Art dauernd steigt und diese Waren in grossen Mengen in das übrige Reichsgebiet versandt werden. Daneben treten Aufkäufer aus besetzten Gebieten unerwünscht in Erscheinung. Der vielfach ganz wahllose Einkauf bei heute gegebener Notwendigkeit auf Ersatzrohstoffe zurückzugreifen, führt in vielen Fällen Qualitätsverschlechterungen und damit preisliche Beanstandungen herbei. Ihnen ist umso schwerer entgegenzuwirken, als viele dieser Waren vorwiegend in der ohnehin schwer kontrollierbaren Heimarbeit erzeugt werden. Die Preisüberwachung ist diesen Erscheinungen mit sehr empfindlichen Bestrafungen entgegengetreten und hat dabei beachtliche Erfolge erzielt. Diese werden in naher Zukunft im Zusammenwirken mit der schärferen Kontrollierung der Erzeugung verbote des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit, der gebundenen Rohmaterialzuteilung und der Beschäftigung der Heimarbeiter in kriegswichtiger Erzeugung noch bedeutend ausgebaut werden.

Im Monat April wurden an Geldstrafen rund 11,8 Mill. Kronen, im Monat Mai 16,6 Mill. Kronen auferlegt, Arreststrafen in der Gesamthöhe von je 14 Jahre verhängt und im Monate April 14 und im Monat Mai 20 Gewerbeberechtigungen entzogen. Diese Ziffern liegen über dem monatlichen Durchschnitt des Jahres 1943 und sind eine sichtbare Folge der stärkeren Verlagerung der Tätigkeit der Obersten Preisbehörde auf die Preisüberwachung. Durch Ausbau des persönlichen Kontaktes, Einsatz von Fachbeamten der Preisbildung in schwierigeren Kontrollfällen, vor allem aber durch fortlaufende Ueberprüfungen der Preisüberwachungsstellen und Bezirksbehörden wird zu erreichen versucht, dass die Preisüberwachung sich mehr als bisher von der Verfolgung formeller Preisdelikte ~~sich~~ freimacht, ihre Tätigkeit vielmehr materiell vertieft und damit auch ständig bessere Ergebnisse erzielt.



1966  
I. Pr. v. J.

Prag, den 30. Juni 1944.

Pfl/To./

An  
den Herrn Abteilungsleiter V

*Do 5. VII. 1944*

Eingegangen beim 3. VII. 1944  
Abteilungsleiter V

Betr.: Vierteljährl. Verwaltungsbericht.

1) Holzeinschlag:

Trotz der Schwierigkeiten beim forstlichen Arbeitseinsatz ist es doch gelungen, bis zum 30.4.44 68,4 % der Umlage zu erfüllen, ein Ergebnis, das im Vergleich zu den Holzeinschlagsverhältnissen im Reich als durchaus befriedigend bezeichnet werden kann. Es steht auch zu erwarten, daß der restliche Einschlag bis zum Ende des Wirtschaftsjahres (30.9.44) bis zur vollen Höhe der Umlage (7 Mill. fm) erfüllt wird.

Die Einschlagsplanungen für 1944/45 sind in Vorbereitung. Die Einschlagsmenge wird nach dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit dem Reichsforstmeister wahrscheinlich noch um 10 % gegenüber dem Einschlage 1943/44 erhöht werden müssen.

2) Arbeitseinsatz:

Die restliche Bewerkstelligung des außerordentlich hohen Holzeinschlages ist nach wie vor insbesondere eine Frage des Arbeitseinsatzes, da mit Rücksicht auf die landwirtschaftlichen Erntearbeiten die Monate August und September für den Holzeinschlag mehr oder weniger ausfallen und im Mai ds. Js. auf dem forstlichen Sektor noch rd. 3 700 offene Stellen gemeldet waren, wovon nur 1 900 besetzt werden konnten. Fehlende Arbeitskräfte können zur Zeit nur durch weitere Dienstverpflichtung von Landwirten in der für die Landwirtschaft arbeitsärmeren Zeit zwischen Heuernte und Getreideernte aufgebracht werden. Mit dem Verband für Land- und Forstwirtschaft kam insofern eine Einigung zustande, als der Verband seine Bezirksobmänner angewiesen hat, die Dienstverpflichtung der Landwirte für die Forstwirtschaft zu unterstützen, soweit dies mit Rücksicht auf die Belange der Landwirtschaft nur irgend vertretbar ist. Ein Rückblick auf den Kräfteinsatz innerhalb der Forstwirtschaft seit Beginn des laufenden Forstwirtschaftsjahres (1.10.43) zeigt einen Höchststand von offenen

30a

Stellen im Dezember 1943 mit rd. 24 000 Waldarbeitern, wovon durch Vermittlung nur rd. 15 000 besetzt werden konnten. Durch Dienstverpflichtung, vor allem aus Kreisen der Landwirtschaft konnte ein gewisser Ausgleich geschaffen werden (Höchstzahl der Dienstverpflichteten im Dezember 1943 mit rd. 8 200 Mann). Ferner ist aus den Angaben der Krankenversicherungsträger zu ersehen, daß in den Monaten Oktober und November 1943 durchschnittlich 33 000 Waldarbeiter, im Monat Dezember 1943 43 000 Waldarbeiter in der Forstwirtschaft des Protektorates beschäftigt waren, während der Höchststand mit durchschnittlich 50 000 Waldarbeitern erst in den Monaten Januar bis Mai 1944 erreicht worden ist. Aufgabe für den kommenden Einschlag muß es sein, schon frühzeitiger mehr Arbeitskräfte in den Wald zu bringen, eine Maßnahme, die dadurch erleichtert wird, als mehr oder weniger sämtliche Landwirte, die für die Waldarbeit in Frage kommen und dienstverpflichtet werden können, nunmehr während des derzeitigen Wirtschaftsjahres namentlich erfaßt worden sind.

Im Zusammenhang mit der Auskennung der Privatforstbetriebe, um deren personelle Überbesetzung zu beseitigen, sind im Herbst vr.Js. rd. 120 Protektoratsangehörige mit forstlicher Vorbildung für die Forstwirtschaft des übrigen Reichsgebietes dienstverpflichtet worden. 74 Beurteilungen über die Leistungen dieser Protektoratsangehörigen liegen bis heute vor. Von diesen Arbeitskräften sind zur Zeit 61 zur Hilfeleistung bei den Ermittlungen zur Überprüfung der Holztragslage, 3 zur Unterstützung/der Forstämter und 10 zur Hilfeleistung beim Forstbetriebsdienst eingesetzt. Nach ihren Leistungen werden 10 mit "sehr gut", 41 mit "gut", 15 mit "durchschnittlich" und 8 mit "genügend" beurteilt. Die selbständige Zusammenarbeit mit deutschen Waldarbeitern wird in 33 Fällen ohne weiteres bejaht, in 41 Fällen wird sie abgelehnt oder kann darüber ein Urteil infolge der Art des derzeitigen Einsatzes nicht abgegeben werden. Für 43 Arbeitskräfte wird die Dauer Verwendung im Reich empfohlen, für 31 verneint oder nur im Altreich und nicht in den neu angegliederten Donau- und Alpengauen für tragbar erachtet.

05970



Zusammenfassend geht aus diesen Beurteilungen hervor, daß, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die forstlichen Dienststellen im Reich mit der Leistung der ihnen zugeteilten Protektoratsangehörigen durchaus zufrieden sind und daß bei dem herrschenden Mangel an Arbeitskräften auf diese zusätzlichen Arbeitskräfte keineswegs verzichtet werden kann. Selbst die Zuteilung von 10 Protektoratsangehörigen zur Hilfeleistung beim Forstbetriebsdienst, dh. also zur Unterstützung des deutschen Revierförsters bei dessen Außendienst in der Revierförsterei, wo sich eine enge Zusammenarbeit mit deutschen Waldarbeitern nicht vermeiden läßt, hat nach den vorliegenden Beurteilungen zu keinen Schwierigkeiten geführt.

Auf Grund der Anordnung des Führers unterbleibt von nun ab die weitere Vermittlung solcher fachlichen Arbeitskräfte ins übrige Reichsgebiet.

3) Holzabfuhr:

Die Holzabfuhr hat sich bis etwa Ende Januar ds. Js. einwandfrei abgewickelt und wurde durch plötzlichen starken Schneefall von Februar bis März vollständig unterbrochen. Ein besorgniserregender Mangel an Rohholz in den holzverarbeitenden Betrieben macht sich zur Zeit noch nicht bemerkbar. Unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte wird angestrebt, einer Verknappung des Rohholzes bei den Werken durch volle Anspannung aller auf dem Holzabfuhrsektor tätigen Kräfte und Transportmittel vorzubeugen, doch wird bei weiterer Treibstoffkürzung und Reifenverknappung sowie weiterem Fortschreiten des Aushebens von Pferden für Zwecke der Wehrmacht die Holzabfuhr ins Stocken geraten.

4) Holzabsatz:

Der Nutzholzabsatz erfolgt laufend. Die Brennholzbewirtschaftung durch die Kohlenwirtschaftsstelle für Böhmen und Mähren hat noch Lücken gezeigt, die in den einzelnen Bezirken zu Stockungen im Brennholzabsatz führten, deren Beseitigung durch enge Zusammenarbeit <sup>zwischen</sup> der Kohlenwirtschaftsstelle und dem Generalreferat Forstwirtschaft ermöglicht wird. Gemäß Kundmachung des Vorsitzenden der Regierung Nr. 132 v. 16. VI. 44 können die Waldbesitzer (Forstbetriebe) beim Verkauf von



Gruben- und Faserholz sowie Gerbrinde eigener Erzeugung gegenüber dem Käufer die Bezahlung eines Zuschusses beantragen, und zwar:

für 1 fm Grubenholz ohne Rinde	10.-- K.
" 1 fm Faserholz mit Rinde	7.-- K.
" 100 kg Gerbrinde	10.-- K.

Die Verbraucher des Gruben- und Faserholzes, sowie der Gerbrinde können die Vergütung der bezahlten Zuschüsse für das zum Verbrauch im Protektoratübernommene Gruben- und Faserholz sowie die Gerbrinde bei der Marktvereinigung der Forst- und Holzwirtschaft beantragen.

#### 5) Holzwirtschaftslage:

Die gesamte Lage auf dem Schnittholzmarkt ist auf Grund der Holzabfuhrlage als angespannt zu bezeichnen. Es wurde notwendig, bei der Beschaffung von Holz in besonderen Fällen, so z.B. bei der Aufbringung von Schnittmaterial zur Herstellung von Packgefäßen helfend einzugreifen. Die bestehenden Versorgungsschwierigkeiten konnten teilweise sofort bzw. durch Anlieferung von Holz in späterer Zeit behoben werden.

Schwierigkeiten ergeben sich auch im Sektor Barackenbau mit den dazugehörigen Einrichtungsgegenständen, zumal hierzu besonders dimensioniertes Holz benötigt wird, was nicht in dem gewünschten Umfange anfällt. Klagen über die Bedarfsdeckung von Bauhölzern im Rahmen der Bautätigkeit wurden nicht bekannt, wie auch sonst in großen Zügen die Befriedigung des vorliegenden Bedarfes auf dem Schnittholzmarkt erfolgen konnte.

Die Versorgung der Papierfabriken und Zellulosewerke mit Faserholz ist etwas gesunken. Bei dem wichtigsten Zellulosewerk, nämlich Ratimau, beträgt sie zur Zeit einen Monatsbedarf. Auch hier ist die Frage des Rückganges wieder darauf zurückzuführen, daß die Anfuhr- und Manipulationsschwierigkeiten sich verstärken.

Die aus gleichen Gründen zurückgegangene Versorgungslage der Zechen an Grubenholz hat sich etwas gebessert. Sie beträgt jetzt zur Zeit in den beiden schwierigsten Fällen etwa 30 Tage, wohingegen sie vor einem Monat nur noch 16-17 Tage betrug.

Nur durch die Mobilisation aller in Frage kommenden Stellen konnte diese Besserung



32

erzielt werden. Sie genügt jedoch noch nicht, da für die Zechen eine Lagerplatzhaltung in Höhe des Bedarfes für zwei bis drei Monate wenigstens gefordert werden muß, um allen Begebenheiten zu begegnen. Gemessen an der Versorgungslage der angrenzenden, im Olsa-Gebiet gelegenen Betriebe kann die der von Ostrau als sehr befriedigend bezeichnet werden.

Trotz aller Schwierigkeiten in der Beschaffung von Schälbuche für Flugzeugplatten, die fast ausschließlich im Wege des Importes beschafft wird, konnten die vorgesehenen Lieferungsprogramme mit 80 % erfüllt werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der bestehende Maschinenpark der hiesigen in Betracht kommenden Werke ergänzt bzw. völlig umgestellt werden mußte. Rohstoffmäßig dürfte die Versorgung in allen Teilen als gesichert anzusehen sein.

Das Programm für Gewehrschäfte wurde in vollem Umfange erfüllt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Arbeitseinsatz- und Abfuhrfragen immer mehr beginnen, die Versorgung des Protektorates mit Holz zu beeinflussen. Die interne Verfügung des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit v.16.5.44 -A 1/5552-betr. Sonderauskämmung des Handels, worunter auch der Holzhandel fällt, beginnt sich hemmend auszuwirken, obwohl nach Bekanntwerden der Verfügung bei der hiesigen Dienststelle nichts unterlassen wurde, um wenigstens für den wichtigsten Holzhandel einen gewissen Schutz einzuführen. Es ist unbedingt notwendig, daß die Sparten des Faser- und Grubenholzhandels sowie Tankholz und seiner Bearbeitung völlig oder zumindest weitgehendst vor jedem Arbeiterentzug geschützt werden, wenn schwerwiegende Versorgungsstockungen mit diesem wichtigen Rohstoff vermieden werden sollen. Ebenso ist es notwendig, in bestimmtem Umfange den Schnittholzhandel zu schützen, da von ihm in erster Linie die Lagerhaltung (wichtig zur schnellen Beseitigung evtl. eingetretener Fliegerschäden) und die Versorgung für wehrwirtschaftliche Betriebe abhängt. Aus den gleichen Gründen muß darauf hingewiesen werden, daß vor allen Dingen aus den Gegenden Brünn, Pilsen und Ostrau Klagen einlaufen, daß es dort an Arbeitern mangelt, um die Rohhölzer auf die bereitzustellenden Waggonen zu verladen. Anforderungen der Händlerschaft an die in Frage kommenden Arbeitsämter konnten in den seltensten Fällen befriedigt werden.

./.

Einfuhr:

Die Einfuhr aus Kroatien hat sich noch nicht in größeren Zügen realisieren lassen, doch steht zu hoffen, daß einige bereits abgeschlossene Verträge allmählich zur Abwicklung gelangen werden. Die Frage der Lieferungen aus Ungarn konnte noch nicht geklärt werden, da erst jetzt einigen einfuhrberechtigten Händlern die Ausreisegenehmigung bewilligt werden konnte. Die durch die Verweigerung der Ausfuhrgenehmigungen bestehende ziemlich scharfe Wirtschaftsspannung auf dem Sektor Holz mit der Slowakei kann vorläufig als beseitigt angesehen werden, nachdem es dem Regierungsausschuß gelungen ist, eine Übergangsregelung mit der Slowakei zu treffen. Es steht zu hoffen, daß jetzt in größerem Umfang das Holz nach dem Protektorat rollen wird, jedoch ist die Haltung slowakischerseits mit zurückhaltend zu bezeichnen.

6) Waldbau:

Die erhöhte Nachfrage nach Waldsamen -bedingt durch die Mißernten der vergangenen drei Jahre und durch den erhöhten Holzeinschlag- konnte durch die Forstliche Samenbetriebsverwaltung Budweis nur zum Teil befriedigt werden. Durch den verstärkten Einsatz von Zapfenpflückern war es wenigstens gelungen, rd. 1200 kg hochwertigen Kiefernsemen/ zu ernten und zu klengen, wodurch 33 % des Gesamtbedarfes der Forstwirtschaft sowie der Forstpflanzenzucht und Forstsemenhandelsbetriebe des Protektorates an Kiefernsemen gedeckt werden konnten. Aus früheren Vorräten oder aus neuer Ernte war es möglich, den Bedarf an Fichtensemen zu 100 %, an Lärchensemen zu 13 % zu befriedigen, während Weißtannensemen infolge der Mißernten bei einem Bedarf von rund 7 000 kg überhaupt nicht zur Verfügung stand, Dasselbe gilt für Rotbuche bei einem Bedarf von 41 000 kg, während die Bestellungen auf Stieleicheln zu 100 %, auf Traubeneicheln zu 25 %, auf Samen der Esche, Birke und Bergahorn zu 100 %, von Spitzahorn zu 25 % und der Linde und Sommerlinde zu 59 bzw. 50 % beliefert werden konnten. Die angeführten Zahlen ergeben ein weit günstigeres Bild als im Reich.

05968



Dieses Jahr wird auf Grund der Blüte bei Esche, Ahorn, Birke und Linde mit einer vollen Samenernte, bei Kiefer, Lärche, Weißtanne, Eiche und Rotbuche nur mit einer teilweisen Samenernte zu rechnen sein; Fichte fällt, da sie nicht geblüht hat, vollkommen aus. Die Forstliche Samenbetriebsverwaltung trifft alle Vorbereitungen, um im größten Umfang diesen für die Forstwirtschaft so dringend notwendigen Samen gewinnen zu können.

7) Forsteinrichtung:

Die Schnelltaxation aller Waldungen im Protektorat zur Überprüfung der Holztragslage und Feststellung der Einschlagsmöglichkeiten ist abgeschlossen. Die Unterlagen befinden sich im Statistischen Zentralamt zur Auswertung. Aus diesen Unterlagen sollen folgende Entscheidungen beeinflusst werden:

- a) die absolute Höhe der Gesamtholzumlage für das Protektorat;
- b) die Sortimentenverteilung der Holzumlage für das Protektorat;
- c) die gerechte Verteilung der Holzumlage nach Menge und Sorten auf die einzelnen Besitz- und Verwaltungskategorien;
- d) die gerechte Verteilung der Holzumlage nach Menge und Sorten auf die einzelnen Waldbesitzer nach einheitlichen waldbaulichen und betriebswirtschaftlichen Maßstäben.

Außerdem wird die Schnelltaxe eine große Zahl wertvollster statistischer, waldbaulicher, betriebswirtschaftlicher und ähnlicher Einblicke von kriegswirtschaftlicher Bedeutung mit sich bringen.

8) Waldbewertung:

Die Bewertung der den deutschen Siedlern -Bessarabiendeutschen usw.- zugeteilten Kleinwaldungen wurde, unter die fachliche Leitung der Generaldirektion der Forste gestellt.

9) Forstschutz:

Die RegVO. über die Verhütung von Waldbränden, über die schon im letzten Verwaltungsbericht berichtet wurde, ist bereits genehmigt und befindet sich im Druck. Die ergänzenden Kundmachungen des Ministeriums für Verkehr und Technik bezüglich der Waldbrände an Eisenbahnen und des Kommissarischen Leiters der Sektion VI im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft bezüglich Waldbrandverhütungsvor-

schriften und Organisation sind in Bearbeitung.

10) Jagd:

Zur Herabminderung von Wildschäden an land- und forstwirtschaftlichen Kulturen sowie als Beitrag zur Hebung der Ernährungslage des Protektorates wurde die Jagdzeit auf weibliches Rehwild um 14 Tage vorverlegt. Ferner wurde angeordnet, daß der Abschub weiblichen Rehwildes bis zu 30% gegenüber dem diesjährig genehmigten, im Verhältnis zum Vorjahr bereits erhöhten Abschubplan gesteigert werden kann.

*Pfeilanz*



05967

34

2 81

Der Sonderbeauftragte  
der Deutschen Reichsbank

Vertraulich!

bei der Nationalbank  
für Böhmen und Mähren

Prag II, den 6. Juli 1944.  
Bredauergasse 7, Tel. 398-30 u. 260-77.

An den

Herrn Abteilungsleiter I  
z.Hd.von Herrn Ministerialrat Dr. L a n d m a n n  
durch die Hand des Herrn Abteilungsleiters V.

Zgb. Nr.

1639.

Es wird gebeten, diese Tagebuchnummer  
bei weiteren Schreiben anzugeben

Prag IV.  
Czernin - Palais.

Handwritten initials and date: *IV 8.VII.44*

Betr.: Vierteljährlicher Verwaltungsbericht  
zum 30.Juni 1944.

Bezug: Erlass vom 12.November 1942 - Nr. I 1 a - 1800.

Die Nationalbank für Böhmen und Mähren im II.Quartal 1944.

1./ Das Kreditgeschäft:

Die Kreditgeschäfte der Nationalbank im II. Vierteljahr 1944  
betrafen wieder, wie in den vorhergehenden Zeitabschnitten,  
nur Geschäfte in Reichspapieren.

Diese Posten wiesen		
am 31. März 1944 .....	1 944,9	Mill. K
und am 30. Juni 1944 .....	2 862,-	" "
aus. Von dem letztgenannten Beträge entfallen .....	1 690,2	Mill. K
	1 171,8	" "
		auf angekaufte Reichswchsel und auf Reichsschatz-anweisungen.

2./ Der Zahlungsmittelumlauf und seine Verwaltung:

Der Zahlungsmittelumlauf wies im II.Vierteljahr 1944 wieder eine bedeutende Erhöhung aus. Die günstige Wirkung der Umtauschaktion der 1000 K-Banknoten II.Form auf den Zahlungsmittelumlauf im I.Vierteljahr d.J. endete mit der am 15.April ablaufenden Umtauschfrist.

Im Vergleich zu den vorhergehenden Vierteljahren wies der Zahlungsmittelumlauf folgende Erhöhung auf:

Vierteljahr:	II.1944:	I.1944:	IV.1943:	III.1943:	II.1943:
in Mill. K	2 862	720	5 883	3 823	2 688
in %	7,8	2,-	19,6	14,5	11,4

Die Gesamthöhe des Zahlungsmittelumlaufs stellte sich am 30.Juni 1944 auf 39 635 Mill. K. Von der im zweiten Quartal ausgewiesenen Erhöhung entfallen 83 % auf die Steigerung des Banknotenumlaufs, besonders von Banknoten der höheren Werte.

Die Ursache der weiteren ansteigenden Tendenz des Zahlungsmittelumlaufs hängt vor allem mit der Umwechslung von Reichsmarkzahlungsmitteln zusammen.

Die

34a

182

Die Höhe der zur Umwechslung gelangten Reichsmarkzahlungsmittel ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich /in Mill.K/:

Vierteljahr:	II.1944:	I.1944:	IV.1943:	III.1943:	II.1943:
	2 202	2 146	1 964	1 661	1 324

An die Reichsbank wurden im zweiten Vierteljahr 1944 176,7 Mill.RM abgeliefert.

Die Entwicklung des Zahlungsmittelumlaufes im II.Quartal 1944 ergibt im einzelnen folgendes Bild /in Mill.K/:

Zeit:	Banknoten:	Staatsnoten:	Papier- kleingeld:	Münzen:	Insgesamt:
31.III.44	24 523	9 589	2 326	335	36 773
30. IV.44	24 833	9 702	2 386	337	37 258
31. V.44	25 740	9 809	2 421	339	38 309
30. VI.44	26 897	9 976	2 420	342	39 635

Gegenüber dem					
31.III.44	+ 2 374	+ 387	+ 94	+ 7	+ 2 862

Die Banknotendruckerei der Nationalbank und die übrigen mit dem Drucke von kleineren Sorten des Papierkleingeldes beauftragten privaten Druckereien haben im II.Vierteljahr 1944 an Banknoten und Papierkleingeld für den Protektoratsumlauf der Hauptkasse abgeführt:

Sorte:	Banknotendruckerei in 1000 Stück	Andere Firmen in 1000 Stück	Insgesamt in Mill.K
1000 K IV	4 920	-	4 920,-
500 K IV	3 651	-	1 825,50
100 K IV	9 971	12 916	2 288,70
50 K IV	980	-	49,-
20 K III	8 629	-	172,58
20 K II	342	-	6,84
10 K II	-	24 744	247,44
5 K IV	-	8 922	44,61
Insgesamt	28 493	46 582	9 554,67



05960

Nach Ablauf der Umtauschfrist der 1000 K-Noten II waren für 332,75 Mill. K Noten dieser Gattung nicht zur Nationalbank zurückgekehrt. Von diesem Betrage wurden 300 Mill.K zur Verminderung des Staatsnotenumlaufts verwendet und von dem Rest werden die nicht rechtzeitig vorgelegten 1000 K II.Form, die zum nachträglichen Umtausch eingereicht werden, in besonders begründeten Fällen beglichen. Vom 15. April 1944 bis zum 30.Juni 1944 erreichte der Umtausch die Höhe von 17,8 Mill. K.

Am 25.IV.1944 wurde neues Protektorats-Papierkleingeld zu 20 K-Noten III.Form ausgegeben; ferner wurden 500 K-Banknoten IV.Form II.Auflage neu in Umlauf gesetzt /Kundmachung des Finanzministers vom 21. IV.1944 Slg.Nr. 95 und Nr.96/.

Die 10 K-Noten I.Form /d.s. mit den Daten vom 15.IV.1919 und 2.I. 1927/ hörten mit dem 31.Mai 1944 auf, gesetzliches Zahlungsmittel zu sein und werden vom 1.Juni bis 31.August d.J. bei den Kassen sämtlicher Nationalbank-Amtsstellen, vom 1. bis 30.September sodann nur noch bei der Hauptanstalt in Prag umgetauscht /Kundmachung des Fi-

2 31 35  
nanzministers vom 18. Mai 1944 Slg. Nr. 120/.

In der Zeit vom 31. Mai bis zum 30. Juni 1944 wurden von den umlaufenden 9 171 000 Stück der 10 K-Noten I. Form nach dem Stand am 31. Mai 1944 4 392 000 Stück, d. s. 43,92 Mill. K, zurückgeliefert. Ausser den zum Banknotendruck bereits herangezogenen Protektoratsdruckereien wurde der Druck von Kronenzahlungsmitteln weiterhin an die Firmen Gebr. S t i e p p e l in Reichenberg und Ed. S t r a c h e in Warnsdorf /Sudetenland/ vergeben.

In der Münzstätte der Firma Vichr & Co., Lissa a. d. Elbe, wurden im II. Quartal 1944 für den Protektoratsbedarf folgende Zinkmünzen geprägt und geliefert:

Sorte:	in 1000 Stück:	in 1000 K:
1 K	5 264	5 264,-
50 h	1 772	886,-
20 h	3 152	630,4
10 h	4 060	406,-
Insgesamt	14 248	7 186,4

Durch Erlass des Finanzministeriums G. Z. 22.500/44-II/1 vom 16. März d. J. wurde an die Firma Vichr die Prägung weiterer 10 Millionen Stück 1 K und 5 Millionen Stück 50 h Zinkmünzen vergeben.

Reservegeldbestände:

Um das Risiko bei ev. Luftangriffen einigermaßen zu verteilen, wurden an verschiedenen Plätzen, an denen sich Filialen der Nationalbank befinden, in unter dem Strassenniveau liegenden Tresoren anderer Bankinstitute Geldsorten eingelagert, die den Bedarf für etwa eine Woche decken.

3./ Giroguthaben und sonstige, sofort fällige Verbindlichkeiten:

In Mill. K:	Giroguthaben:	Umlauf der Kassenscheine:	Insgesamt:
Stand am:			
31. III. 44	4 725	3 174	7 899
30. VI. 44	3 965	5 092	9 057

Unterschied gegenüber dem 31. III. 44      -    760      +    1 918      +    1 158

Wie aus Vorstehendem ersichtlich, nahm die Summe der sofort fälligen Verbindlichkeiten am 1 158 Mill. K auf 9 057 Mill. K zu. A. 15. April wurde ein neuer Höchststand der Giroguthabenbestände mit 5 112 Mill. K ausgewiesen.

4./ Anlagen in unverzinslichen Schatzanweisungen und Wechseln des Reichs:

Die erfassten Anlagen der Privatwirtschaft in kurzfristigen Reichspapieren stiegen von 21 570 Mill. K Ende März 1944 auf 26 407 Mill. K am 30. Juni 1944.

Die Bestände der Nationalbank an kurzfristigen Reichspapieren stiegen in der Berichtszeit von 12 082 Mill. K auf 12 587 Mill. K.

Von dem Gesamtbestand der Nationalbank entfallen 2 862 Mill. K auf Anlagen aus Nationalbankkassenscheinen.

35a

1812

5./ Zahlungsverkehr mit dem Ausland:

Das bei der Deutschen Verrechnungskasse in Berlin geführte Konto "Zahlungsverkehr mit dem Ausland", über welches Zahlungen im Aussenhandel und sonstige Vergütungen abgewickelt werden, wies im zweiten Vierteljahr 1944 folgende Bewegung auf:

im Ausland wurden eingezahlt .....	1 871,1 Mill. K
im Inland wurden eingezahlt .....	602,1 " "

so dass sich ein Aktivum von ..... 1 269,- Mill. K ergab. Damit stiegen die Forderungen des Protektorates Böhmen und Mähren aus dem Auslandszahlungsverkehr gegen die deutsche Verrechnungskasse zum 30. Juni 1944 auf 11 118,9 Mill. K.

Die Abwicklung der alten Clearingkonten aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1940 schritt weiter fort. Dieses Konto schloss am 30. Juni mit einem Passivsaldo von 70,2 Mill. K.

Der Kursdifferenzfonds, der aus den infolge der Kronenaufwertung am 1. X. 1940 entstandenen Kursdifferenzen gebildet wurde, verzeichnete folgende Bewegungen:

Stand am 31. III. 1944	10,26 Mill. K
+ eingegangene Kursdifferenzen	- ,79 " "
	11,05 Mill. K
- Kursaufbesserung zugunsten von Protektoratsgläubigern	4,48 " K
Stand am 30. Juni 1944 .....	6,57 Mill. K

Auf dem slowakischen Preisausgleichsfonds ergibt sich in der Berichtsperiode per Saldo eine Abnahme von 7,7 Mill. K.

6./ Devisen- und Goldbestand:

a/ Freie Devisen- und Goldbestände:

Die freien Devisenstände verzeichneten im II. Quartal 1944 per Saldo eine Abnahme um 0,9 Mill. K auf 51,3 Mill. K am 30. Juni 1944.

Der freie Goldbestand verminderte sich durch die üblichen Verkäufe an die Affinerien um 0,8 Mill. K auf 739,6 Mill. K.

b/ Blockierte Devisen- und Goldbestände:

Die blockierten Devisenbestände blieben in der Berichtsperiode mit 653,6 Mill. K und die blockierten Goldbestände mit 915,5 Mill. K unverändert.

05965



*Winn*

Eingegangen beim 17. VII. 1944  
Abteilungsleiter V

36

Regierungsrat Dr. H. W i r t h  
Nr. V/Stat. - 877/6511

Prag, den 5. Juli 1944

**Streng vertraulich.**

Herrn  
Abteilungsleiter V

17. VII. 1944

Betr.: Vierteljährlicher Verwaltungsbericht  
(II. Vierteljahr 1944)

Bevölkerung:

In der Berichtszeit wurden die monatlichen Ergebnisse über die natürliche Bevölkerungsbewegung der deutschen und tschechischen Bevölkerung fertiggestellt. Die natürliche Bewegung der deutschen Bevölkerung hat sich in der Berichtszeit ebenso günstig entwickelt wie es erwartet worden war. Die Zahl der Lebendgeborenen gegen das Vorjahr ist um weitere 10 vH gestiegen. Dagegen zeigt die Zahl der Eheschliessungen eine abnehmende Tendenz. Die Sterbeziffer ist wiederum hoch, jedoch ist dabei zu berücksichtigen, dass 1/10 auf die Sterbefälle gebietsfremder Pfléglinge in den Irrenanstalten entfällt.

Die natürliche Bewegung der tschechischen Bevölkerung zeigt nicht mehr diesen enormen Anstieg wie in den früheren Jahren. Zwar ist der Geburtenüberschuss noch um einige Hundertteile weiter gestiegen jedoch kann angenommen werden, dass die enorme Geburtenzunahme ihren Höchststand erreicht hat und damit zu einem gewissen Abschluss gekommen ist. Die Zahl der Eheschliessungen bleibt in der Berichtszeit beachtlich hinter den Eheschliessungen der vergangenen Jahre zurück. Die ausserordentlich hohe Eheschliessungsziffer war in den vergangenen Jahren ähnlich wie die Zunahme der Geburtenziffer offensichtlich eine Folge der Arbeits-einsatzmassnahmen. Die Sterbeziffer der tschechischen Bevölkerung nimmt ständig infolge der hohen Säuglingssterblichkeit zu.

Die monatliche Statistik über die Lebensmittelkartenausgabe unter besonderer Berücksichtigung des Lebensmittelverbrauchs wurde terminmässig den für die Ernährungssicherung verantwortlichen Stellen ausgehändigt.

36a

mit ...  
V ... 2/3

Auf Grund der Haushaltskarten 1943 wurden die Unterlagen für das neue Ortsbuch zusammengestellt.

Nach den neuesten Untersuchungen über den Bevölkerungsstand (Zivilbevölkerung) der Deutschen ist er gegen das Vorjahr auf 284 000 um etwa 10 000 gestiegen. In diesen Zahlen sind die zur Wehrmacht eingezogenen deutschen Staatsangehörigen in Höhe von 45 000 nicht enthalten.

Landwirtschaft:

In der Berichtszeit wurde die Sommerviehzählung nach dem Stand vom 3. Juni d. Js. durchgeführt und die Ergebnisse den zuständigen Stellen für den inneren Dienstgebrauch terminmässig bekanntgegeben. Der Gesamtstand an Rindern hat gegen das Vorjahr nur um 40 000 oder um knapp 2 vH abgenommen. Die Abnahme ist fast ausschliesslich auf den Rückgang des Jungviehs zurückzuführen, was im Hinblick auf den vergleichsweise hohen Jungviehbestand in Böhmen und Mähren zu begrüssen ist. Dagegen hat die Zahl der Milchkühe etwas zugenommen. Auch die Schafzucht wurde um weitere 23 vH vergrössert. Dagegen wurde die Ziegenhaltung, die Haltung von Hühnern, Gänsen und Enten beachtlich vermindert. Mit Rücksicht darauf, dass das für die Geflügelhaltung notwendige Futter bei der Schweinehaltung rationeller verwertet wird, ist diese angestrebte Entwicklung zu begrüssen.

Nach den Ergebnissen der letzten Kontrollerhebungen, die unter Leitung des Wirtschaftssonderkommandos beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD veranstaltet wurden und sich auf das gesamte Gebiet Böhmens und Mährens, auf sämtliche politischen Bezirke, auf zahlreiche Gemeinden und eine Vielzahl von Betrieben erstreckten, wurden bei der Sommerviehzählung folgende Kontrollfehler festgestellt: Bei den Schweinen und beim Rindvieh 0,03 vH, bei den Schafen 0,6 vH, bei den Ziegen 1 vH, bei den Hühnern 0,6 vH, bei den Gänsen 0,9 vH und bei den Enten 2,6 vH. Gegenüber den letzten Kontrollen hat sich der an sich schon kleine Kontrollfehler weiter verkleinert. Die Reg. VO vom 28. Februar d. Js. Slg. Nr. 49, 1944, wonach die Bezirksbehörden im Strafverfahren die bei der amtlichen Zählung verheimlichten Tiere als verfallen zu erklären hatten, hat daher einen sichtbaren Erfolg gebracht. Mit einer weiteren Verkleinerung des Kontrollfehlers bei den amtlichen Zählungen darf nicht mehr gerechnet werden.



05961

Die Bodenbenutzungserhebung ist terminmässig durchgeführt worden und das erste Ergebnis, das sich auf die wichtigsten Feldfrüchte erstreckt, ist den für die Ernährungssicherung verantwortlichen Dienststellen bereits bekanntgegeben worden. Nach den vorliegenden Kontrollerhebungen, die ebenfalls unter Leitung des W.-Sonderkommandos veranstaltet wurden, sind die Kontrollfehler noch kleiner als im Vorjahr. Die Ergebnisse müssen daher als recht zuverlässig angesehen werden.

Der Anbauplan bei Getreide ist, wenn man die auf Brotgetreide anzurechnenden Flächen wie Grassamenbau, Elitezuchten von Sommergetreide usw. berücksichtigt, annähernd erfüllt worden. Beim Sommergetreidebau wurde ein Anbauplan nicht aufgestellt. Der Sommergetreidebau hat beachtlich, Sommergerste sogar um 1/5 abgenommen, jedoch ist zu erwarten, dass dieser Rückgang durch einen Mehranbau beim Feldfutterbau ausgeglichen worden ist. Mit Rücksicht auf den friedensmässigen Umfang der Rindviehhaltung ist diese Verlagerung vom Sommergetreidebau zum Feldfutterbau zu begrüssen. Der Anbauplan bei den Zuckerrüben wurde in vollem Umfang erfüllt. Der Zuckerrübenbau hat gegen das Vorjahr merklich, nämlich um 7 vH, zugenommen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass er in den letzten Jahren ständig abnahm. Im Hinblick auf die vielseitige Nutzung der Zuckerrübe (Nahrungs- und Futtermittel), ist diese Zunahme gegen das Vorjahr zu begrüssen. Beim Kartoffelbau wurde ursprünglich der Anbau von 354 000 ha geplant. Mit Rücksicht auf die angespannte Speisekartoffelversorgungs-lage (Kartoffelmissernte 1943) musste aber, um Pflanzgut zu sparen, notgedrungen der Anbauplan auf 320 000 ha heruntersgesetzt werden mit der Weisung an die landwirtschaftlichen Betriebsführer, als Ausgleich Oelfrüchte zu bauen. Tatsächlich ist aber nach dem vorläufigen Ergebnis der Bodenbenutzungserhebung der Kartoffelbau nur auf rund 300 000 ha zu veranschlagen, d.s. 4,5 vH weniger als im Vorjahr. Der Anbauplan bei den Kartoffeln wurde also nicht erfüllt, da auch von der Ermächtigung, bei weiterer Verminderung des Kartoffelbaus Oelfrüchte anzubauen, offenbar nicht in vollem Umfang Gebrauch gemacht worden ist, denn an Oelfrüchten wurden nach dem vorläufigen Ergebnis 122 000 ha angebaut. Unter Einrechnung der Ausgleichsfläche für Kartoffeln hätten aber 136 000 ha angebaut werden müssen. Es ist aber durchaus wahrscheinlich, dass dieses Vorhaben praktisch gar nicht erfüllt werden konnte, weil dem Landbau zugunsten von Wehrmachtobjekten u.a. auch im Wirtsc

weitere fruchtbare Ackerböden entzogen wurden, die nach vorläufigen Teilergebnissen auf rund 30 000 ha geschätzt werden.

Industrie, Handwerk, Handel, Geldwesen, Versicherungswesen:

Die Ergebnisse der monatlichen Industrierichterstattung wurden terminmässig den verantwortlichen Stellen bekanntgegeben. In der Berichtszeit wurden Untersuchungen über die Arbeitsauslastung in der Konsumgüterindustrie, im Handwerk, im Handel, im Versicherungswesen und im Geldwesen im Vergleich zu der Arbeitsauslastung im übrigen Reichsgebiet angestellt. Die Unterlagen bildeten für die Generalreferate V/1 und V/2 eine Grundlage für den Umfang der in den böhmisch-mährischen Wirtschaftszweigen für die Rüstungsindustrie noch auszukämmenden Arbeitskräfte. Die Untersuchungen erstreckten sich auf die einzelnen Handwerksarten, Handels-, Versicherungs- und Industriezweige.

Die Untersuchungen über die Bergbauproduktion wurden in der Berichtszeit abgeschlossen und den zuständigen Dienststellen für den inneren Dienstgebrauch bekanntgegeben. Im Einzelnen ist die Produktion im Bergbau mit Ausnahme von Eisen- und Manganerz im Vorjahr weiter gestiegen. Die Produktionsziffern sind die höchsten, die in der Zeit von 1919 bis 1942 erzielt worden sind. Die Zunahmen halten sich bei Kohle in engen Grenzen, bei Koks ist jedoch die Zunahme auf mehr als 1/4 vH, bei Steinkohlenbriketts auf mehr als 1/4 zu veranschlagen. Bei Rohgraphit hat sich die Menge des der Aufbereitung unterworfenen Rohgraphits im Vergleich zu 1942 von 5 000 t auf 11 000 t mehr als verdoppelt. Der Gesamtbruttowert der Bergbauproduktion ist beachtlich gestiegen.

Die Förderung je Arbeiter in den wichtigsten Zweigen des Bergbaus ist aus den bekannten Gründen (zahlreiche Bergfremde usw.) im Jahre 1943 gegen 1942 bei der Steinkohle um etwas mehr als 5 vH, beim Roheisenerz um etwa 10 vH, bei der Braunkohle nur ganz unwesentlich ( - 1 vH) gesunken.

Nach den Teilergebnissen der Halbjahresstatistik der Spareinlagen ist 1944 mit einem weiteren Zuwachs der Spareinlagen in Höhe von mindestens 12 Mrd. K, oder rund 20 vH des Volkseinkommens zu rechnen. Damit hat die Sparrate eine beachtliche Höhe erreicht.



05963

Öffentliche Finanzwirtschaft:

Die Untersuchungen über die Finanzlage der gebietlichen Selbstverwaltungskörperschaften wurden abgeschlossen. Die Finanzlage der Gemeinden hat sich im Jahre 1942 gegen 1941 hauptsächlich als Folge der Zunahme der Steuerkraft der Besteuerten beachtlich verbessert. Bei der Gemeindeumlage, die die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinden darstellt, ist etwa  $\frac{4}{5}$  auf die Zunahme der Steuerkraft,  $\frac{1}{5}$  auf die Erhöhung der Zuschlagssätze zurückzuführen. Die Ergebnisse werden den zuständigen Stellen beschleunigt bekanntgegeben.

Kriegswirtschaftliche Kräftebilanz:

Die auf Veranlassung des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion, des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und des Reichswirtschaftsministers für das übrige Reichsgebiet angeordnete Aufstellung einer Kräftebilanz wurde auch auf Böhmen und Mähren ausgedehnt. Die kriegswirtschaftliche Kräftebilanz erstreckt sich auf alle Zweige von Verwaltung und Wirtschaft. Die Erhebungen wurden für das Gebiet Böhmens und Mährens vom Statistischen Zentralamt durchgeführt. Einem dringenden Bedürfnis der für den Arbeitseinsatz verantwortlichen Stellen entsprechend wurden beim Handwerk, Handel, Geld- und Versicherungswesen die Arbeitskräfte namentlich erfasst, um ihre Ausgleichsfähigkeit (Umsetzbarkeit) festzustellen. An Hand dieser Unterlagen werden von den verantwortlichen Zentralstellen die Pläne für die Auskammerung ausgearbeitet, die nachher von den Verbänden im Benehmen mit den Arbeitsämtern durchgeführt werden. Für das Handwerk sind die statistischen Ermittlungen bereits abgeschlossen, bei den übrigen Wirtschaftszweigen stehen sie vor dem Abschluss.

Mitteilungsdienst:

Die Ergebnisse der amtlichen Statistik sind den verantwortlichen Dienststellen für ihre Massnahmen termingemäss zur Verfügung gestellt worden. Fallweise wurden auf Anforderung besondere Untersuchungen angestellt.

Abteilung VI  
Ernährung und Landwirtschaft  
VI - 0012 -

4401

Prag, den 8. VII. 1944

11 393

~~10 JULI 1944~~

An die  
Abteilung I  
z.Hd. von Herrn Ministerialrat Dr. L a n d m a n n  
im H a u s e

Als Anlage übersende ich den Verwaltungsbericht der  
Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für das 2. Kalender-  
vierteljahr 1944.

1 Anlage.

*F. J. ...*



10000

Verwaltungsbericht

der  
Abteilung Ernährung und Landwirtschaft  
für das 2. Kalendervierteljahr 1944.

1.) Allgemeine Erzeugung.

Die Eisenzuteilung wurde erneut gekürzt. Trotzdem konnte die Schlepperproduktion im bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden. Die Entwicklung in der Treibstoffversorgung erforderte weitere Einsparungsmaßnahmen. Zum Ausgleich wurde versucht, die Acker-schlepperumstellung zu beschleunigen, jedoch ohne Erfolg, da aus den Umbauwerkstätten in erheblichem Umfange Fachkräfte abgezogen wurden. Durch Verhandlungen beim Beauftragten für den Vierjahresplan konnte durchgesetzt werden, daß aus dem sog. Ostackerprogramm Schlepper und Landmaschinen in beschränktem Umfange ohne Hergabe von Materialkontingenten für die Landwirtschaft des Protektorates zur Verfügung gestellt werden.

Der Betriebsaufbau für deutsche Betriebe beschränkte sich weiterhin im wesentlichen auf Einzelaktionen (Bezuschussung von Zuchtvieh und Maschinen). Die Deutschtumsaktion 1943/44 ist abgeschlossen; es wurden zur Stützung von ca. 70 kleinen bäuerlichen Betrieben 200.000 RM verausgabt.

2.) Tierzucht.

Die Hengste, die in anderen Jahren zum 1. Juli in die Landgestüte zurückgeführt wurden, werden aus Gründen des Luftschutzes zum größten Teil bei Landwirten untergebracht. Diese Maßnahme wirkt sich auch dadurch günstig aus, daß nunmehr vor allem größeren Betrieben gutes Pferdmaterial mit menschlichen Hilfskräften aushilfsweise zur Verfügung gestellt werden kann. Die Tierzuchtleherschauen haben begonnen. Die ersten wurden von je 12.000 bis 15.000 Menschen besucht. Sie bringen eine große Belebung für die Arbeit und ermöglichen es den verantwortlichen deutschen Männern, zu einer großen Zahl von tschechischen Landwirten zu sprechen und sie auf die Forderungen, die die Kriegsernährungswirtschaft stellt, eindringlichst hinzuweisen.

3.) Acker- und Pflanzenbau.

Die Auswinterungen von Wintergetreide waren sehr gering. Das ist ohne Zweifel mit darauf zurückzuführen, daß

- a) die Kalidüngung wesentlich erhöht wurde,
- b) die Pflichtbeizung vorgeschrieben und im allgemeinen durchgeführt worden ist.

Der Winterrapsanbau gewinnt im Protektorat immer mehr an Boden. Von vielen Betrieben werden die Pflichtanbauflächen überschritten. Durch den pflichtmäßigen Pflanzgutwechsel bei Kartoffeln hat sich der Gesundheitszustand der Kartoffelkulturen wesentlich gebessert. Eine Steigerung der Kartoffelerträge ist zu erwarten. Die Herausnahme verschiedener Früchte aus dem Pflichtanbau und die Überleitung in den Vertragsanbau hat sich voll bewährt.

40a

h 2

4.) Ernährungswirtschaft und öffentliche Bedarfsdeckung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Mahlerzeugnissen verlief ohne Störungen. Mit den vorhandenen Vorräten an Brotgetreide wird der Anschluß an die neue Ernte erreicht. Bis zum Beginn der Frühkartoffelernte (3.7.1944) wurde zum Ausgleich für die gesenkte Kartoffelration auch weiterhin Brotgetreide zur Verfügung gestellt.

Die Lage in der Fleisch- und Fleischwarenversorgung blieb weiterhin zufriedenstellend. Dagegen war die Buttererzeugung infolge der sinkenden Milchlieferung an die Molkereien, die sich erst im Laufe des Monats Juni etwas besserte, unbefriedigend. In einer Versorgungsperiode mußte anstelle von Butter an Normalverbraucher fettes Schweinefleisch ausgegeben werden. Im übrigen konnte die Versorgung der Bevölkerung mit Butter nur durch Zuschußlieferungen von Butter aus dem übrigen Reichsgebiet aufrecht erhalten werden. Die Ausgabe von Margarine und Schweinefett verlief ohne Störungen. Die Versorgungslage bei Obst und Gemüse hat eine Besserung erfahren.

5.) Gesetzgebung, Verwaltung, Arbeitseinsatz usw.

Als Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung wurden Kundmachungen über die Ablieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, ölhaltigen Früchten und ölhaltigen Samen, ferner von Heu und Stroh aus der Ernte 1944, über die Versorgung der in Arbeitergemeinschaftslagern untergebrachten und verpflegten Arbeiter sowie über die Meldung von gewissen Nahrungsmittelbeständen durch Einzelhandel, Backgewerbe und Backindustrie, über die Lagerhaltung und in Verkehrsetzung von Roggenbrot und über die vorübergehende Einstellung der Lohnvermahlung für Selbstversorger erlassen.

Die <sup>pflanzliche</sup> <sup>u. a.</sup> Produktion wurde durch Kundmachungen über den Pflichtanbau einiger landwirtschaftlicher Fruchtarten für die Ernte 1945 und über die Vergünstigung beim Vertragsanbau von Zichorien gefördert. Zur Hebung der Viehproduktion wurde die pflichtmäßige Milchleistungskontrolle in weiteren Gemeinden eingeführt.

Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Organisation wurde u. a. der Voranschlag des Verbandes der Land- und Forstwirtschaft für das Jahr 1944 aufgestellt. Im Genossenschaftswesen wurden einige weitere Zusammenlegungen von Molkereigenossenschaften durchgeführt.

05960



Der Ministerpräsident gewährt im Reichsarchiv...  
Von vielen Betrieben werden die...  
Durch den pflichtmäßigen...  
hat sich der Gesundheitszustand...  
gepasst. Eine Steigerung der...  
die Herannahende verschiedene...  
die Überleitung in den...  
hat sich voll...  
...

Abteilung IX  
Fernmeldewesen und Post

Prag, den 7. Juli 1944

IX/3 - D 1303 - 2/1/44 G

Bfb 22/44 g

**Geheim**

An die  
Abteilung I,  
zu Händen von Herrn Ministerialrat  
Dr. Landmann o.V.i.A.

im Hause

Betr.: Verwaltungsbericht für das  
2. Kalendervierteljahr 1944

Bezug: Erlaß vom 12.11.1942 I 1 a-1800

I. Fernmeldewesen

Nachdem die neuen Telegraphenbauämter inzwischen ihre Tätigkeit aufgenommen haben, werden Zug um Zug weitere Schritte zu Vereinfachungsmaßnahmen getroffen. Vom 1.7. an ist die Lohnberechnung vereinfacht worden. Weiter wird vom 1.7. an ein vereinfachtes Verfahren in der Geldbeschaffung für die neuen TBÄ eingeführt. Beide Verfahren werden bei 2 Telegraphenbauämtern bereits seit Mai 44 erprobt.

Im Laufe des vergangenen Vierteljahres ist die zentrale Beschaffung von Telegraphenbauzeug und Gegenständen der technischen Einrichtung für den Fernmeldedienst eingeleitet worden. Die Böhmisch-Mährische Post wird dem im Übrigen Reichsgebiet bereits eingeführten Verfahren weitgehend angeschlossen werden, wobei die Deutsche Reichspost - zusammen für die Wehrmacht und die Deutsche Reichsbahn - Gegenstände, die von den verschiedenen Bedarfsträgern benötigt werden, gemeinsam in Auftrag gibt. Nur für Telegraphenbauzeug und Gegenstände der technischen Einrichtungen, die ausschließlich bei der Böhmisch-Mährischen Post gebraucht werden, bleibt es bei dem bisherigen Verfahren des unmittelbaren Auftrags an die Lieferer.

Zur Befriedigung dringender Wehrmachtsbedürfnisse wurde die Auslegung und Montage eines neuen Fernkabels von Sillein (Slowakei) nach Friedberg und weiter nach Troppau in Angriff genommen. Das Kabel wird voraussichtlich im September fertiggestellt sein.

41a

II. Postwesen.

1. Verwaltungs- und Betriebsvereinfachung.

**62108**

Die Böhmisch-Mährische Post leidet infolge der stetigen Zunahme des Postverkehrs seit langem an einem empfindlichen Mangel an Arbeitskräften. Da die Bedarfsdeckung durch die Arbeitsämter ganz unzureichend ist und voraussichtlich auch bleiben wird, sind nunmehr, mit dem Ziele, Arbeitskräfte aus den eigenen Reihen zu gewinnen, umfassende Maßnahmen zur Vereinfachung des Verwaltungs- und Betriebsdienstes eingeleitet und zum Teil auch schon durchgeführt worden. Sie erstrecken sich auf die Zusammenlegung von Postdienststellen und Dienstzweigen, wo unter Berücksichtigung der Kriegsnotwendigkeiten eine Dienststelle die Aufgaben anderer übernehmen kann, auf die Vereinigung des Verwaltungsdienstes mehrerer Postämter bei einem Postamt und auf die Vereinfachung der Dienstabwicklung bei den Postämtern geringeren Verkehrsumfanges.

Folgende Maßnahmen sind bereits durchgeführt worden:

- a) Die Zweigstelle der Postsparkasse in Brünn ist am 1. Mai aufgehoben worden. Ihre Aufgaben hat die Postsparkasse in Prag übernommen.
- b) In Prag sind 12 Stadtpostämter aufgehoben oder auf Kriegsdauer geschlossen worden. Aufgehoben wurden am 1. Mai 4 Stadtpostämter, auf Kriegsdauer geschlossen am 1. Mai 2 und am 1. Juni 4 Stadtpostämter.



Weiter werden am 1. August auf Kriegsdauer geschlossen: in Beraun 1, in Brünn 3, in Kuttenberg 1, in Mährisch-Ostrau 2, in Pardubitz 1, in Pilsen 2 und in Schlesisch Ostrau 1 Stadtpostämter.

Der Brief- und Geldzustelldienst wird jeweils bei einem Postamt vereinigt: in Böhmisches Trübau (von 2 Postämtern), in Brünn (von 8), in Friedeck (von 3), in Frohenbruck (von 2), in Pilsen (von 8).

Zur Vereinfachung des Verwaltungsdienstes werden von insgesamt 1654 Postämtern 553 Postämter jeweils einem verkehrsmäßig günstig gelegenen Postamt ( Abrechnungspostamt ) unterstellt. Davon werden 87 Postämter geringeren Verkehrsumfanges in Zweigpostämter und 466 Postämter geringsten Verkehrsumfanges in Poststellen umgewandelt.

Gleichzeitig

42

Gleichzeitig wird die Dienstabwicklung bei den Zweigpostämtern und Poststellen durch Einführung einer besonderen Dienstanweisung, die in Angleichung an die Verhältnisse bei der Deutschen Reichspost abgefaßt ist, wesentlich vereinfacht.

Die bereits durchgeführten Maßnahmen, die wie die Schließung von Postämtern für die Öffentlichkeit Bedeutung haben, sind mit Verständnis für die Kriegsnotwendigkeiten aufgenommen worden.

## 2. Postordnung

Mit Wirkung vom 1. Mai 1944 wurde die neue Postordnung des Protektorats Böhmen und Mähren in Kraft gesetzt.

Die neue Postordnung bringt eine Kodifizierung des gesamten Postbenutzungsrechts, das in den letzten Jahren infolge der Eingliederung des Protektorats in das großdeutsche Postnetz starken Änderungen unterworfen war. Sie lehnt sich im Aufbau und in der textlichen Fassung den neuesten reichsrechtlichen Bestimmungen an. Die neue Postordnung ist besonders in den Kreisen des Handels und der Wirtschaft begrüßt worden, weil mit ihr an die Stelle eines völlig unübersichtlich gewordenen Vorschriftenkomplexes eine klare und saubere Regelung getreten ist. Auch für die Postbediensteten ist die Handhabung der Vorschriften erleichtert und gleichzeitig die Möglichkeit einer sicheren und richtigen Beratung für den Postbenutzer geschaffen worden.

Die Ausführungsbestimmungen zur Postordnung mußten neu zusammengestellt werden. Dabei wurde eine möglichstste Kürzung angestrebt; unzeitgemäße Bestimmungen wurden gestrichen; Vorschriften, die das Verhältnis Post - Postbenutzer nicht unmittelbar berühren, wurden herausgenommen und der innerdienstlichen Regelung vorbehalten. Zu neuen Vorschriften wurden, soweit erforderlich, die entsprechenden Ausführungsbestimmungen erlassen.

Mit dem Inkrafttreten der neuen Postordnung ist die Reform auf dem Gebiete des Postwesens - soweit sie den Postbenutzer berührt - im Protektorat abgeschlossen.

## 3. Sondermarken

Zum 55. Geburtstag des Führers und zum 60. Todestag des Komponisten Smetana (12. Mai) hat die Böhmisches-Mährische Post je zwei Sondermarken ( zu 60 h + 140 h Zuschlag und 120 h + 380 h Zuschlag ) herausgegeben. Der Zuschlagerlös fließt in den Kulturfonds des Führers.

## III. Luftschutzwesen.

Nachdem das Oberkommando der Wehrmacht die Oberkommandos der Wehrmachtteile

421a

8 2

Wehrmachtteile aufgefordert hat, die Post bei der Erhaltung und Instandsetzung von Fernmeldeanlagen während und nach Fliegerangriffen durch Wehrmachthilfe zu unterstützen, sind die im Protektorat zu schützenden Fernmeldeanlagen des Deutschen Staatsministeriums und der Böhmisches-Mährischen Post in Besprechungen zwischen dem Wehrmachtbevollmächtigten und der Abteilung IX festgelegt worden.

IV. Personalwesen.

Von den am 22. Mai vom Reichsarbeitsdienst zugewiesenen 19 Kriegshilfsdienstmädchen sind 3 in den Dienst der Deutschen Reichspost, 16 in den Dienst der Böhmisches-Mährischen Post eingesetzt worden. Zum langfristigen Notdienst auf ein Jahr wurden 13 Kriegshilfsdienstmädchen, die sich zur Weiterbeschäftigung im Postdienst gemeldet hatten, verpflichtet. Sie werden als Postangestellte im Dienste der Deutschen Reichspost verwendet.

*Tautler*



85950

III. Luftschutzwesen.

Nachdem das Oberkommando der Wehrmacht die Wehrmachtteile...

Wehrmachtteile

Prag, den 13. Juli 1944

Betrifft: Verwaltungsbericht der Abteilung Verkehr und Technik für das 2. Vierteljahr 1944.

Besonders wichtig erscheinen folgende Ausführungen:

V e r k e h r .

Straßenverkehr :

- Seite 1, 2, Kürzung der Betriebstoffzuteilung und Einschränkung des Omnibus-verkehrs.
- Seite 2, Reifenmangel. Bereitstellung von Fahrzeugen für Zwecke des Luftschutzes. Verbringung stillgelegter PKW aus Prag, Pilsen, Brünn und Mährisch Ostrau auf das Land.
- Seite 3, Kürzung der Zuteilung an Holzkohle und Tankholz.

T e c h n i k .

Wasserwirtschaft:

- Seite 4, Errichtung hauptverantwortlicher Wasserwirtschaftsstellen.
- Seite 5, Wasserstraßen, Erschwerung der Arbeit am Hochdruckwerk in Stiechowitz wegen Abgabe von Arbeitern und aus Mangel an LKW.
- Seite 5, Ausbau der Elbe bis Kolin.
- Seite 6, Hochbauwesen, verschiedene Bauarbeiten aus Anlass der Verlegung der Technischen Hochschule Berlin nach Brünn.
- Seite 6, Straßen und Brücken. Vorkehrungen für die Sicherstellung des Verkehrs bei Zerstörungen durch Feindeinwirkung.

*Dr. 1. H.B. Dr. H. Lischka, 2. gedruckt am des Ministeriums*

*287.*

*Rüttiger.*

*1) G.R. an S.G. Leitabschnitt Prag.*

*2) zum Vortrag. Mit 15.7.44*

53 Leitabschnitt Prag	Am.
<del>9397</del>	21. JUL 1944
Bezeichnet:	Aktenzeichen:
<i>III J</i>	

*IV - 242/439*

Vertraulich!Verwaltungsbericht  
für das 2. Vierteljahr 1944

Eing.: 11. JULI 1944

A/ Verkehr1. EisenbahnwesenBetrieb

Die Betriebslage war zeitweise durch Lokomotiv- und Personal-mangel erschwert. Ab 27. April 1944 wurden zur Gewinnung leistungsfähiger Lok 32 Reisezüge - überwiegend Schnell- und Eilzüge - und ab 1. Juni 1944 zur Einsparung von Kohlen und Personal 68 weitere Personenzüge ausgelegt. Des weiteren entfallen wie auch im übrigen Reichsgebiet ab 18. Juni 1944 an Sonntagen sämtliche Tagesschnell- und Eilzüge. Wesentliche Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben konnten nicht festgestellt werden.

2. Strassenverkehr

Der gesamte Kraftfahrzeugverkehr stand im vergangenen Vierteljahr im Zeichen erhöhter Transportanforderungen, die in erster Linie durch die zunehmende Verlagerung von Werken der Rüst-Industrie in das Protektorat und die Auflockerung bestehender Werke bedingt waren. falls weitere erhebliche Anforderungen auftreten, sind Eingriffe in wichtige Verkehrseinrichtungen nicht zu vermeiden.

Die Schwierigkeiten im Kraftfahrzeugverkehr sind durch die im gesamten Reichsgebiet erfolgte Einschränkung des Treibstoffverbrauchs sehr ernst geworden. Die Gesamtkürzung beträgt vorläufig 37%, für Juli 52%.

Die Kraftstoffkürzungen wirken sich auch auf den Omnibusberufsverkehr aus, an den die Anforderungen wegen der Zunahme der Industriebetriebe dauernd steigen. Alle Kom-Linien mit einer Länge von weniger als 5 km wurden stillgelegt. Auch wurden von der Benützung der Omnibusse

Arbeiter

Arbeiter, deren Anmarschwege zum Betrieb nicht mehr als 5 km betragen, ausgeschlossen. Die auf dem Lande bisher noch bedienten Kurse zum Behördenbesuch und für Schüler wurden eingestellt. Durch diese Massnahmen wurden 214 Kom-Linien stillgelegt und Tagesleistungen von insgesamt 14.772 km eingespart. Hinzu kommt die Einschränkung der Kom-Linien der BMB mit einer Tagesleistung von rund 5 000 km.

Die privaten Omnibusunternehmer, deren Linien jetzt eingestellt worden sind, werden einem anderen Arbeitseinsatz innerhalb des Strassenverkehrs zugeführt. Bei den Omnibuslinien, die künftig nur noch wenige Kurse fahren und dabei ausschliesslich Arbeiter zu niedrigen Wochenkartenpreisen befördern müssen, wird die Rentabilität des Unternehmens gefährdet sein. Es sind Massnahmen in Vorbereitung, um sie durch laufende Zuschüsse lebensfähig zu erhalten und eine sachgemässe Pflege und Erhaltung der Fahrzeuge zu gewährleisten.

Beim Pkw-Verkehr muss eine 50%ige Benzinersparnis erreicht werden.

Dem vermehrten Einsatz der Generatorfahrzeuge steht der Reifenmangel entgegen. Der monatliche Reifenbedarf des Protektorates wurde ermittelt ; er beträgt 4500 Stück. Zur Zeit werden von der Reichsstelle für Kautschuk dem Protektorat nur 1 500 neue Reifen zugebilligt. Der Rest kann teilweise durch Runderneuerung gedeckt werden. Vom Reichsreifenlager werden monatlich höchstens 500 runderneuerte Reifen zur Verfügung gestellt. Die Abteilung Wirtschaft bemüht sich um eine Verbesserung der Reifenlage.

Die Bereitstellung von Fahrzeugen für Luftschutz, Luftkriegeinsatz usw ist durch Beorderungen sichergestellt. Für die nach einem Luftangriff hereinkommenden Kraftfahrzeuge wurden Leit- und Lotsenstellen errichtet.

Zum Schutz vor Luftangriffen wurde die Verbringung der stillgelegten Pkw vom Baujahr 1937 und jünger aus Prag, Pilsen, Brünn und M. Ostrau nach dem Lande eingeleitet.

Der Stand an Kraftfahrzeugen, die auf heimische Kraftstoffe umgebaut sind, beträgt an dem Stichtag 31.5.1944:

Generatorfahrzeuge

05956



Generatorfahrzeuge	10 956 ziviler Sektor
Generatorfahrzeuge	687 Wehrmacht
Leuchtgasfahrzeuge	2 117
Methangasfahrzeuge	1 029
Flüssiggasfahrzeuge	4 072 ziviler Sektor
	98 Wehrmacht
sodass insgesamt :	18 959 Kraftfahrzeuge

auf heimische Kraftstoffe umgebaut sind. In dieser Zahl sind die Kraftfahrzeuge der Waffen-SS nicht enthalten.

Die Motorschiffe " Rostock" und "Leinsitz" wurden auf Antrieb mit Schwelkoksgenerator umgebaut und dem Verkehr übergeben.

Der von der Zentralstelle für Generatoren in Berlin gesteuerte Auftrag über 20 000 AK-Pkw Kriegsgeneratoren wurde für Presse- und Stanzteile sowie für verschiedene Zubehörteile bei verschiedenen Firmen im Protektorat untergebracht.

Die Zuteilung an Holzkohle für das 2.Vierteljahr sind von der Ueberwachungsstelle um 50% gekürzt worden.

Die Verknappung an Tankholz nimmt ständig zu. Die Zuteilungen mussten dauernd gekürzt werden.

Bei den Stadtwerken Prag wurde der Umbau von Omnibussen auf Niederdruckgas eingeführt. Vier Kom sind bereits in Betrieb, während weitere acht Kom. gegenwärtig umgebaut werden. Ein weiterer Umbau von Kom auf Niederdruckgas, die bisher auf Treibgas liefen, ist geplant. Dadurch werden die wichtigsten der jetzt stillgelegten Omnibuslinien am Prager Stadtrand bis zum Herbst wieder betrieben werden können. Ein Teilstück von der Endstation der Strassenbahn in Katscherow zum Reservelazarett in Reuth ist am 3. Juli mit Niederdruckgas wieder aufgenommen worden.

Die Gasverbrauchsmengen im 2.Vierteljahr beliefen sich auf 2 299 053 m<sup>3</sup> Leuchtgas, 1 165 081 m<sup>3</sup> Methangas, 95 512 m<sup>3</sup> Erdgas und 13 346 m<sup>3</sup> Niederdruckgas.

Dies entspricht einer Benzinmenge von  
2 916 792 Litern.

Die Arbeitslage im Mineralölprogramm ist weiterhin sehr angespannt.

Die Bestrebungen, die Strassenbahnen noch mehr als bisher zur innerstädtischen Güterbeförderung heranzuziehen, werden angesichts

der

45a

der neuerlichen Entwicklung der Kraftstofflage verstärkt fortgesetzt. Der Einsatz von Pferden und sonstigen Zugtieren im gesamten Protektorat zur Entlastung des Lkw-Verkehrs macht gute Fortschritte.

3. Schifffahrt

Zur Entlastung der Bahn wurde die Kohlenzuführung nach dem Protektorat aus dem Sudetenland im verstärkten Masse wieder aufgenommen. Bisher sind rd 70 000 t anbefördert worden. Gleichfalls zur Entlastung der Bahn wurde Zucker und Gemüse nach Prag gefahren.

Die Aufnahme des Transportes von Frühkartoffeln aus den Anbaugebieten an der Kleinen Elbe wurde vorbereitet.

Der starke Kiesbedarf für Rüstungs- und Luftschutzbauten beanspruchte die Schifffahrt erheblich.

B/ Technik

1. Wasserwesen

a. Wasserwirtschaft

Durch den Generalinspektor für Wasser und Energie sind hauptverantwortliche Wasserwirtschaftsstellen im übrigen Reichsgebiet errichtet worden und zwar für die obere Elbe in Dresden, für die Oder in Breslau und für die Donau in Wien. Die Zusammenarbeit der Wasserwirtschaftsstelle Prag mit obigen Wasserwirtschaftsstellen und mit dem Generalinspektor für Wasser und Energie muss geklärt werden.

Der Generalplan des Ostrawitzgebietes ist nahezu fertiggestellt. Durch das Neubauamt für wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben in Oberschlesien in Ratibor ist ein vorläufiger Generalplan für die obere Oder aufgestellt worden, in den der Generalplan der Ostrawitz eingepasst werden muss. Eine Besprechung der dazu nötigen Massnahmen soll in Kürze hier stattfinden. Schwierigkeiten sind einstweilen nicht zu erwarten.

Durch die Wasserwirtschaftsstelle für das obere Elbegebiet wurden die Richtlinien für die Aufstellung wasserwirtschaftlicher General-

pläne



05955

pläne übersandt, die keine Aenderung der bisher angewandten Arbeitsweise bewirken.

Die dringend nötige Ergänzung und Instandsetzung der Wasserversorgung von Doberschisch litt unter empfindlichem Mangel an Baustoffen und Arbeitern. Jetzt ist es gelungen, zunächst zum teil leihweise, soviel Rohrleitungen zu beschaffen, dass eine planmässige Arbeit ermöglicht wird. Falls die Arbeiter nicht abgezogen werden, ist damit zu rechnen, dass der grösste Teil der Bauarbeiten im laufenden Jahre bewältigt wird.

b. Wasserstrassen

Die fristgemässe Fertigstellung des Hochdruckwerks Stiechowitz musste wegen der Ueberführung von Arbeitern an andere vordringliche

schutz auf Schiffen erforderlichen Massnahmen wurden durchgeführt.

2. Hochbau

✓ /1/ Hochbauwesen

Durch die Verlegung der Techn.Hochschule Berlin nach Brunn  
ergeben sich eine Reihe von Adaptierungsarbeiten und die Her-  
richtung von Bergungsräumen für Instrumente und Bücher.

/2/ Strassen-und Brückenwesen, Bauwirtschaft

a. Strassen und Brücken

Für den Fall, dass durch Feindeinwirkung wichtige Strassen  
und Brücken beschädigt  
Anfertigung von Plänen  
Bereitstellung von Not-  
gen Vorkehrungen zur  
strassen und den son-  
und kriegswichtigen V-  
Der hierzu notwendig

b. Bauwirtschaft

059

47a

Bericht des Generalreferates V/2

Seite 29. Arbeitseinsatz in der engeren Rüstungswirtschaft und <sup>im</sup> Bergbau.

Bericht des Generalreferates Forstwirtschaft.

- Seite 36. Holzumlage, Stand des Holzeinschlages.
- Seite 37. Arbeitseinsatz
- Seite 38. Holzabfuhr.
- Seite 39. Holzwirtschaftslager, Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Tankholz und eines Arbeitsausschusses der Holz verarbeitenden Industrie.
- Seite 40. Lagen und Kriegsaufgaben der Sägewerke und Holzindustrie.
- Seite 42. Forstschutz.
- Seite 42,43. Verschiedene Fragen des Jagdwesens.

Bericht der Abt.V - Stat.

- Seite 45. Stand der deutschen u. tschechischen Bevölkerung.
- Seite 46,47. Landwirtschaft, Schweinebestand, allgemeine Viehzählung, Kontrollfehler.

Bericht des Sonderbeauftragten der Deutschen Reichsbank bei der Nationalbank für Böhmen und Mähren.

- Seite 52. Zahlungsverkehr mit dem Ausland, Forderungen des Protektorates Böhmen und Mähren, Verrechnungskasse.
- Seite 53. Sonstiges, personelle Veränderungen Nationalbank.



05955

Bericht der Abteilung VI - Ernährung u. Landwirtsch.

- Seite 57. Ernährungswirtschaft und öffentliche Versorgung (Ablieferung, Vereinbarung Reich wegen Deckung des Fehlbedarfs)

Abt der Abteilung VIII- Verkehr und Technik.

- Seite 64. Generatoren, Bauprogramm, Stand der umgebauten Kraftfahrzeuge
- Seite 67. Wasserwirtschaft, wasserwirtschaftlicher Generalplan für die Oder und Iser.
- Seite 68. Wasserstraßen, Luftschutzmaßnahmen an den Wasserstraßen und Stauanlagen.



Abteilung I  
I 1 a - 4401

An den  
Chef des  
Herrn Mi

Prag, den 26. M

Ministe  
30 MAI

e s

absehen  
1. Viert  
richte v  
nicht vo

11. IV. 1944 50 2

Abteilung Justiz

Prag, den 6. April 1944.

II Gen. 1017 II

7 APR 1944

Reichsprotector bei der Ernennung des Reichsprotectors  
Führer ferner durch interne Weisung bestimmt, dass der  
Minister der Justiz, Anlässlich dieser Regelung hat der  
höchsten Obergerichtspräsident, insbesondere dem Reichs-  
präsidenten in gnadensachen anstehenden Schriftverkehr mit den  
vorbereitet das Deutsche Staatsministerium.

Durch Anordnung  
Verbindung mit dem Erlaß  
Gnadenrechts durch den  
(vom 25. Januar 1944 (RG)  
Ausübung des Gnadenrech-  
send geregelt worden.  
Gnaden- und Niederschlag  
für die im ersten Rech-  
Ausnahme der Militär-

August 1943 in  
die Ausübung des  
Böhmen und Mähren  
(41) ist die  
Reichsprotector abschlies-  
Reichsprotector das  
Strafsachen aus,  
Bericht - mit  
Zeigerichte -

m  
S  
k  
d  
g  
D  
N  
m

allen ein Einverständnis nicht zu erzielen, so wird durch den  
Reichsminister und Chef der Reichskanzlei die Entscheidung  
des Führers herbeigeführt. Der Reichsprotector übt die ihm  
zustehenden Gnadenbefugnisse auf Vorschlag des Deutschen  
Staatsministers für Böhmen und Mähren aus; der Vorschlag des  
Staatsministers und damit die Entscheidung des Reichsprotector-  
s wird im Deutschen Staatsministerium (Abteilung Justiz)

vorbe-

350 a

11.11.1944

1944

vorbereitet. Das Deutsche Staatsministerium führt auch den in Gnadensachen anfallenden Schriftverkehr mit den übrigen Obersten Reichsbehörden, insbesondere dem Reichsminister der Justiz. Anlässlich dieser Regelung hat der Führer ferner durch interne Weisung bestimmt, dass der Reichsprotector bei der Gnadenentscheidung in Strafsachen, die zwar ausserhalb des Protectorats begangen werden, denen jedoch mit Rücksicht auf die Straftat oder das Schicksal des Täters politische Bedeutung für das Protectorat zukommt, zu beteiligen ist; auch in diesen Fällen wird die Stellungnahme des Reichsprotectors durch das Deutsche Staatsministerium vorbereitet.

In der Berichtszeit wurden ferner die Bestimmungen der Zivilprozessordnung über das Armenrecht im Sinne einer Rechtsangleichung an das im übrigen Reichsgebiet geltende Verfahren reformiert (RegVO vom 25.1.1944 - Slg. Nr. 39) und das Fundrecht - ebenfalls rechtsangleichend - vereinfacht (RegVO vom 13.3.1944 - Slg. Nr. 64).



Beglaubigt:  
 [Signature]  
 Angestellte.



05919

Abteilung III  
III a 10 - 2

Prag, den 8. April 1944

514  
12 APR 1944

An die

Abteilung I,  
z.Hd. von Herrn Ministerialrat  
Dr. Landmann,  
im Hause.

-----  
In der Anlage überreiche ich den Verwaltungs-  
bericht der Abteilung III für das 1. Vierteljahr 1944  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Herbel

Prag, den 8. April 1944.

521

Verwaltungsbericht  
der Abteilung III-Schulwesen  
für die Monate Januar, Februar und  
März 1944.

I. Schulwesen.

a) Allgemeines.

Durch die schulische Betreuung der Luftwaffenhelfer, die bei der Flak-Gruppe Böhmen in Pilsen eingesetzt sind, erwuchs der deutschen Schulverwaltung eine Aufgabe, die trotz des bestehenden Lehrermangels gelöst werden musste, gegebenenfalls auch unter Unterrichtsverkürzung an den übrigen Schulen. Die in Pilsen eingesetzten Jungen stellen den besten Nachwuchs im entwicklungsfähigsten Alter dar. Vom Beginn des Einsatzes an wurde der vorgesehene Unterricht (18 Wochenstunden) durchgeführt.

Nach dem Stand vom 10. März 1944 befinden sich in Pilsen 724 Luftwaffenhelfer der Jahrgänge 1927 und 1928, dabei ein Rest von 22 Jungen des Jahrganges 1926, die nicht zum Arbeitsdienst eingezogen wurden. Von diesem 724 Luftwaffenhelfern stammen 551 aus dem Protektorat, 173 aus den angrenzenden Gauen. Nach Schulzugehörigkeit verteilen sie sich: 599 auf die höheren Schulen (Klassen 5 und 6), 125 auf die Hauptschulen (Klasse 5 und 6).

Mit der Befehlsstelle Böhmen und Mähren der HJ. wurde eine Regelung der Schülerbeurlaubungen für Wehrtüchtigungslager, Schulungen und sonstige Lehrgänge vereinbart.

Auch mit dem Kuratorium für Jugenderziehung  
wurde

wurde eine Regelung der Schülerbeurlaubungen abgesprochen. Ein Abkommen, das die Jugenddienstpflicht der tschechischen Schuljugend in den Reihen des Kuratoriums unter Berücksichtigung der schulischen Erfordernisse nach dem Muster des Abkommens zwischen Schule und HJ. regeln soll, ist in Vorbereitung.

Die Wahrnehmung des Luftschutzes an den Schulen erfordert die besondere Aufmerksamkeit der Schulbehörden. Nur wenn zureichende Luftschutzräume im Schulgebäude selbst vorhanden sind, um sämtliche Kinder aufzunehmen, ziehen Vorwarnungen keinen grösseren Unterrichtsausfall nach sich. In der Mehrzahl der Schulen aber, so besonders in Prag, müssen die Kinder schon bei Vorwarnung aus den Schulen entlassen werden, um i vor eintretendem Luftschutchen. Anweisungen für nichteintretendem Luftschut erwiesen sich als notw

Als Erg  
Schulen wurden im Jahr  
gen nur 268 kg im Jahr  
ein Jahresergebnis von

g im Jahre 1943 erbrachte 2 379 016 kg.

s- und Hauptschulen.

richtet wurde eine deutsche Hauptschule  
che Volksschule in Bakow, Bistrau, But-  
ndesanstalt für Tbc-Kinder in Koschum-

... Legsversehrten Polizeibeamten, die den Schulhelfer-Lehrgang bis Ende Januar 1944 besuchten, wurden mit Beginn des zweiten Halbjahres an deutschen Volksschulen in Böhmen eingesetzt.

Für die Jungen und Mädchen der KLV-Lager, die Lehrer werden wollen, wurden 3 Musterungslager durchgeführt, die mit 60 Mädchen und 31 Jungen besetzt waren.

Schulung in den Landeslehrerseminaren.

Der

Der zur Ueberbrückung des Lehrermangels erfolgte Einsatz von Oberschülerinnen als Hilfslehrerinnen und von Kriegshilfsdienstmaiden als Schulhelferinnen kann nur erfolgreich sein, wenn diese Mädchen für ihre neue Aufgabe eine mindestens vierwöchige Einführungsschulung und späterhin weitere ausgiebige schulische Anleitungen erhalten. Zur Durchführung dieser Schulungen sowie zur Fortbildung der vollausgebildeten Lehrkräfte wurden in Prag und Brünn die Landeslehrerseminare geschaffen, die diese Schulungsaufgaben mit guten Erfolgen zentral erfüllen.

Die Aufgabe der Landeslehrerseminare besteht also darin, die gesamte Unterrichtsarbeit auf eine methodisch einheitliche Grundlage zu stellen, das heisst, die Methodik der einzelnen Fächer gründlich zu bearbeiten und den Lehrkräften durch theoretische und praktische Unterweisungen das notwendige Rüstzeug an die Hand zu geben. Darüber hinaus werden in besonderen Lehrgängen, bzw. Arbeitsgemeinschaften methodische und unterrichtliche Fragen, die sich aus den besonderen schulischen Verhältnissen dieses Raumes ergeben, einer gründlichen Betrachtung unterzogen (Volkstumsarbeit der deutschen Schule, die produktive Stillarbeit an der wenig gegliederten Schule, Lichtbild und Film im Unterricht usw.).

Es gehört weiterhin zu den besonderen Aufgaben der Landeslehrerseminare:

1. neu eingeführte, bzw. einzuführende Lehr- und Lernmittel auf ihre unterrichtliche Brauchbarkeit zu überprüfen;
2. für die unterrichtliche Arbeit der Lehrkräfte die notwendigen Unterrichtsmittel zu schaffen (Lehrbücher, Stoffpläne, Anschauungsmittel);
3. den Schulen in Bezug auf ihre Büchereien, Lehrmittelsammlungen und Einrichtungen mit Rat und Tat helfen.

Die Arbeit der Seminare wird auch auf die Fortbildung der Schulaufsichtsb  
Es ist geplant, auf entsprechender wissensch  
lage Lehrgänge für Schulaufsichtsbeamte durch

58 11

Versuchsweiser deutschgeführter Unterricht in Erdkunde, Naturgeschichte-Naturlehre, Rechnen in der ersten Klasse einiger tschechischer Hauptschulen in Böhmen und Mähren im Schuljahre 1943 - 1944.

Mit dem Erlasse vom 27. September 1943 wurde angeordnet, dass im Schuljahre 1943/44 versuchsweise an einigen tschechischen Hauptschulen in der ersten Klasse eine teilweise Verlagerung des Deutschunterrichtes auf die Gegenstände Rechnen, Erdkunde, Naturgeschichte-Naturlehre in der Weise zu erfolgen hat, dass von den gegenwärtigen 8 Wochenstunden (7 und die für den Deutschunterricht herangezogene Geschichtsstunde) 3 auf die genannten Gegenstände entfallen, wobei die Unterrichtsführung so zu erfolgen hat, dass der Unterricht in den betreffenden Gegenständen wie bisher in der vorgeschriebenen Wochenstundenzahl in tschechischer Sprache erteilt wird (Rechnen 4, Erdkunde 1, Naturgeschichte-Naturlehre 3 Wochenstunden). Dazu kommt dann eine weitere Stunde mit deutscher Unterrichtssprache als Wiederholungsstunde, die der Einübung, bzw. der Befestigung des Lehrstoffes und dem Erwerb der technischen Ausdrücke zu dienen hat, Dabei ist Wert darauf zu legen, dass die Sprachkenntnisse der Schüler um all das erweitert werden, was mit deren künftigen Berufe im engen Zusammenhange steht, also um die Kenntnis der Ausdrücke und Phrasen der betreffenden Lebensbereiche, wie: Landwirtschaft, Industrie, Handwerk usw. In den verbleibenden 5 Wochenstunden ist dann vor allem das Sprachliche zu pflegen, und der Unterricht in dieser Hinsicht zu vertiefen und auszubauen.

Diese Verfügung wurde vorläufig nur versuchsweise an einigen Hauptschulen getroffen, weil bei dem achtstündigen Sprachunterricht in Deutsch die Gefahr bestand, dass der Unterricht zu reinem (grammatikalischem) Sprachunterricht erstarren konnte, wie es etwa früher an den Gymnasien der Fall war.

Dieser versuchsweise deutschgeführte Unterricht  
wird

wird gegenwärtig in den ersten Klassen von 39 Hauptschulen erteilt. Bei der Wahl der betreffenden Schulen wurde so vorgegangen, dass Schulen in der Reihenfolge von West nach Ost, dann von Nord nach Süd, in Mähren nach den Stämmen der Hanaken, Horaken, Walachen und mähr. Slowaken eingesetzt wurden und auch 'Rücksicht darauf genommen wurde, dass Schulen in Industriestädten mit vorwiegend städtischer Bevölkerung neben solchen in vorwiegend ländlicher Umgebung und daher mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung in Betracht gezogen wurden.

Der Erfolg ist zum grössten Teile sehr gut, trotz der ablehnenden Haltung des Elternhauses, das in diesem Unterrichte oft einen Germanisierungsversuch sieht. Besonders gut sind die Erfolge im Rechnen. Da ist allerdings auch der geringste Wortschatz notwendig. Die Rechenstunde wickelt sich vollkommen in deutscher Sprache ab. Die Erfolge in Erdkunde und Naturgeschichte sind gut, etwas schwächer sind die in Naturlehre, weil es sich hier um die Einprägung vieler technischer Ausdrücke handelt.

Ein abschliessendes Urteil über den Erfolg und die daraus zu ziehenden Folgerungen, bezw. über notwendige Abänderungen der Bestimmungen wird erst mit Ende des Schuljahres gefällt werden können.

#### Film und Bild im Unterricht.

Nachdem die Landesbildstellen in Prag und Brünn errichtet worden sind, hat das Ministerium für Schulwesen am 24. Januar 1944 einen grundlegenden Erlass über die Einführung von Film, Lichtbild und Schallplatte im Unterricht der Schulen herausgegeben. Damit wird die gesamte Arbeit mit dem Unterrichtsfilm im Anschluss an die Reichsanstalt für Film und Bild im Unterricht (RWU) im ganzen Gebiet Böhmen und Mähren geregelt. Durch die Einführung eines Lernmittelbeitrages von 8.--Kronen pro Schüler und Jahr wird die Tätigkeit der Bildstellen finanziell sichergestellt.

Organisatorisch sind den Landesbildstellen in Prag und Brünn die deutschen Bezirksbildstellen in Böhmen und Mähren und die tschechischen Bezirksleihstellen in Böhmen und

und Mähren nachgeordnet. Die Bezirksleihstellen für tschechische Schulen wurden mit den Bezirksbildstellen des Ministeriums für Volksaufklärung vereinigt. Beide Stellen werden in Personalunion von Lehrern geleitet. Das Netz der Bezirksbildstellen und Bezirksleihstellen wird mit dem Steigen der Belieferung mit Filmen und Geräten durch die RWU ausgebaut werden.

Der genannte Erlass hat der Verwendung verschiedener Filme von Schmalfilmgesellschaften ein Ende bereitet. Im Unterricht dürfen weiterhin nur RWU-Filme und Filme, die durch die Prüfstelle für den Unterrichtsfilm bei der Böhm.-Mährischen Filmstelle genehmigt wurden, verwendet werden.

Den deutschen Schulen stehen zur Zeit etwa 100 Schmalfilmgeräte und 1000 RWU-Kopien, den tschechischen Schulen rund 1000 Schmalfilmgeräte und eine grössere Anzahl von Stehbild- und Bildbandgeräten zur Verfügung. Die tschechischen Schulen können nach einem Uebereinkommen mit dem Ministerium für Volksaufklärung auch die Geräte und Filme dieses Ministeriums verwenden.

Die im Gang befindlichen Verhandlungen bieten Aussicht, dass monatlich 200-250 RWU-Filmkopien und 100 000 m Rohfilm sowie nach Massgabe der Erzeugung auch Geräte geliefert werden können. Die RWU hat die erste Belieferung nach dem erstmaligen Eingang von Lernmittelbeiträgen zum 15. Mai 1944 in Aussicht gestellt.

#### c) Höhere Schulen.

Schüler der höheren Schulen, die zu kriegswichtigen Diensten ausserhalb der Unterrichtszeit eingesetzt sind und deren schulische Leistungen sich deshalb verschlechtern, erhalten einen Zeugnisvermerk, der die eingetretene Verschlechterung ihrer Leistungen begründet.

Die Ueberprüfung der Bücherbestände der seit 15.1.1941 gesperrten Lehrer- und Schülerbüchereien an den tschechischen Mittelschulen, Lehrerbildungsanstalten und Bildungsanstalten für Haushaltungslehrerinnen ist durchgeführt.

Die

Die Büchereien wurden nunmehr wieder zur Ben  
Von den etwa 1, 200 000 Büchern sind etwa 15  
worden.

Die Lehrstoffverteilung für d

u  
l  
F  
d  
u  
l  
F  
t

. Klasse der tschechischen Mittelschu-  
eine Behandlung der geschichtlichen  
re 1848 vorgesehen hatte, wurde bis auf  
zt.

Leiter des RuS-Hauptamtes wurde die  
erprüfung des Nachwuchses für die 1.  
mittelschulen und Lehrerbildungsanstal-  
te Durchführung von Ausleselagern unter  
Beteiligung Deutscher Berater und Mitarbeit des RuS-Haupt-  
amtes auch im laufenden Jahr beschlossen.

Zum erstenmal traten im J. 1942 Ausleselager  
an die Stelle der früheren Aufnahmeprüfungen für die 1. Kl.  
der tsch. Msch. Die ersten 128 Ausleselager beschränkten sich  
weiter auf den männlichen Nachwuchs und das RuS-Hauptamt nahm  
nur versuchsweise an einigen teil. Im J. 1943 wurde ausser der  
unter deutscher Aufsicht vorgenommenen Leistungsauslese auch  
eine bewusste russische Auslese durchgeführt, bei der das RuS-  
Hauptamt in allen 119 Ausleselagern der tsch. Msch. und in  
der 32 Lagern der tsch. LBA n verantwortlich mitbeteiligt war.  
Sie erstreckte sich auch auf die an den tsch. Mädchen-Msch.  
gemeldeten Schülerinnen (17 Mädellager). Die Zahl der Mit-  
telschul-Ausleselager war i. J. 1943 kleiner als im Jahre 1942  
(schärfere Vorauslese und Verschärfung der Meldebedingungen!)  
und dürfte sich heuer noch weiter verringern, da die Anmeldung  
erstmalig ausnahmslos auf die hauptschulreifen Schüler (-in-  
nen) der 4. Klassen der tschech. Volksschulen beschränkt wur-  
de. Während die Ausleselager i. J. 1942 von fünftägiger Dauer  
waren und zum Teil in Heimen abgehalten werden konnten, muss-  
ten sie schon voriges Jahr wegen der Beschlagnahme aller  
tschech. Schülerheime zu Kriegszwecken und wegen der Not an  
geeigneten Deutschen Beratern behelfsmässig in die einzelnen  
Anstalten verlegt und auf 3 Tage verkürzt werden. Aus den  
gleichen

gleichen Gründen werden sie auch heuer in der  
se durchgeführt werden, jedoch mit weitgehender  
der gewonnenen Erfahrungen, so dass mit Sicher  
besserer Erfolg erwartet werden kann.

In der Berichtszeit (Anfang

schaft und Arbeit wurde  
an den Fachschulen all  
geregelt. Die Einschre  
sinn der Sommerferien  
April durchgeführt. Gl  
schärft. Diese Neurege  
die vom Gesichtspunkt

und des Arbeitseinsatzes notwendige Zusammenarbeit zwischen Schule und Arbeitsamt bei der Schüleraufnahme und Schülerauslese sicherzustellen, und zweitens die zum Eintritt in die Berufsausbildung heranstehenden Jugendlichen ohne Zeitverlust gleich nach der Schulentlassung ihrer Berufseignung entsprechend und unter Berücksichtigung der allgemeinen Arbeitseinsatz- und Berufsnachwuchslage der schulischen, bzw. betrieblichen Berufsausbildung oder dem Arbeitseinsatz zuzuführen. Die Auslese der sich um Schulaufnahme bewerbenden Jugendlichen ist eine zweifache, einmal von der Schule her (Vorauslese nach den Aufnahmebedingungen und Aufnahmeprüfung) und andererseits seitens des Arbeitsamtes, das in das Vorausleseverfahren eingeschaltet wird. Durch die Vorauslese wird der erfahrungsgemäss übergrosse Andrang bei den Aufnahmeprüfungen von vornherein abgeschöpft, das Prüfungsverfahren der Schule entlastet und die Verantwortung für die Schülerauslese zweckmässig zwischen Schule und Arbeitsamt verteilt. Der Schule bleibt das ihr gebührende Recht der Schülerauslese nach schulfachlichen Gesichtspunkten gewahrt und andererseits greift das Arbeitsamt mit dem Vorausleseverfahren steuernd ein. Diese Steuerung kann sich sowohl in quantitativer Hinsicht (Beschränkung der Schülerzahlen aus Gründen der Arbeitseinsatz- und Berufsnachwuchslage) als auch qualitativ (Auslese der für den Beruf am besten Geeigneten aufgrund der Ergebnisse der von den Arbeitsämtern durchgeführten Berufsberatung) auswirken.

Γ

In Auswirkung der Reg. VO. 201/43 schreitet der Aufbau der bergmännischen Berufsschulen fort. Je eine solche Berufsschule wurde in Libuschin, Bezirk Schlan (Träger: Prager-Eisen-Industrie-Gesellschaft), in Nutschitz, F Träger) und in Pibrans (Träger: Pro- t ttenwerke) neu errichtet. Gegenwärtig l sprechungen mit dem Ministerium für W bzw. mit der Wirtschaftsgruppe Berg- t der Industrie wegen Regelung verschiede- dener

L organisatorischer Fragen der Bergschulen und bergmännischen Berufsschulen, die noch nicht abgeschlossen sind.

Die Angleichung der hiesigen Schulverhältnisse, insbesondere der tschechischen Schulen an die deutschen Schulverhältnisse wurde fortgesetzt. So sind für die Beurteilung und Versetzung der Schüler an den Berufsschulen aller Art wie auch für alle tschechischen Fach- und Berufsfachschulen neue einheitliche Bestimmungen erlassen worden. Auch die Reifeprüfungsvorschriften für die Wirtschaftsober- schulen und höhere Gewerbeschulen mit tschechischer Unter- richtssprache wurden hinsichtlich der Zulassung zur Reife- prüfung und hinsichtlich der Beurteilung der Prüflinge an die der deutschen Schulen dieser Art angeglichen. Ebenso wurden die Bedingungen für die Aufnahme an den deutschen und tschechischen Bildungsanstalten für Lehrerinnen an Fach- schulen für Frauenberufe hinsichtlich der gewerblichen Vor- praxis (im Weiss- und Kleidernähen) ähnlich wie im Sudeten- gau geregelt. Während bisher vor der Aufnahme in die Bil- dungsanstalt nur eine 12monatige Praxis verlangt war, und der zweite Teil der gewerblichen Praxis (ein weiteres Jahr) erst nach Absolvierung der Bildungsanstalt nachgetragen werden konnte, ist jetzt eine mindestens zweijährige gewerbliche Praxis schon vor der Aufnahme in die Anstalt Bedingung.

Neu errichtet wurden eine deutsche BdM-Haus- haltungsschule in Rosenau und eine deutsche Berufsschule in Ungarisch-Hradisch.

Nach Abschluss der Verhandlungen über die Uebernahme aller landwirtschaftlichen Kuratorialschulen in Böhmen mit Protektoratslehrkörper in das Eigentum und die Verwaltung des Ministeriums für Schulwesen wurden diese Schulen mit 1. April 1944 übernommen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit einer in- tensiveren hauswirtschaftlichen Beratungstätigkeit wird auf Anregung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft die Eröffnung einiger weiterer Mädchenabteilungen bei den Landwirtschaftsschulen vorbereitet.

Für

Für die verstreut wohnenden deutschen Gärtnerlehrlinge wurde eine Gartenbauliche Berufsschule in Form eines 7-wöchentlichen Kurses bei der Deutschen Gartenbauschule in Brünn eröffnet. Der 1. Jahrgang wurde im März beendet. Eine ähnliche Massnahme wird für tschech. Gärtnerlehrlinge zum 1.IX.1.J. vorbereitet.

## II. Volksbildung und Wissenschaft.

Durch die Grenzziehung vom Oktober 1938 sind die Jahrhunderte alten historischen Grenzen der Länder Böhmen und Mähren grundlegend verändert worden. Aus der Erwägung heraus, dass die Fortführung aller geschichtlichen Quellenveröffentlichungen aus diesem Raume von den historischen Grenzen auszugehen haben wird, ist mit Erlass vom 6. März 1944 im Einvernehmen mit den Gauleitern der benachbarten Reichsgaue der o. Professor an der Deutschen Karls-Universität, Prof. Dr. Z a t s c h e k , zunächst auf die Dauer von 3 Jahren zum Beauftragten für die Geschichtlichen Quellenveröffentlichungen in Böhmen und Mähren bestellt worden. Aufgabe des Beauftragten soll es sein, für ein gutes Einvernehmen und eine planvolle Zusammenarbeit aller der wissenschaftlichen Unternehmungen Sorge zu tragen, welche planmässig böhmische und mährische Geschichtsquellen allgemeiner und besonderer Art sammeln und im Druck herausgeben. Er hat diese Arbeiten zu beaufsichtigen und zu leiten und Doppelarbeit und Hemmungen, die sich aus den verschiedenen verwaltungsmässigen Zuständigkeiten ergeben könnten, auszuschalten. Ihm steht ein gleichfalls auf die Dauer von 3 Jahren bestellter Editionsrat zur Seite, dem deutsche und tschechische Vertreter der Aemter, Anstalten und Vereinigungen angehören, die die hauptsächlichsten Träger dieser wissenschaftlichen Unternehmungen sind, sowie Vertreter des Deutschen Staatsministeriums und der übrigen beteiligten Behörden. Der Editionsrat wird erst nach Kriegsschluss seine Arbeiten in vollem Umfange aufnehmen können. Für die nächste Zeit wird er sich im wesentlichen darauf beschränken, eine Reihe von Quellenveröffentlichungen

chungen abzuschliessen, die vielfach seit mehr als 10 Jahren steckengeblieben sind und deren Vollendung in deutschem Interesse vordringlich erscheint.

Am 18. März ds.J. hat die Graphische Sammlung der Böhmischemährischen Landesgalerie in Prag ihre Arbeit aufgenommen. Damit ist der erste Schritt getan zur Flurbereinigung des Prager Museumswesens, deren Grundzüge zwar festliegen, deren Durchführung während des Krieges aber allein auf dem Teilgebiet der Graphik möglich war.

Der bisherige Zustand der Prager Museen ist folgender: Museen werden unterhalten vom Protektorat, vom Lande Böhmen, von der Stadt Prag, von der Industrie- und Handelskammer und von Privatunternehmungen. Ausserdem sind grosse Bestände reicheigenen Kunstgutes als Leihgaben des Reiches insbesondere an die Böhmischemährische Landesgalerie gelangt. Eine gewisse Vereinfachung der Lage ist bereits durch die Auflösung der Stiftung "Moderne Galerie" eingetreten, deren zahlreiche Bestände an neuerer Kunst mit den entsprechenden Abteilungen der Böhmischemährischen Landesgalerie vereinigt worden sind. Das Ziel für die Neugestaltung des Prager Museumswesens nach dem Kriege muss sein, die Bestände aller Museen ohne Veränderung des Eigentumsverhältnisses sachlich so zu gliedern, dass zusammengehörige Kunstgattungen in derselben Sammlung ausgestellt werden und so die bisher stark verzettelten Kunstwerke voll zur Geltung kommen. Als massgebender Gesichtspunkt der Neugestaltung wird die Herausarbeitung des entscheidenden deutschen Kultureinflusses im Vordergrund stehen.

Jetzt sind die Kunstwerke der Museen zum weit überwiegenden Teile ausserhalb Prags geborgen, aber durch eine klare Abgrenzung der Anschaffungsgebiete innerhalb der Museen ist dafür Sorge getragen worden, dass die zukünftige Regelung zweckmässig vorbereitet und nach dem Eintreten vormaliger Verhältnisse beschleunigt durchgeführt werden kann.

In der Graphischen Sammlung sind, um zum Ausgangspunkt zurückzukommen, Bestände aus dem Besitze des Reiches,

ches.

ches, des Protektorates, der ehem. Modernen Galerie und des Landes Böhmen vereinigt. Unter sachverständiger Leitung wird hier ein Kupferstichkabinett aufgebaut, das zu den wertvollsten Kabinetten des Grossdeutschen Reiches gehört. Da graphische Blätter im allgemeinen nicht unersetzliche Kunstwerke sind, wird es möglich sein, auch während des Krieges in einer Reihe kleiner Sonderausstellungen dem interessierten Publikum einen Eindruck von dem Reichtum der Sammlung zu geben.

Der Abteilungsleiter V  
- Nr.V-621/44 -

Prag, den 7. April 1944.

68 21

11 APR 1944

An den  
Herrn Abteilungsleiter I.

Vertraulich!

Betr.: Vierteljährlicher Verwaltungsbericht.

Anlagen: 6.

Anbei übersende ich die Verwaltungsberichte meiner Abteilung  
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

*[Handwritten signature]*  
  
*[Handwritten number 50660]*

69  
22

T. L. 7. III. 44

## Tätigkeitsbericht

für das 1. Vierteljahr 1944.

1. Außenwirtschaft.

Die Ausfuhr betrug im Jahre 1943 485,4 Mill. RM und war damit um 92 Mill. RM =  $\frac{1}{4}$  höher als in 1942. Die 5 hauptbeteiligten Absatzländer sind außer der Slowakei, Rumänien, Kroatien, Bulgarien und Ungarn; Slowakei und Rumänien nahmen fast die Hälfte der Protektoratsausfuhr auf. Die gewerbliche Wirtschaft war mit 92,8 % (Eisen, Eisenwaren und Maschinen = 51,8 %, Textilien = 13,6 %), die Landwirtschaft mit 7,2 % (Zucker = 4,9 %) an der Ausfuhr beteiligt.

Die Einfuhr betrug im Jahre 1943 250,1 Mill. RM und war damit um 13,2 Mill. RM = 5 % niedriger als in 1942. Die 5 hauptbeteiligten Lieferländer sind außer der Slowakei, Ungarn, Schweden, Italien und Bulgarien; Slowakei und Ungarn lieferten die Hälfte der Einfuhrwaren. Die gewerbliche Wirtschaft war mit 67,1 % (Rund- und Schnittholz = 12,7 %, Erze = 11,1 %, Metallwaren 10,4 %, Textilien 7,8 %, Papier = 6,2 %, Chemikalien = 6,0 %) und die Landwirtschaft mit 32,9 % (Obst und Südfrüchte 9,8 %, Tabak = 6,0, Küchengewächse = 4,7, Wein und Branntwein = 2,4) an der Einfuhr beteiligt.

Die Handelsbilanz schloss für 1943 mit einem Ausfuhrüberschuss von 235 Mill. RM ab gegenüber 130 Mill. RM in 1942. Ein Einfuhrüberschuss bestand nur bei Schweden, Serbien, Türkei, Belgien und Norwegen.

Exportplanung. Durch die zunehmende Verlagerung der Rüstungsaufträge in das Protektorat ist die Aufstellung eines Ausfuhrplanes notwendig geworden. Es werden 3 Listen aufgestellt (Länderliste, Warenliste, Firmenliste) um die kriegsnotwendige Ausfuhrfertigung sicherzustellen.

Sicherung des Arbeitseinsatzes für Ausfuhrfertigungen. Die Ausfuhrbescheinigungen werden durch die Vorprüfstellen bis auf weiteres auch über den 31. Dezember 1943 hinaus ausgestellt.

2. Produktionslenkung.

Im Zuge der Bildung von Produktionsausschüssen durch den Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion im übrigen Reichsgebiet wurden auch im Protektorat entsprechende Maßnahmen vorbereitet. Es werden hier insgesamt 8 Produktionsausschüsse gebildet werden, von denen der Produktionsausschuss Holzverarbeitung seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat. Die Aufgabe dieser Produktionsausschüsse besteht im wesentlichen darin, Herstellungspläne vorzubereiten und nach Genehmigung durch die Überwachungsstelle den Betrieben Herstellungsanweisungen zu erteilen. Die Produktionsausschüsse sollen ferner für eine Steigerung der Produktion durch Fertigungsverlagerung, Zusammenlegung von Betrieben und durch Rationalisierung sorgen sowie bei kriegswichtig bedingten Arbeitseinsatzmaßnahmen mitwirken. Durch die Errichtung der Produktionsausschüsse wird in der Zukunft eine einheitliche Produktionssteuerung ohne Rücksicht darauf, ob der einzelne Betrieb der Industrie oder dem Handwerk angehört, möglich sein.

3./ Bewirtschaftung.

Die ersten Monate des laufenden Jahres standen unter dem Zeichen der zunehmenden Verlagerungen wichtigster Rüstungsfertigungen in das Protektorat. Die Durchführung dieser Programme bedeutet die äußerste Anspannung der Gesamtwirtschaft des Protektorats und wird in einzelnen Wirtschaftszweigen eine nicht unerhebliche Strukturveränderung ergeben. Das Aufbringen der für die Programme notwendig werdenden Arbeitskräfte zwingt zu immer einschneidenderen Stilllegungen und Rationalisierungsmaßnahmen, die sich nicht nur auf den sogenannten zivilen Sektor beschränken, sondern bis in die Rüstungsfertigung hinein gehen. Zur Klärung der mit diesen umfangreichen Verlagerungen zusammenhängenden Fragen sind verschiedene Ausschüsse ins Leben gerufen worden, die von der produktionstechnischen und arbeitseinsatzmässigen Seite aus die notwendigen Maßnahmen vorzuklären haben. Daneben bringt eine erweiterte Auftragssteuerung auch der Rüstungsaufträge eine schärfere Kontrolle über den Auftragsstand und die Belegung der Einzelfirmen.

a) Metalle.

Durch eine Anordnung der Überwachungsstelle ist zur Beschaffung von Maschinenbauerzeugnissen ein besonderes Kontingent geschaffen worden. Die Einrichtung dieser neuen Maschinenbeschaffungskontingente entsprang der Notwendigkeit, die Verfügung bei Eisen für die Beschaffung von Maschinen zu beschränken, um einer Schwächung der Rüstung durch unnötige Investitionsansprüche auch von der Eisenseite her begegnen zu können.

Die dem Protektorat anteilmässig zustehenden Blechbestellrechte sind von den Kontingentsträgern des Reiches entweder zum großen Teil überhaupt nicht oder nur zu ganz kleinen Bruchteilen überwiesen worden. Die Reichsstelle Eisen und Metalle in Berlin hat daher eine Sperrung der Konten derjenigen Kontingentsträger angeordnet, die nicht innerhalb von zwei Wochen ihrer Überweisungspflicht nachgekommen sind.

Die in letzter Zeit im Protektorat sich häufenden Fälle von unberechtigten Verfügungen über Eisenbezugsrechte, wie Diebstahl von Eisenmarken oder Abheben von Eisenmarken durch ungedeckte Übertragungsscheine oder Unterschlagung von Eisenmarken, haben zu einer Reihe von Strafverfolgungen sowohl durch die Überwachungsstelle wie auch durch die Kriminalpolizei geführt. Der Direktor der Prager Handels- und Gewerbekammer, Vymetal, der 8.000 t Eisenmarken unterschlagen und davon 2.000 t in Umlauf gesetzt hatte, wurde z.B. vom Sondergericht zum Tode verurteilt und ist bereits hingerichtet.

Aus den zur Zeit laufenden und bereits abgeschlossenen Rationalisierungsmaßnahmen wurden insgesamt 8226413 kg Metall und zum Teil bereits ins übrige Reichsgebiet abtransportiert.

Stoffe.

Die Lage der Textilindustrie im ersten Vierteljahr ist im wesentlichen unverändert gegenüber der im letzten Vierteljahr. Die Produktionsaufgaben und Rohstoffzuteilungen sind im Vergleich mit dem letzten Vierteljahr im wesentlichen unverändert geblieben.

70 24

Die Herstellung und Vertriebsorganisation für den Herbst 1943 wurde durch eine Kundmachung des Reichsministeriums für Wirtschaft und Verbraucherschutz vom 1. Oktober 1943 bis 31. März 1944 vorgenommen. Die wiederholt vorgenommenen Auskämmungen der Textilbetriebe sowie der hohe Krankenstand der Arbeiterschaft hatten jedoch nicht unerhebliche Überhänge gegenüber den erteilten Herstellungsanweisungen zur Folge. In der Rohstoffversorgung machte sich insbesondere ein empfindlicher Mangel von Wollabfällen bemerkbar. Auch die Deckung des Bedarfes der Spinnereien an Zellwolle war schleppend. Dem sich immer mehr bemerkbar machenden Engpass in der Streichgarnherstellung konnte durch eine Erhöhung der früher zugesprochenen Höchstspinnmengen abgeholfen werden. Die Streichgarnspinner waren daher voll ausgelastet. Die meisten dieser Betriebe liefen zwei- oder dreischichtig. In verschiedenen Betrieben, besonders am Brunner Platz, machte sich ein Mangel an fachlich geschulten Arbeitskräften (Spinnern) fühlbar.

c) Schuhe.

Die ersten Schuhaustauschstellen im Protektorat haben Ende März ihre Tätigkeit aufgenommen. Weitere Austauschstellen werden folgen, sobald die Verteilung der Schuhe an die in Betracht kommenden Firmen beendet ist. Diesen Schuhaustauschstellen wurde ein Teil der durch die Schuhsammlung im November 1943 erfassten Schuhe zur Verfügung gestellt. Der Rest dieser Schuhe wird, soweit er reparaturfähig ist, dem Beauftragten für Berufsbekleidung und Arbeitsschuhe zur Verteilung an die Arbeiterschaft zugeführt.

d) Chemie.

Bei ständig steigendem Bedarf der Rüstungsindustrie ist die Versorgungslage in Carbid nach wie vor angespannt. Infolge des anhaltenden Waggongmangels ist die Anlieferung von Soda und Natriumsulfat nach wie vor äußerst schleppend. Es kamen nur etwa 50 % der monatlichen Kontingente zur Auslieferung. Durch diesen Lieferungs-mangel ist die Produktion von Seifenpulvern bedroht. Interventionen beim Verkehrsministerium und der Reichsbahndirektion Dresden waren bisher erfolglos.

Die Anlieferung von Stein-Salz ist nach wie vor unzureichend. Desgleichen ist die Waggongestellung im Protektorat selbst zur Abfuhr des Steinsalzes ebenfalls ungenügend. Auch hier führten Interventionen bei den Verkehrsstellen nur teilweise zum Erfolg. Infolgedessen musste bereits stark auf die vorhandenen Vorräte zurückgegriffen werden. Die Versorgung der Bevölkerung erscheint gefährdet.

e) Technische Erzeugnisse.

Durch eine Kundmachung der Überwachungsstelle wurden sämtliche neuen und gebrauchten Schreibmaschinen bei Erzeugern, Händlern, Reparaturwerkstätten, Schreibstuben und Vervielfältigungsbüros der Bezugs-schneepflicht unterworfen. Die Versorgungslage in Schreibmaschinen ist nach wie vor äußerst angespannt, da auch in der Berichtszeit weder aus dem übrigen Reichsgebiet noch aus Italien Schreibmaschinen bezogen werden konnten. Das gleiche gilt für Büromaschinen.

Die Versorgung mit Uhren und Weckern ist nach wie vor sehr schlecht, da keine Einfuhr aus der Schweiz durchgeführt werden konnte. Die Mangellage zeigte sich insbesondere bei Rüstungs- und Verkehrsbetrieben.

27 Ma

tritt durch Verlagerungen aus dem sonstigen Reichsgebiet auf. Nach Fertigstellung der Erweiterung des Kraftwerkes Kolin wird der zusätzliche Elektrizitätsbedarf zum Teil aus den Anlagen des Protektorats gedeckt werden. Der Rest muss aus den Kraftanlagen des sonstigen Reichsgebietes zur Verfügung gestellt werden.

Die Stromversorgung der A.G. vormalig Skoda-Werke in Dubnica wurde zum Teil aus den Anlagen der Mährisch-Ostrauer Großindustrie durchgeführt.

*Handwritten signature*

Verfahren und Kollisionsverfahren

Die Übertragung in den Kollisionsverfahren des Protektorats ver-  
lief in der Periodezeit ungenügend. Die Anlagen wurden als zur  
Grenze ihrer Leistungsfähigkeit voll ausgenutzt.

Die von den Anlagen angeforderten Arbeitskräfte konnten nur zum  
Teil zur Verfügung gestellt werden.  
Die Anpassung der Verfahren für die Übertragung der Brennstoffe  
wurde im März 1942 durch den Abtransport der Brennstoffe durch  
O-Wagen in erheblichem Ausmaßem behindert.

Die im Sommer 1942 durchgeführten intensiven  
Reparaturen an den Kraftanlagen trugen zur Erhaltung der  
Leistungsfähigkeit in der Brennstoffversorgung des Protektorats keine  
erheblichen Schwierigkeiten auf.

Bei den Kollisionsverfahren der Brennstoffversorgung immer noch als  
angebracht zu betrachten, da bei den sich ergebenden Schäden der  
Verbrauch in den letzten Monaten erheblich zugenommen war.

Bei der Industrie haben sich die Verluste vergrößert. In  
Stilleständen erfolgte Brennstoffverbrauch, der zu erheblichen  
Verlusten der Kohle- und Holzbestandteile der verarbeiteten bzw. erweiterten  
Brennstoffe führt. Die Kohle unter entsprechenden Auf-  
stockung der Lagerbestände wurde. Bei Verkehrsbehinderungen  
besteht allerdings die Gefahr, dass diese Lager der Industrie nicht in  
vollem Umfang abgerufen werden können.

In den Kollisionsverfahren war aus Verkehrsgründen die Versorgung der  
Verbraucher in Böhmen etwas besser als in Mähren. Auf dem Gebiet  
der Brennstoffversorgung konnten erhebliche Schwierigkeiten be-  
seitigt werden.

Auf verfahrensmäßigem Gebiet wurden in der Periodezeit alle  
Vorkehrungen für das neue Kollisionsverfahren 1942/43 getroffen.  
Die auf die Brennstoffversorgung, die sich erst im März 1942  
schon fast auswirken wird, werden sowohl in Böhmen als auch bei  
der Industrie als bisher fehlenden Bestimmungen.



2. Brennstoffversorgung

Die Brennstoffversorgung des Protektorats wurde in der Periodezeit  
fast ausschließlich mit Elektrizität und Gas beheizt. Die Gas-  
preise in Prag und Brünn waren die niedrigsten im Reich.  
Der Bedarf der Industrie an Brennstoffen wurde durch  
einen ständigen Steigen der Preise. Eine weitere Erhöhung des Bedarfs

05922

1330

3.) Der Kräfteinsatz in der übrigen kriegs- und lebenswichtigen Wirtschaft.

Saisonbedingt findet zu Beginn des Jahres in der Landwirtschaft der jahresübliche Kräftewechsel statt. Es wurden vermittelt

im Januar	11 400	Arbeitskräfte
im Februar	6 300	"
im März	7 900	"

Die Forstwirtschaft hatte einen erheblichen Kräftebedarf für den Holzeinschlag; die Kräftedeckung konnte nicht voll durchgeführt werden. Die Einsatzzahlen betragen

im Januar	10 300	Arbeitskräfte
im Februar	5 600	"
im März	4 500	"

In der Nahrungsmittelindustrie gab die Beendigung der Arbeit in der Zuckerkampagne eine kleine Entlastung. Dagegen war der Kräftebedarf im Verkehrswesen praktisch nicht abzudecken.

II. Sozialversicherung.

1.) Ausbau der Sozialversicherung.

In der Berichtszeit wurden fertig gestellt:

- a) Verordnung über die Regelung der Anstaltspflege in der Kranken- und Unfallversicherung,
- b) Verordnung über den Ausbau der Bruderladenversicherung und die Vereinfachung der Hüttenprovisionsversicherung.

Durch diese Verordnung wird in allen Krankenversicherungszweigen das Recht der Krankenhauspflege der Versicherten wesentlich geändert und dem Reichsrecht angeglichen.

2.) Krankenstand.

Auf Veranlassung der Sektion A IV werden von der Zentralsozialversicherungsanstalt die für die wichtigsten Betriebe zuständigen Krankenversicherungsanstalten geprüft, um festzustellen, ob alle Massnahmen zur Verhinderung unberechtigten Krankfeierns getroffen sind. In der Berichtszeit wurden die Bezirkskrankenversicherungsanstalt Pilsen und die Skodawerke in Pilsen geprüft. Die Prüfung der Betriebskrankenversicherungsanstalt Witkowitz und des Eisenwerkes Witkowitz steht vor dem Abschluss. Aus den bisherigen

4 13a

Prüfungen ergibt sich, dass die Dienstverpflichteten den Krankenstand sehr ungünstig beeinflussen. Von den Dienstverpflichteten sind mitunter 10 v.H. im Krankenstand, während der Krankenstand bei der Stamarbeiterschaft 3 bis 5 v.H. beträgt. Ganz besonders hoch ist der Krankenstand verheirateter dienstverpflichteter Frauen, die als Familienangehörige von Versicherten der eigenen Krankenversicherung nicht unterliegen. Der hohe Krankenstand der Dienstverpflichteten ist zweifellos mit darauf zurückzuführen, dass es sich hier um arbeitsungewohnte Personen handelt. Die meisten dienstverpflichteten Versicherten haben vor der Dienstverpflichtung eine Tätigkeit im Büro oder als Beamte ausgeübt, während sie nunmehr als Arbeiter eingesetzt sind. Entsprechend den geltenden Vorschriften werden sie in aller Regel von dem für sie vor der Dienstverpflichtung zuständigen Versicherungsträger betreut. Das ist entweder der Heilfond der öffentlichen Bediensteten oder die Krankenversicherungsanstalt der Privatangestellten. Der Heilfond der öffentlichen Bediensteten kennt überhaupt keine Kontrolle der kranken Versicherten. Bei der Krankenversicherungsanstalt der Privatangestellten besteht im Gegensatz zu der Versicherung bei den Bezirkskrankenversicherungsanstalten das Recht der freien Arztwahl. Auch ist der Kontrolldienst der kranken Versicherten bei der Krankenversicherungsanstalt der Privatangestellten nicht so sehr auf als Handarbeiter tätige Personen, sondern auf Angestellte eingerichtet. Durch diese Umstände wird sicher das unberechtigte Krankfeiern begünstigt. Das gleiche ist bei den dienstverpflichteten verheirateten Frauen der Fall, die als Familienangehörige bei Erkrankung überhaupt nicht kontrolliert werden. Es ist daher geplant, grundsätzlich alle Dienstverpflichteten bei den Krankenkassen zu versichern, die für das Dienstpflichtverhältnis zuständig sind. Die dienstverpflichteten verheirateten Ehefrauen sollen bei den gleichen Krankenkassen versichert werden, wenn sie täglich mehr als 4 Stunden beschäftigt sind.

3.) Erholungsaktion 1944 "Reinhard Heydrich-Vermächtnis".

Die Versicherungsträger werden bei der Erholungsaktion 1944 "Reinhard Heydrich-Vermächtnis" für jeden ihrer Versicherten 150 Kronen zahlen. Da die Erholungsaktion in diesem Jahre wesentlich erweitert wird, werden die Versicherungsträger stark belastet werden. Bei der Zentralbrudergesellschaft, dem Versicherungsträger für die Bergarbeiter, werden die Aufgaben für die Erholungsaktion rund die Hälfte des für Heilverfahren zur Verfügung stehenden Betrages ausmachen.

74

32

III. Reichsversorgung.

┌ Nach dem Führererlass geht die gesamte Fürsorge und Versorgung der Nichtberufssoldaten der neuen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen am 1. April 1944 auf das Reichsarbeitsministerium über. Diese bedingt, dass auch im Protektorat Böhmen und Mähren die gesamte Fürsorge und Versorgung der vorstehend genannten Personenkreise vom Wehrmachtsfürsorge- und -versorgungsamt Prag, das am 31. März 1944 aufgelöst wird, bis zu diesem Tage auf den Landespräsidenten in Böhmen, Reichsauftragsverwaltung - Versorgungsamt -  
└ übergeleitet wird.

*J. J. J.*



02050

75  
34

Generalreferat V/3  
Nr. V/3 - 566 - 1944

Prag, den 4. April 1944.

Eingegangen beim.....5.....IV.....1944.....  
Abteilungsleiter V.....

*Handwritten:*  
V  
do 7. IV. 44.

An den  
Herrn Abteilungsleiter I  
über den  
Herrn Abteilungsleiter V

Betrifft: Vierteljährlicher Verwaltungsbericht für die Zeit vom  
1. Januar 1944 - 31. März 1944.  
Bezug: Schreiben I la/1800 vom 12. November 1942.

Der Preisindex war in der Berichtszeit vollkommen stabil.



45a  
35

Im Handel mit Brennholz hat ein Druck auf die Preise eingesetzt, der umfangreiche Erhebungen zur Folge hatte. Auch diese stehen vor dem Abschluss. Die staatliche Bezuschussung der Preise für eingeführtes Holz bedingten wiederholte Verhandlungen mit dem Finanzministerium. Auch diese sind zu einem befriedigenden Abschluss gelangt und geben die Gewähr dafür, dass in Hinkunft der Preisspiegel des Inlandsmarktes durch überhöhte Auslandspreise nicht mehr gestört werden wird.

Auf dem Gebiete der sonstigen Entgelte ist die Neuregelung der Gebühren für Gerichtssachverständige bemerkenswert. Schliesslich erfolgte eine allgemeine Regelung für die Vermietung von Mälzereien.

Auf dem landwirtschaftlichen Sektor betreffen die wesentlichsten Preisregelungen die Rindviehpreise. Ebenso wie im übrigen Reichsgebiet wurden die Grundpreise für Rinder je kg Lebendgewicht erhöht. Durch gleichzeitige Erhöhung der Ausgleichsbeiträge für die Fleischereibetriebe wird eine Erhöhung der Verbraucherpreise vermieden.

Eine ganz ähnliche Regelung erfuhren Schweine, bei denen jedoch nur die mittleren Gewichtsklassen erhöht wurden, während die höchsten Gewichtsklassen erhalten blieben. Da in den höchsten Gewichtsklassen kaum Schweine kommen, bedeutet die Regelung praktisch auch eine Entlastung der Landwirtschaft.

Erstmalig geregelt wurden die Preise für Kaninchen und Schlachtkaninchen, mehrere Regelungen wurden für Geflügel, ferner die Preise für Baumschulpflanzen durch den Reichsverband der Obstzüchter neu geregelt.

Eine Aufbesserung erfuhren die Preise für Milch.

81a  
46

1944. VI. 8. J. mit angeschlossen  
Abteilungsleiter V

Reichsgebiet dienstverpflichteten Protektoratsangehörigen) ist auf 7,6 Mill. zu veranschlagen.

Landwirtschaft:

In der Berichtszeit wurde die Schweinezwischenzählung durchgeführt, die sich auf sämtliche Schweinehalter (rd. 450 000) erstreckte. Der Schweinebestand nach dem Stichtag vom 3. März ds.J. ist auf 1,55 Mill. zu veranschlagen. Damit hat er gegen den Rekordstand vom 3. Dezember 1943 infolge der saisonbedingten Haus-schlachtungen um rd. 400 000 abgenommen. Im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres liegt der Schweinebestand immer noch beachtlich höher. Die Struktur des Schweinebestandes läßt auch erkennen, daß mit einer Wiedererhöhung bis Herbst ds.J. zu rechnen ist, vorausgesetzt, daß aus besonderen Gründen die biologische Struktur nicht durch Eingriffe gestört wird. Damit ist es in Böhmen und Mähren gelungen, trotz der Futterknappheit (Kartoffelmißernte) den Schweinebestand auf beachtlicher Höhe zu halten.

Nach den vorliegenden Teilergebnissen der Statistik über die Gemüseanbauvorhaben 1944 ist nicht mit der erwarteten Gemüseanbaufläche zu rechnen, die für die auskömmliche Versorgung Böhmens und Mährens notwendig ist. Den verantwortlichen Stellen werden die Ergebnisse, die beschleunigt aufbereitet werden, laufend

82 44

trollfehler festgestellt: bei den Schweinen 0,06 vH, bei Rindvieh 0,02 vH, bei Schafen 0,47 vH, bei Ziegen 0,83 vH, bei Hühnern 1,68 vH, bei Gänsen 1,64 vH, bei Enten 2,61 vH und bei Kaninchen 1,71 vH. Die Kontrollfehler sind kleiner als im übrigen Reichsgebiet und weit kleiner als man bei Wirtschaftsstatistiken nach dem Urteil von Fachleuten rechnen muß. Dennoch wird angestrebt, die Zuverlässigkeit, namentlich bei Geflügel, noch weiter zu erhöhen. Es wurde daher angeordnet, daß die Geflügelhalter ihr Geflügel bis zum Eintreffen des Zählers in den Ställen zu halten haben. Nach der Reg.VO vom 28. Februar 1944, Slg. Nr. 49/1944 haben ferner die Bezirksbehörden im Strafverfahren die Tiere als verfallen zu erklären, die bei der amtlichen Zählung verheimlicht wurden. Im Falle der Verheimlichung von Hühnern hat die Bezirksbehörde den Meldepflichtigen dauernd oder vorübergehend die weitere Haltung und Züchtung von Kleintieren (Ziegen, Kaninchen, Gänsen, Enten, Trut- und Perlhühnern ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts und Alters) zu untersagen. Bei der Verheimlichung von Kleintieren hat die Bezirksbehörde dem Meldepflichtigen, unbeschadet der Beschlagnahme der verheimlichten Tiere dauernd oder vorübergehend die weitere Haltung und Züchtung der betreffenden Kleintiergattung zu untersagen.

#### Industrie und Gewerbe:

Die Ergebnisse der monatlichen Industrieberichterstattung wurden terminmäßig den verantwortlichen Stellen bekanntgegeben.

Zur Durchführung weiterer Auskämmungs- und Konzentrationsmaßnahmen in der Industrie wurde im Benehmen mit den Generalreferaten V/1 und V/2 sowie mit dem Rüstungsobmann eine Ermittlung über die Struktur der Gefolgschaftsmitglieder veranstaltet. Auf Grund objektiver Merkmale wurde die Ausgleichsfähigkeit (Umsetzbarkeit) der Arbeitskräfte in der Konsumgüterindustrie ermittelt. Die Ergebnisse sind terminmäßig innerhalb von 20 Tagen fertiggestellt und sämtlichen mit der Auskämmungs- und Stillegungsaktion betrauten Fachstellen bekanntgegeben worden.

In der Berichtszeit wurde eine Untersuchung über den Kriegsbeitrag der Industrie und über die Bewegung der Arbeitskraftreserven in Böhmen und Mähren von 1939 bis 1943 durchgeführt.

#### Außenhandel und Sozialwesen:

Die regelmäßig laufenden Statistiken gingen den für die

Devisenbewirtschaft, Exportüberwachung, Preisbildung und Preis- und Lohnüberwachung verantwortlichen Dienststellen terminmäßig zu.

Öffentliche Finanzwirtschaft:

In der Berichtszeit wurden die Untersuchungen über das Aufkommen der allgemeinen und besonderen Erwerbsteuer abgeschlossen und den verantwortlichen Dienststellen bekanntgegeben.

Im Benehmen mit den Abteilungen I und VII wurde die Durchführung der Haushaltsrechnungs- und Schuldenstatistik der Selbstverwaltungskörperschaften in die Wege geleitet. Mit dem Wegfall der besonderen Erwerbsteuer als Einnahmequelle der Gemeinden (für manche Gemeinde machte der Gemeindezuschlag zur besonderen Erwerbsteuer bis zu  $\frac{1}{3}$ , im Durchschnitt bis zu 20 vH der gesamten Einnahmen aus) ist die einheitliche Auswertung der Rechnungsabschlüsse besonders vordringlich geworden, da neue Wege für den Finanzausgleich gefunden werden müssen unter Gewährleistung der völligen Ausschöpfung der Gebühreneinhebung ohne gleichzeitige Gefährdung der Steuerkraft der Bevölkerung und der Wirtschaft. Die Ermittlungen werden beschleunigt durchgeführt.

Überwachung der statistischen Erhebungstätigkeit:

Der Arbeitsausschuß zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des s  
die Bewirts  
sterium für  
prüft, die  
Berichtsvor  
Mitteilungs

I  
nisse der a

Der Sonderbeauftragte  
des Deutschen Reichs  
bei der Nationalbank  
für Böhmen und Mähren

Egb. Nr. 0975

Es wird gebeten, diese Tagesbuch  
bei weiteren Einzahlungen anzusetzen

K ausgewie-

Reichswechseln  
Reichsschatz-  
weisungen  
auf ein  
berzugs lombard.

eine unein-  
seitige von

84  
50

in der Zunahme des Zahlungsmittelumschlages folgendes Bild:

	I.1944:	IV.1943:	III.1943:	II.1943:	I.1943:
in Mill. K	720	5 883	3 823	2 688	1 130
in %	2	19,6	14,5	11,4	5

Die Gesamthöhe des Zahlungsmittelumschlages stellt sich am 31. März 1944 auf 36 773 Mill. K. Von der im I. Quartal ausgewiesenen Erhöhung entfallen 62,5 % auf die Steigerung des Banknotenumschlages.

Die Ursache der weiteren ansteigenden Tendenz des Zahlungsmittelumschlages hängt vor allem mit der Umwechslung von Reichsmarkzahlungsmitteln zusammen.

Die Höhe der zur Umwechslung gelangten Reichsmarkzahlungsmittel ist aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich /in Mill. K/:

	im Vierteljahr:				
	I.1944:	IV.1943:	III.1943:	II.1943:	I.1943:
	2 146	1 964	1 661	1 324	1 337

An die Reichsbank wurden im I. Vierteljahr 1944 244,2 Mill. RM abgeliefert.

Die Entwicklung des Zahlungsmittelumschlages im I. Quartal 1944 ergibt im einzelnen folgendes Bild /in Mill. K/:

Zeit:	Banknoten:	Staatsnoten:	Papierkleingeld:	Münzen:	Insgesamt:
31. XII. 1943	24 073	9 405	2 244	331	36 053
31. I. 1944	23 303	9 238	2 248	333	35 122
29. II. 1944	24 001	9 424	2 286	334	36 045
31. III. 1944	24 523	9 589	2 326	335	36 773

gegenüber dem					
31. XII. 1943	+ 450	+ 184	+ 82	+ 4	+ 720

Die Banknotendruckerei war mit dem Drucke aller Sorten von Kronenzahlungsmitteln beschäftigt. Im I. Vierteljahr 1944 hat die Banknotendruckerei sowie die übrigen mit dem Drucke von kleineren Sorten des Papierkleingelds beauftragten Firmen, der Hauptkasse folgendes Papiergeld für den Protektoratsumlauf abgeführt:

Sorte:	Banknotendruckerei:		andere Firmen:		insgesamt:	
	in 1000 Stück		in 1000 Stück		in 1000 K	
1000 K IV.	4	693	-----	-----	4	693.000
500 K IV.		450	-----	-----		225.000
100 K IV.	14	118	7	528	2	164.600
20 K II.	5	361	-----	-----		107.220
20 K III./neue		864	-----	-----		17.280
10 K II. Form/		80	16	012		160.920
5 K IV.	4	998	4	892		49.450
1 K III.	2	840	12	998		15.838
Insgesamt	33	404	41	430	7	433.308

Abteilung VI  
Ernährung und Landwirtschaft  
VI - 0012 - 1./44

Prag, den 11. IV. 1944

12 APR 1944

An die  
Abteilung I  
z.Hd.v. Herrn Ministerialrat Dr. Landmann  
im Hause.

Als Anlage übersende ich den Verwaltungsbericht der  
Abteilung Ernährung und Landwirtschaft für das 1. Kalender-  
vierteljahr 1944.

1 Anlage.

Handwritten signature and a faint circular stamp.

89 a  
16

Landwirtschaft. Größere Planungen wurden nicht vorgenommen, die Tätigkeit beschränkte sich im allgemeinen auf die Gewährung von Zuschüssen und Darlehen für laufende Investitionen an Vieh und totem Inventar. Für ca. 40 Kleinstbetriebe und Häusler wurden Deutschtumsmittel im Betrage von 75.000.- RM zugesagt und z.T. bereits verausgabt.

## 2. Tierzucht.

Weitere 10 Norikerhengste wurden in Bayern angekauft, so daß nunmehr 100 Norikerhengste für das Protektorat erworben werden konnten. Damit ist ungefähr ein Viertel der im Protektorat deckenden Kaltbluthengste rein norischer Abstammung.

Auf dem Gebiete der Rinderzucht wurden im erster Linie alle Maßnahmen getroffen, die notwendig waren, um trotz der herrschenden Futternot die Milchleistung nach Möglichkeit zu halten. Besonders die Gebiete nördlich Prag wurden mit allen zur Verfügung stehenden Beamten, auch denen des Ministeriums, einer intensiven Wirtschaftsberatung in den Kuhställen unterzogen, da diese Gebiete am meisten unter der Trockenheit gelitten haben. Außerdem wurden die neuen Weisungen über die Futterzuteilung nach der Marktmilchleistung erlassen. Diese Art der Verteilung des noch zur Verfügung stehenden Futters soll einerseits einen Anreiz bieten zur besseren Ablieferung der Milch, andererseits die guten Milcherzeugungsbetriebe in den Stand versetzen, ihre Kühe über die schwierige Futterlage dieses Winters und Frühjahrs hinwegzubekommen.

In der Schweinezucht wurde die Wanderlehrschau "Wirtschaftliche Schweinezucht" in drei Städten des Protektorats gleichzeitig eröffnet. Sie ist nun schon durch verschiedene Städte gewandert und wird überall sehr stark besucht. In einzelnen Städten sind Besucherzahlen von 60 - 70.000 Personen erzielt worden.

In der Schafzucht gelang es, sehr gute Schafböcke im Reiche zu erwerben, womit nunmehr auch der Ausbau von Stammschäfereien im Protektorat möglich erscheint.

In der Kleintierzucht ist die Kundmachung über die Regelung der Kaninchenhaltung bemerkenswert, die nunmehr eine weitere Einschränkung des Zuchtbetriebes bringt, um zum Herbst die Zahl der Kaninchen noch mehr zu verringern. Weiterhin wurden die Planungen zur restlosen Durchführung der Bienenwanderung aufgestellt, nach denen es möglich ist, im Jahre 1944 sämtliche Ölfruchtflächen durch Bienen zwecks besseren Befruchtung und besseren Samenansatzes befliegen zu lassen.

## 3. Acker- und Pflanzenbau.

Infolge der Knappheit an Saatkartoffeln war es notwendig, die ursprünglich vorgeschriebene Kartoffelpflichtanbaufläche um 10 % zu verringern. Diese frei werdende Fläche ist mit Ölfrüchten anzubauen. Anbauer, die nicht einmal in der Lage sind, 90 % der ursprünglich vorgeschriebenen Fläche mit Kartoffeln zu bestellen, sind verpflichtet, die fehlende Fläche ebenfalls mit Ölfrüchten zu bebauen. Durch diese Anordnung geht die Kartoffelfläche wahrscheinlich auf die vorjährige Fläche zurück und die Ölfruchtfläche steigt wahrscheinlich um 50 - 60.000 ha.

Die

05911



90 7

Die Rotkleesamenernte war in diesem Jahr verhältnismäßig gering. Trotzdem wurden 600 t Rotklee dem Reich zur Verfügung ~~xx~~ gestellt gegen eine Rücklieferung der gleichen Menge Luzerne. Infolgedessen können je Hektar Anbaufläche 8 kg Rotklee und 8 kg Luzerne ausgefolgt werden. (Im Reich beträgt die Zuteilung 1,6 - 2 kg Rotklee und 10 kg Luzerne je ha Anbaufläche.)

Zuckerrübensamen stand genügend zur Verfügung. Trotzdem wurden 52 Wagen der besten deutschen Sorte eingeführt und auf die hiesigen Zuckerfabriken verteilt. Es handelt sich hierbei um eine ertragsreiche Rübe, die mehr Zucker und Futter je ha als die hiesigen Sorten bringt.

Die Handelsdüngerproduktion ist gegenüber dem Vorjahre bei Stickstoff gestiegen; bei Phosphorsäure hat sie den gleichen Stand erreicht. Die Kalilieferungen des Reiches sollen um 10.000 t gegenüber dem Vorjahre erhöht werden. Große Schwierigkeiten sind durch die Transportlage entstanden. Es war deswegen notwendig, Thomasmehl in offenen Wagen zu verladen.

#### 4. Ernährungswirtschaft und öffentliche Bedarfsdeckung.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Mahlerzeugnissen verlief ohne Störungen. Nach Beendigung der Pflichtablieferungen bei Getreide am 31.1.44 kann als Ergebnis festgestellt werden, daß die Anbauer im Protektoratsdurchschnitt ihren Verpflichtungen im allgemeinen nachgekommen sind. Der Anteil an Weizen bleibt hinter der Ablieferungserwartung zurück. Im Hinblick auf den ungünstigen Ausfall der Kartoffelernte mußten entsprechend dem Vorgehen im Reich auch im Protektorat größere Mengen Brotgetreide zum Ausgleich zur Verfügung gestellt werden. In geringem Umfange wird der Ausgleich durch die Ausgabe von Speisehälsenfrüchten herbeigeführt. Für Verbraucher, die nicht eingekellert haben, mußte die Kartoffelration in zwischen von 2,5 kg auf 1,5 kg je Woche gesenkt werden. Für Gaststätten wurde angeordnet, daß für ein Gericht mit Kartoffeln 50 g Brotmarken abzugeben sind.

Der Fleischbedarf konnte voll gedeckt werden. In der Zwischenzeit wurde mit dem Reich die Einstellung der Lebendviehlieferungen aus dem Protektorat vereinbart; dagegen wird die Herstellung von Rindfleischkonserven für Wehrmachtzwecke fortgesetzt.

Die Milchanlieferung an die Molkereien wies weiterhin einen Rückgang auf. Infolge der verminderten Milchanlieferung ist auch die Buttererzeugung zurückgegangen, so daß die Ration für Normalverbraucher vorübergehend um 50 %, d.h. auf 70 g je Versorgungsperiode gesenkt werden mußte. Die Ausgabe von entrahmter Frischmilch mußte insbesondere wegen der durch Schneeverwehungen entstandenen Transportschwierigkeiten in Prag vorübergehend ausgesetzt werden. Die Ausgabe von Margarine und Schweinefett verlief reibungslos. Die Verhandlungen mit dem Reich wegen der vollen Deckung des Fehlbedarfes bei Fett wurden zum Abschluß gebracht. Das Reich wird einen Teil des noch bestehenden Fehlbedarfes in Form von Butter und den Rest in fettem Schweinefleisch liefern, Da sich durch die Schließung der Fettlücke weitere Kompensationsgeschäfte Zucker gegen Öl erübrigen, wird das Protektorat dem Reich die für diese Zwecke noch zurückgehaltenen Zuckermengen zur Verfügung stellen.

Die



90a  
78

Die Versorgungslage bei Obst und Gemüse ist nach wie vor unzureichend. Die Erfassung und Verteilung von Eiern und Schlachtgeflügel verliefen planmäßig.

5. Gesetzgebung, Verwaltung, Arbeitseinsatz usw.

Von gesetzgeberischen Maßnahmen sind außer den bereits genannten vor allem zu erwähnen:

Die Kundmachung über den Bezug von Eiern in der 61. - teilungsperiode,

die Kundmachung über die Vorratshaltung von Mehl, Teig und Graupen durch Backbetriebe und Einzelhändler,

die Kundmachung betr. die gewerbsmäßige Veräußerung von Eiern,

die Kundmachung betr. Verteilung von Geflügel,

die Kundmachung über die Versorgung der in Arbeitergeleislagern untergebrachten und verpflegten Arbeiter und über die Führung der besonderen Zusatzkarten S3/LK und St 4/LK

Weiter wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Kontingenz der Geflügelablieferung getroffen.

...zes in der  
die Erzeug-  
ngen an  
stwert-  
...  
wurde  
dert, so  
tlicher  
Kleintier-  
organisato-  
schließend  
Lichtorga-

nisation der Gärtner in die Wege  
noch die Errichtung der Vereinigungen  
des Landvolkes.

Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens  
legungen landwirtschaftlicher Genossenschaften  
auch soweit es sich um Molkereigenossenschaften

Im Bereiche der agrarischen Operationen  
betr. die Herstellung der gemeinsamen  
und Rekultivierungen, die Teilstücke  
sowie die gemeinschaftlichen  
rechte bearbeitet.

05910

91  
58

Abteilung Finanz Prag, 8. April 1944.

Villa - 1496 - 41

11 APR. 1944

Bei den ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbehörden im Gebiet der heutigen Slowakei, die auf das Projekt der Sicherung staatlicher Angelegenheiten und sonstiger Betrifft: Verwaltungsbericht gemäß Hauserlaß vom 12. November 1942, und die damit zusammenhängenden Unterlagen über das erste Kalendervierteljahr 1944. Slawakei wird diese Deposition an das Protokoll heraus-

Abteilung I 1

I. In der Zeit vom 22. Februar bis 4. März 1944 hat Ministerialrat Schmeißer als Vertreter des Deutschen Staatsministeriums mit Ver- Reihe v deutsch 1940 (R haben s

1./  
vatrecht  
geführte  
zwischen  
lungen l  
schädigt  
verzicht

Ma  
6

böhmisch-mährischen Gebietseinheit gegen das ehemalige autonome Land Slowakei, die auf das Protektorat übergegangen sind und Forderungen des ehemaligen autonomen Landes Slowakei gegen die ehemalige böhmisch-mährische Gebiets-einheit, die auf die Slowakei übergegangen sind. Es ist nunmehr eine grundsätzliche Einigung über die Behandlung dieser gegenseitigen Forderungen erzielt worden.

4./ Bei den ehemaligen tschechoslowak. Staatsbehörden im Gebiet der heutigen Slowakei waren von Hinterlegern aus dem Protektoratsgebiet und dem übrigen Reichsgebiet zur Sicherung staatlicher Ansprüche Wertpapiere und sonstige Wertgegenstände hinterlegt worden. Es ist nunmehr eine Einigung über die Ausfolgung dieser Verwaltungsdepositen und die damit zusammenhängenden Fragen erzielt worden. Die Slowakei wird diese Depositen an das Protektorat herausgeben, das sie den Hinterlegern zurückzugeben hat.

Die Auseinandersetzung der Spiritusbewirtschaften und die Behandlung der Darlehensforderung wirtschaftlichen Sparten des Verband der Landwirte in Preßburg. Die Angelegenheit wird nach weiterer Klärung entschieden werden.

Das Protektorat hat der ersten Hälfte des Jahres...

der mit organisatio-antierten r land-Prag gegen ossenschaf-r sollen ortgesetzt

lbetrages, en wird, eine set Die Emis-

Die... und 2... der An... kenkon... tergeb...

V

Entwicklung ist einesteils auf die wesentlich gesteigerten Transportaufgaben auf dem Wehrmachts-, Rüstungs- und Luftschutzsektor sowie auf den Versandrückstau aus dem Vorjahr und zum anderen auf die Verzögerung des Wagenumlaufs durch Feindeinwirkungen im übrigen Reich und den besetzten Gebieten sowie auf die umfangreichen Laderaum verschlingenden Räumungstransporte aus dem Osten zurückzuführen. Ein Fahren auf Vorrat war unter diesen Umständen im Zuge der Verkehrslage für das

Jahr 1944 bis jetzt offenen Wagen hat sich im Laufe des Jahres etwas entspannt.

Im einzelnen sind im Januar und März hingegen 9 bis 10% der im Vorjahr bei den Böhmen beschlagnahmten Wagen zurückgegeben worden. Die anfängliche Verknappung hat sich teilweise nur auf Kosten anderer Wagenstellen durch die Wagenstellungen der Wehrmacht durchaus befriedigend gelöst.

Bei gedeckten Wagenstellungen sind die Anforderungen und die Wagenstellungen teilweise erheblich durch den Kauf von Wehrmachtswagen genommen werden. Es ist jedoch gelungen, die Wagenstellungen zu beheben.

92/a

b2

Der Stückgutverkehr war mit Rücksicht auf die ausserordentlich angespannte G-Wagenlage während des ganzen Vierteljahres schärfstens gedrosselt, sodass nur vordringliche kriegs- und lebenswichtige Stückgüter zur Beförderung angenommen werden konnten. Tages-

wei  
vor  
der

Zeit  
her  
lich  
ten

ange

2.) Strasse

a) Last

wurde  
gest  
für  
verl



05908

entworfener wurde er  
Mitwirkung von Fliegern  
sige Hilfe wird nur in  
Zwecks Einsparung von  
die Transportgemeinsch  
ausgebaut.

Luftverkehr

Die Anforderungen des

konnten nur durch Beschränkung der Beförderung auf Werksangehörige und Inkaufnahme von Ueberlastungen befriedigt werden. Für die Sommermonate ist mit einer Entlastung im Berufsverkehr kaum zu rechnen. Eine geringe Besserung der Verkehrslage ist durch den Einsatz von ungefähr 150 französischen Kraftomnibussen zu erwarten.

L  
c) Treibstoff und Reifen

Die Rüstungsaufstockung und -verlagerung hat erhöhten Kraftstoffverbrauch zur Folge. Im Rahmen des ständig gekürzten Kraftstoffkontingentes konnten die benötigten Kraftstoffmengen nicht aufgebracht werden. Das Planungsamt des Generalbevollmächtigten für den Rüstungsausbau des Beauftragten für den Vierjahresplan hat eine Erhöhung der Kraftstoffkontingente für Lkw- und Omnibusverkehr vorgenommen. Der Pkw-Verkehr muss im bisherigen Umfange gedrosselt bleiben.

Ab Januar wurde gegen Ende jeden Monats infolge der günstigeren Treibgaslage die Kontingentierung aufgehoben, wodurch eine wesentliche Auflockerung des Lkw- und teilweise auch des Omnibusverkehrs erzielt wurde.

Die Verteilung der Kraftfahrzeugreifen ging ab 1.1.1944 von der Ueberwachungsstelle beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit auf den Nahbevollmächtigten über. Die Anforderungsziffern waren für den Monat Januar verhältnismässig hoch, da sie Rückstände aus Vormonaten enthielten.

L  
d) Strassenverkehrsordnung

Durch die Regierungsverordnung vom 9.2.1944 - Slg 50/44 - ist die Zuständigkeit hinsichtlich der StVZO und der StVO neu geregelt und den Reichsbestimmungen angepasst worden. Danach ist für die StVZO das Ministerium für Verkehr und Technik und für die StVO das Ministerium des Innern zuständig.

In der Zeit vom 1.1. bis 21.3.1944 wurden bei Landstrassenkontrollen insgesamt

2222 Fahrzeuge überprüft.

Mängel an den Fahrzeugen, wie Schäden am Aufbau und Fahrgestell, unleserliches Kennzeichen, Fehler an der Scheinwerfer-Verdunkelungsanlage, Fehlen des Rückstrahlers, der Atü-Aufschrift wurden bei 496 Fahrzeugen festgestellt.



94  
65

Der Stand der umgebauten Kraftfahrzeuge auf Generatorgas-  
betrieb beträgt mit Stichtag 29.2.1944 10 623 Kfz  
 der auf Leuchtgas umgestellten 1 800 "  
 Methangas 923 "  
 Flüssiggas 3 781 "  
insgesamt 17 127 Kfz

Durch die Abgabe von heimischen Kraftstoffen, wie Holzkohle, Tankholz, Anthrazit, Torf, Karbid, Ligniten und Schwelkoks wurden im 4. Vierteljahr 1943

24 397 t Benzin

L eingespart.

g) Strassenbahnen

es Strassen k  
 der Nachtstunden mac  
 verkehr erforderlich.  
 en Brünner. Strassenbe  
 ts durchgeführt. In 2  
 gesetzt.

Protekte  
 Januar t  
 nahme de  
 D  
 torat am  
 infolge  
 deraufna  
 D

sslauren im  
 stig. Nur Ende  
 e Wiederauf-  
 im Protek-  
 14. Februar  
 den. Die Wie-  
 tiechowitz

wurde am 3. Februar wieder eröffnet, musste jedoch am 17. Februar wegen Vereisung gleichfalls wieder unterbrochen werden. Es wurden in dieser Zeit 11 700 Personen befördert.

Mit der Kohlenverladung in Lobositz wurde am 20. März begonnen.

Auf dem Wasserwege wurden bisher in diesem Jahre 17 400 t Kohle befördert.

94a  
66

Der Umschlag in den letzten 3 Monaten war folgender:

<u>Hafen</u>	<u>Dezember</u>	<u>Januar</u>	<u>Februar</u>
Smichow	100 t	100 t	300 t
Holleschowitz	11 000 t	500 t	6 400 t
Melnik	4 700 t	3 000 t	4 500 t
zusammen:	15 800 t	3 600 t	11 200 t
<u>Gesamtumschlag im Protektorat</u>	71 600 t	1 200 t	29 200 t.

Die endgültigen Verkehrszahlen für 1943 lauten:

Umschlag in den Häfen:	1943	208 710 t
Rückgang gegen	1942	29 %
"          "	1941	43 %
Gesamtumschlag im Protektorat:	1943	1 464 319 t
Rückgang gegen	1942	5 %
"          "	1941	10 %.

Der Rückgang - vor allem im Hafenumschlag - ist auf die ungünstigen Wasserstände 1943, die eingetretenen Verkehrsverlagerungen und die Auswirkungen des Luftkrieges zurückzuführen.

Im Personenverkehr wurden auf der Moldau 1943 787 100 Personen befördert. Dies sind 25 000 Personen mehr als im Vorjahre und rd 50 000 Personen mehr als die bisherige Höchstzahl im Jahre 1930.

Der Verkehr auf dem Bata-Kanal Otrokowitz-Rohatetz wies 1943 eine Steigerung von 2 auf. Es wurden rd 99 000 t befördert (51 000 t Steine, 30 000 t Flusssand).

Das Transportprogramm mehr nach dem Reich schliesst mit 227

Der Umschlag in den Häfen des Wagenmangels erhebliche Schwachung der Beschaffung zusätzlichen Lagerraumes zur Lagerung von Gütern. Die Lagerung von Gütern wurde angestrebt.

Zur Entlastung der Bahn wurde eine neue Verordnung über die Teilverlagerung der Eisenbahnbeförderung auf die Binnenschifffahrt herausgegeben.



05906

L

B) Technik

1.) Wasserwesen

a) Wasserwirtschaft

1.) Der wasserwirtschaftliche Generalplan für die obere Oder wird durch das Neubauamt für wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben in Ratibor aufgestellt; das im Protektorat liegende Einflussgebiet bearbeitet die Protektoratsverwaltung.

Der wasserwirtschaftliche Generalplan für die Iser soll durch die Protektoratsverwaltung aufgestellt werden.

2.) Infolge des Bauverbots konnten im Protektorat auch im Jahre 1943 landwirtschaftliche Wasserbauten nur in sehr geringem Umfange in den Grenzen der besonders bewilligten Ausnahmen zur Ausführung gelangen. Es wurden ausgeführt:

Dränungen 1 182 ha samt Vorfluter	mit einem Kosten-
	aufwand von 12 169 000 K
Bewässerungen 116 ha.....	678 450 K
Regulierungsarbeiten an Wasserläufen	11 015 330 K
ländliche Trinkwasserversorgungen....	8 298 760 K
ländliche Ortsentwässerungen.....	1 918 500 K.

Die Kosten der im Jahre 1943 ausgeführten landwirtschaftlichen Wasserbauten im Protektorat betragen insgesamt 13 247 389 K und 7 982 859 K betragen selbst haben. Bei einigen Volksinseln wa:

geführten landwirtschaftlichen Wasserbauten im Protektorat betragen im Sinne des Gesetzes Nr 49, 13 247 389 K und 7 982 859 K betragen selbst haben. Bei einigen Volksinseln wa:

völkerung und der  
Rüstungsindustrie  
lung im übrigen Re  
Organisation der  
nehmen mit den zus  
Luftschutzes, aufge

g der  
er Rege-  
sorat die  
im Einver-  
en des

96  
69

2.) Strassen- und Brückenbau, Bauwirtschaft

a) Strassen und Bauten

Die in den Monaten Februar und März aufgetretenen Schneestürme und Schneeverwehungen erforderten besondere Massnahmen zur Aufrechterhaltung des Verkehrs, insbesondere auf den wichtigsten Durchgangsstrassen, die über den böhmisch-mährischen Höhenzug führen.

Dem SS-Truppenübungsplatz Böhmen wurden 155,424 km Protektoratsstrassen und 181,827 km Bezirksstrassen in Eigentum und Verwaltung übergeben. Das auf diesen Strassen beschäftigte Personal wurde ebenfalls abgegeben.

Für den Fall der Zerstörung von Brücken bei Luftangriffen werden vorsorglich Brückenprovisorien aus vorhandenen Material hergestellt.

b) Autobahnen

Nachdem die Abwicklungsarbeiten bei der Generaldirektion für den Bau der Autobahnen zu einem gewissen Abschluss gebracht werden konnten, wird der Personalstand von insgesamt 80 Bediensteten zunächst auf 29 Bedienstete herabgesetzt werden.

Das auf den stillgelegten Baustellen gelagerte Baumaterial fand hauptsächlich für Bauten auf den Truppenübungsplätzen Verwendung.

c) Bauwirtschaft

Hinsichtlich der Durchführung der baulichen Luftschutzmassnahmen wurde zur Vereinfachung des Verfahrens die alleinige Zuständigkeit dem B.d.O. überlassen. Dagegen unterliegen Luftschutzmassnahmen im Zusammenhang mit Neu-, Um- und Erweiterungsbauten nach wie vor dem Verfahren nach

gesetzt.

3.) Hochbau

a) Hochbauwesen

Die Arbeiten in der Heimschule in Kuttenberg gehen ihrer Vollendung entgegen. Die Unterbringung einer Heimschule in Jamnitz und Tschaslau wurde vorbereitet. Die Arbeiten für die Heimschule in Friedland wurden eingeleitet.

b) Luftschutz

Am 17. 1. d.J. fand eine Besichtigung von zwei Arten von Splitterschutzgräben in Betonfertigteilen statt. In Uebereinstimmung mit den übrigen Teilnehmern (BdO, Luftgau, Pol.Präs. Luftschutzamt der Hauptst. Prag, GB-Bau) wurde ein Dreigelenksystem in Verbandsanordnungen zur Ausführung bestimmt.

c) Städtebau und Wohnungswesen

Bei einer Besichtigung der Siedlung Gurein bei Brünn wurde festgestellt, dass die Anlage in siedlungstechnischer Hinsicht schlecht in das Gelände projektiert und teilweise bereits durchgeführt ist. VIII,5 wurde durch die Klöcknerwerke und die ausführenden Architekten ungenügend beteiligt. Eine Ueberarbeitung der Planung wird hier durchgeführt.

In Verbindung mit der Regierungsverordnung betr. die Unterstützung zur Errichtung der Behelfsbauten wurden zur Durchführungsanordnung Typenpläne nach dem Konstruktionstyp "Neubauer" ausgearbeitet.

d) Ausführung von Hochbauten durch das Zentralbauamt

Die Sicherungs- und Instandsetzungsarbeiten am Karolinum werden ab 1. April eingestellt. Für das Gebäude Obstmarkt 7 ist eine Ausnahmegenehmigung für die Adaptierungsarbeiten im 3. Stock eingeleitet, in welchem kriegsverletzte Studenten wohnen sollen.

Die L.S.Massnahmen in den Universitäts-Instituten wurden weiter gefördert und grösstenteils abgeschlossen.

Die Vorbereitungsarbeiten (Erdbewegungen) für den Bau der Behelfsheime für Studenten auf dem Sommerberg wurden bei Einsetzen günstiger Witterung nach der Frost-



05904

97  
71

periode begonnen und vom RAD zu einem Teilabschluss gebracht. Eine Gruppe Studenten arbeitet weiter.

- e) Die Barackenherstellung für den Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten im Reich, Auftrag des Reichsfinanzministeriums, wurde überwacht.
- f) Die Krankenhausbauten wurden im Auftrage des Baubevollmächtigten - wo notwendig - besichtigt und an Ort und Stelle Anordnungen getroffen. Die Förderung dieser Bauten wurde in Verbindung mit den beteiligten Stellen und Firmen mit Nachdruck wahrgenommen.

gez D a n c o



Beglaubigt  
*Hold*  
Angestellte

Der Deutsche Staatsminister  
für Böhmen und Mähren

Prag, den 7. April 1944

IXf 1303 - 2/1

An die  
Abteilung I,  
zu Händen von Herrn Ministerialrat  
Dr. Landmann

im Hause

Betr.: Verwaltungsbericht für das 1.  
Kalendervierteljahr 1944

Bezug: Erlaß vom 12.11.1942 I la-1800

Anlagen: Ohne

1.) Soforthilfe nach I

Für de

nach Luftangriffen

Soforthilfe 5 Fahr

einem als Postamt

Lastkraftwagen bes

werden. Sie sind f

Auffangplätzen vorgesehen. Außerdem sind noch 109 Post-  
fachtrupps, bestehend aus je 4-5 Kräften, bereitgestellt,  
die mit entsprechender Ausrüstung versehen als fliegen-  
de Postämter eingesetzt werden können. Jeder Trupp ist  
für einen bestimmten Einsatzbezirk bereitgestellt, kann  
aber auch anderweit eingesetzt werden.

2.) Verwaltungsvereinfachung

Im Zuge der Verwaltungsvereinfachung zur  
Freistellung von Arbeitskräften ist am 1. März die Post-  
anweisungszentrale in Prag aufgehoben worden. Ihre  
Dienstgeschäfte sind der Postsparkasse in Prag übertra-  
gen worden. Die Aufhebung weiterer Postdienststellen,  
deren Aufgaben von anderen übernommen werden können,  
ist eingeleitet.

3.) Sondermarken

Zum 5. Jahrestag der Errichtung des Protek-  
torats Böhmen und Mähren, dem 15. März 1944, hat die  
Böhmisch-Mährische Post drei Sondermarken ( zu 1,20 K +  
3,80 K, 4,20 K + 10,80 K und 10 K + 20 K ) mit Zu-  
schlägen zugunsten des Kulturfonds des Führers heraus-  
gegeben.

9895

II. Fernmeldewesen.

In weiterer Durchführung der Neugliederung des Telegraphenbau- und Entstörungsdienstes sind die Versteher sowie deren Vertreter für die 7 neuen Telegraphenbauämter bestimmt worden. Mit Wirkung vom 1.4. nehmen die neuen Telegraphenbauämter ihre Tätigkeit auf. Diejenigen alten Telegraphenbauämter, die nach der Neugliederung aufzuheben sind, werden nach und nach in die neuen Telegraphenbauämter eingegliedert. Personalfragen und Planungsarbeiten werden vom 1.4. an nur noch von den 7 neuen Telegraphenbauämtern erledigt.

Die Neugliederung des Entstörungs- und Ämterpflagedienstes ist in den Bereichen aller neuen Telegraphenbauämtern vorbereitet; mit der Durchführung wird begonnen.

Zur Wahrnehmung aller Angelegenheiten des gesamten Fernmeldewesens in den Ortsnetzen Prag und Brünn sind Fernmelde-

ämter geschaffen

dienst auch den

Bereichen ausüben

Die bishe

und betriebenen

häuschen) sind in

zunehmend von ihr

Im Zuge d

wurden 30 Doppelader

Dienstgeschäfte

gen worden. Die

deren Anlagen

ller

3. Sondermarken

ir

torata Böhmen

13-Gesundheitswesen

Prag, den 8. November 1943.

Herrn Abteilungsleiter I

Betr.: Verwaltungsbericht Juli - September 1943.

1. Wehrmachtbedarf.

Die Beschaffung von Raum für Reservelazarette ist immer schwieriger geworden, weil die einzelnen Wehrmachtstellen ihren Bedarf nicht gemeinsam planen. Eine einheitliche Planung ist begonnen worden.

Die Beschaffung von Heilseren für die Wehrmacht in den Einrichtungen der Gesundheitsanstalt des Protektorats ist weiter vorangetrieben worden. Aus Gründen der Luftgefahr sind diese Serumproduktionsstätten z.T. aufs Land verlegt worden.

organisiert v  
Sanitätshilfe  
Materiallager

In erhebliche  
Kinderlähmung  
und Polioeian

Die Tuberkulo  
Reich.  
Dank der vor

Krankungen merk-  
Fällen Arbeits-  
ahl und Beleg-  
nd hat zu der  
insbesondere auch  
ise unter der  
riebe entstehen.

99a

6. Arzneimittelbeschaffung.

Die Arzneimittelbeschaffung konnte im allgemeinen auf der bisherigen Höhe gehalten werden. Für die Insassen der Judenstadt Theresienstadt wurden in großem Umfang Arzneimittel aus Genf zur Verfügung gestellt.

7. Lebensmittelhygiene.

Mit der Fortdauer des Krieges versuchen die Firmen immer mehr Ersatzpräparate auf den Markt zu bringen. Da die Ernährung im wesentlichen durchaus als gesichert gelten kann, wird die Herstellung dieser Ersatzpräparate jetzt scharf gedrosselt, insbesondere wurde auch eine unweckmäßige Konservierung von Pilzen zu Konserven verhindert, da hier sonst eine Quelle für das verstärkte Auftreten von Magen-Darbeschwerden eröffnet worden wäre.

8. Heilberufe.

Der verstärkte Arbeitseinsatz hat die Bedeutung des ärztlichen Dienstes bei den Arbeitsämtern gehoben. Infolgedessen wurde in erheblichem Umfang durch Verlagerung des Arzteinsatzes für eine ausreichende Versorgung der Arbeitsämter mit Ärzten gesorgt.

Bei den verschiedensten Gelegenheiten wurde auf mannigfaltige Weise versucht, die Berufsethik der Heilberufe zu heben und ihr Gewissen für ihre im Krieg besonders wichtige Aufgabe zu schärfen. Hierzu wurde auch der Weg der Veröffentlichung eines Mahnwortes in allen irgendwie in Frage kommenden Zeitschriften gewählt. Insbesondere wurde die Arbeitsgemeinschaft der Heilberufe laufend mit entsprechenden Weisungen versehen und ihre Tätigkeit ebenso wie die der deutschen Gesundheitskammer nach den Kriegsbedürfnissen ausgerichtet.

9. Gesundheitspolitik und Gesundheitspropaganda.

Es ist in letzter Zeit tschechischerseits wiederholt versucht worden, ein besonders häufiges Auftreten der gefährdeten Steinstaublungenkrankung auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse am Arbeitsplatz zurückzuführen. Dieser Behauptung wurde mit der Tatsache entgegengetreten, daß zur Entstehung einer solchen Steinstaublungenkrankung im allgemeinen nicht wenige Jahre ausreichen, sondern daß diese Erkrankung auf viel längeren Zeitraum zurückzuführen ist. Im Protektorat sind also nicht die Kriegsverhältnisse, sondern die schlechten allgemeinen gesundheitlichen Verhältnisse vor der Errichtung des Protektorats daran schuld, zumal die Steinstaublungenkrankung meist erst durch die Verbindung mit der Tuberkulose die vorzeitige Arbeitsunfähigkeit herbeiführt.

*Abwurf*

05901



H. Au Ministerium, G. MR H. Gies

*G. M. (10. März 1945)*

*Handwritten signatures and initials in red and blue ink.*

DER REICHSPROTEKTOR  
in Böhmen und Mähren

Prag, den 5. August 1943

Nr. I 2 a - 4400

An

- a/ die Leiter der Hauptabteilungen und Abteilungen
- b/ den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
- c/ den Befehlshaber der Ordnungspolizei
- d/ den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
- e/ die Oberlandräte - Inspektore
- f/ die deutschen Präsidialchefs
- g/ die Landesvizepräsidenten in Prag und Brünn

nachrichtlich

- h/ die Adjutantur des Stellv. Reichsprotectors
- i/ das Büro des Staatssekretärs
- k/ den Generalinspekteur der Verwaltung
- l/ die Parteiverbindungsstelle
- m/ den Wehrmachtbevollmächtigten und Befehlshaber im Wehrkreis Böhmen und Mähren
- n/ den Befehlshaber der Waffen-SS

Betrifft: Auswertung von Verwaltungs- und Lageberichten

Ich lege grössten Wert darauf, dass die zur Vorlage bei mir bestimmten monatlichen und vierteljährlichen Berichte der nachgeordneten Verwaltungsbehörden sowie der Oberlandräte - Inspektore rückhaltlos ein ungeschminktes Bild der Lage auf allen Gebieten, insbesondere aber auch der Auswirkungen der von mir, dem Amt des Reichsprotectors sowie den autonomen Ministerien zentral ausgehenden Bestimmungen und Weisungen ergeben. Dies wird unmöglich gemacht, wenn die Berichterstatter fürchten müssen, auf Grund ihrer nach bestem Wissen und Gewissen abgegebenen Darstellung von der im Einzelfall betroffenen Dienststelle angegriffen, zurechtgewiesen oder gar persönlich angefeindet zu werden. Sachliche Fehler, die in den Berichten gelegentlich auftreten können, sind sachlich richtigzustellen, nicht aber zum Anlass einer Polemik oder eines Briefwechsels zu nehmen.

I A - 24<sup>1</sup>/43

100a

Ich ersuche, dies bei Bearbeitung der den zuständigen Abteilungen usw. zugehenden Berichtauszüge, die jeweils umgehend zu erfolgen hat, zu berücksichtigen.

Auf der anderen Seite erwarte ich, dass sich jeder Berichtersteller bei Abfassung seiner Berichte über deren Inhalt und Tragweite völlig klar wird, Beanstandungen nur aufnimmt, wenn er ihre Berechtigung, soweit ihm das möglich ist, eingehend geprüft hat und schliesslich eine Form wählt, die demjenigen gerecht wird, dessen Massnahmen er beanstandet.

Bei gutem Willen und kameradschaftlichem Zusammenhalten aller Beteiligten werden sich auf diese Weise Reibungen völlig vermeiden lassen, vor allem dann, wenn gegebenenfalls vor Aufnahme einer Beschwerde in den allgemeinen Bericht alle Möglichkeiten beschritten werden, durch unmittelbare Fühlungnahme mit der zuständigen zentralen Dienststelle aufgetretene Fehler zu beseitigen.



In Vertretung:  
gez. F r a n k

Beglaubigt:  
*Heidekeiser*  
Angestellter

83900

J. a. d.

10. 11. 8. 23.